

PADERBORNER HISTORISCHE MITTEILUNGEN

Verein für Geschichte an der
Universität Paderborn



PADERBORNER HISTORISCHE MITTEILUNGEN

Verein für Geschichte an der
Universität Paderborn



Titelbild

Jean-Baptiste Lesueur: Plantation d'un arbre de la Liberté, vor 1800. Musée Carnavalet, Histoire de Paris, Inv.-Nr. D.11975; gemeinfrei nach CC0 1.0

Impressum

Paderborner Historische Mitteilungen Nr. 35 (PHM), 2022

Herausgeber: Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.

Stettiner Str. 40–42, 33106 Paderborn

Dr. Michael Wittig, Prof. Dr. Frank Göttmann,

Prof. Dr. Eva-Maria Seng

Redaktion: Dr. Guido M. Berndt

Paul Duschner, M. A.

Doris Hartmann M. A.

Dr. Sabrina Lausen

Michaela Anna Mehlich

PD Dr. Mareike Menne

Dr. Tilman Moritz

Dr. Joachim Rüffer

Prof. Dr. Michael Ströhmer

E-Mail-Adresse: Tilman.Moritz@upb.de

ISSN: 1867-7924

Für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge zeichnen die Autoren verantwortlich.

Layout und Druck: Druckerei Egeling GmbH, Bad Driburg

Inhalt

AUFSÄTZE

- SEBASTIAN HOMBITZER, Umbruch in Frankreich als Argument für Kontinuität in Preußen. Joachim Heinrich Campes Erster der Briefe aus Paris 4
- MARIA ANNA WEILAND, Der Wiederaufbau der Stadt Paderborn nach 1945 – Eine Untersuchung zur Aufbaudebatte 16
- RAINER PÖPPINGHEGE, Paderborn als frühes Forschungszentrum des E-Learnings: das FEoLL 28
- PAUL DUSCHNER, Vom Streben nach Perfektion in einer nicht perfekten Welt. Gedanken zur künstlerischen Darstellung dreier Göttinnen 35
- CHRISTINA LÜKE, Zwischen Elektrifizierung und Elektrotechnik – der Paderborner Ingenieur Hermann Schmitz als elektrotechnischer Pionier? ... 46

MISZELLEN

- WALTER RENTEL, Die Strukturen des Gesteins- und Bodenraumes des Paderborner Landes vor dem Hintergrund seiner erdgeschichtlichen Entwicklung 55

REZENSIONEN 72

HEINRICH WILHELM SCHÄFER: Die Taufe des Leviathan. Protestantische Eliten und Politik in den USA und Lateinamerika (*Jan Christian Pinsch*) – DELPHINE PAPIN, BRUNO TERTRAIS: Atlas der Unordnung. 60 Karten über sichtbare, unsichtbare und sonderbare Grenzen (*Michael Wittig*) – EVA-MARIA DAHLKÖTTER: Erinnerungen und Zeitgeschichte. Gesammelte Aufsätze zu Nationalsozialismus, Krieg und Nachkriegszeit (*Michael Wittig*) – FRANK UEKÖTTER: Atomare Demokratie. Eine Geschichte der Kernenergie in Deutschland (*Michael Wittig*)

BERICHTE UND VEREINSMITTEILUNGEN

- JONAS LEINEWEBER / MARIA HARNACK, Prädikat ‚Kulturerbe‘ – 20 Neuaufnahmen des Bundesweiten Verzeichnisses des Immateriellen Kulturerbes im Düsseldorfer Schauspielhaus geehrt 93
- PAUL DUSCHNER, 28. Jahrestagung zu Fragen der Geschichte: „Heimat – Ort und Identität“, Universität Paderborn, 6.11.2021 99
- FRIEDERIKE HORGAN, Tagungsbericht „Young Universities“, Paderborn, 22.–24.6.2022 102
- MICHAEL WITTIG / MAFALDA WITTIG, Publikationsanzeige: Das Osmanische Reich. Großmacht zwischen Abendland und Orient (EinFach Geschichte ... unterrichten), Paderborn 2022 104

AUTORENVERZEICHNIS 106

VERÖFFENTLICHUNGEN 108

Umbruch in Frankreich als Argument für Kontinuität in Preußen.

Joachim Heinrich Campes *Erster der Briefe aus Paris*¹

von Sebastian Hombitzer

1. Bloßer Revolutionsenthusiasmus?

Am 17. Juli 1789, vier Tage nach dem sogenannten Sturm auf die Bastille, bricht der braunschweigische Pädagoge, Schriftsteller und Verleger Joachim Heinrich Campe in Richtung Frankreich auf. Die Nachrichten aus Versailles und Paris lassen „nahe und große Begebenheiten“ erahnen, deren „Augenzeuge“ er werden will.² Was Campe erlebt, bringt er ausführlich zu Papier: Der achte Teil seiner *Reisebeschreibungen für die Jugend* ist insbesondere dem Weg von Braunschweig nach Paris gewidmet.³ Seinen Aufenthalt in der französischen Hauptstadt thematisiert er in den *Briefen aus Paris*.⁴ Auszüge stehen in Quellensammlungen zur Revolutionsrezeption in Deutschland häufig am Anfang.⁵ Überblicksdarstellungen ziehen sie als Beleg für die anfängliche Begeisterung im Heiligen Römischen Reich heran.⁶ Und auch die jüngste Untersuchung der *Briefe* liest sie als Ausdruck eines „ausgeprägten Revolutionsenthusiasmus“⁷. Es verwundert daher nicht, dass Campes Schreiben zur Parteinahme herausfordern: Nicht nur zeitgenössische Rezensionen diskutierten intensiv die Frage, ob das von ihm gezeichnete Bild angemessen sei.⁸ Auch die Forschung dreht sich immer wieder um diesen Punkt.⁹

1 Bei diesem Aufsatz handelt es sich um eine überarbeitete Version meiner Hausarbeit, die ich im Wintersemester 2018/19 im Seminar *Die Rezeption der Französischen Revolution in Europa und der Welt* von Prof. Dr. Johannes Süßmann an der Universität Paderborn verfasst habe.

2 CAMPE, Joachim Heinrich: Reise von Braunschweig nach Paris im Heumonath 1789 (Sammlung interessanter und durchgängig zweckmäßig abgefaßter Reisebeschreibungen für die Jugend 8). Braunschweig 1790, S. 4.

3 CAMPE, Reise.

4 Zu den verschiedenen Quellenzeugen mit bibliographischen Angaben vgl. den zweiten Abschnitt dieses Aufsatzes.

5 Vgl. etwa GÜNTHER, Horst (Bearb.): Die Französische Revolution. Berichte und Deutungen deutscher Schriftsteller und Historiker (Bibliothek der Geschichte und Politik 12). Frankfurt am Main 1985; EBERLE, Friedrich/ STAMMEN, Theo (Bearb.): Die Französische Revolution in Deutschland. Zeitgenössische Texte deutscher Autoren, Augenzeugen, Pamphletisten, Publizisten, Dichter und Philosophen. Stuttgart 1989.

6 So bspw. STRUCK, Bernhard/ GANTET, Claire: Revolution, Krieg und Verflechtung. 1789 bis 1815 (WBG Deutsch-Französische Geschichte 5). Darmstadt 2008, S. 43 und SÜßMANN, Johannes: Vom Alten Reich zum Deutschen Bund. 1789–1815 (UTB 4100 = Seminarbuch Geschichte 5). Paderborn 2015, S. 116.

7 IMMER, Nikolas: ‚Idealistische Perspektiven‘ auf die Französische Revolution? Joachim Heinrich Campes ‚Briefe aus Paris‘ (1789/90), in: BERGHAHN, Cord-Friedrich/ LANG-GROTH, Imke (Hg.): Joachim Heinrich Campe. Dichtung, Sprachwissenschaft, Pädagogik und Politik zwischen Aufklärung und Restauration (Germanisch-romanische Monatsschrift. Beiheft 102). Heidelberg 2021, S. 153–169, hier S. 166.

8 Dokumente zur Rezeption der Briefe versammelt die Edition CAMPE, Joachim Heinrich: Briefe aus Paris zur Zeit der Revolution geschrieben, hg. v. Hans-Wolf Jäger (Texte zum literarischen Leben um 1800 3). Hildesheim 1977, S. 29–69.

9 Vgl. exemplarisch etwa die entsprechenden Zitate aus der Literatur bei SCHMITT, Hanno: Joachim Heinrich Campes Reise ins revolutionäre Paris (1789), in: SCHMITT, Hanno: Vernunft und Menschlichkeit. Studien zur philanthropischen Erziehungsbewegung. Bad Heilbrunn 2007, S. 333–346, hier S. 345, sowie dessen eigene Einschätzung ebd.

Der Hinweis Uwe Hentschels, dass Campes *Reisebeschreibung* und seine *Briefe* trotz ihrer unterschiedlichen Akzentsetzungen als Einheit begriffen werden können, ist geeignet, um aus diesem interpretatorischen Zirkel auszubrechen.¹⁰ So gewinnt die Schilderung der Ereignisse in Paris vor dem Hintergrund der Reise durch das Heilige Römische Reich eine neue Dimension: In einigen der deutschen Länder, die auf Campes Weg nach Westen liegen, herrschen seiner Ansicht nach gewaltige Missstände. Vor allem das Fürstbistum Paderborn kommt schlecht weg: Weder sei es „ein schöner [...] noch ein durch Kunstfleiß oder Handlung nur einigermaßen blühender Ort“. Es herrsche „der plumpste und abergläubische Katholicismus, mit allen den schädlichen Misbräuchen, welche gewöhnlich damit verbunden sind“. Ja, der „bloße Anblick des hiesigen Landvolks“ flöße „einem menschlichgesinnten Zuschauer Mitleiden ein“.¹¹ Campe ist auf seiner Reise also nicht bloß auf das französische Ziel fixiert. Er reist auch als scharfer Publizist und Kritiker der Verhältnisse im Reich.

Mithin kann es sich lohnen, die *Briefe* nicht als bloß rezeptiven, sondern vielmehr publizistisch-produktiven Umgang mit Erfahrungen des revolutionären Paris in Deutschland zu analysieren. Dies soll im Folgenden am Beispiel des *ersten Briefs* in vier Schritten geschehen. Der Fokus auf das erste Schreiben ergibt sich aus der Überlieferungskritik (Abschnitt 2). Dann soll es um Campes Darstellungsweise (Abschnitt 3) und seine Interpretation der Ereignisse in Paris gehen (Abschnitt 4). Darauf aufbauend wird schließlich die politische Pragmatik des Briefs zum Thema (Abschnitt 5). Wichtige Anknüpfungspunkte für diese kontextualisierende Analyse bieten die Arbeiten von Hanno Schmitt, Thomas Grosser und Christophe Losfeld: Schmitt hat ausführliche Untersuchungen zu Campes Beratungstätigkeit für Karl Wilhelm Ferdinand, Fürst von Braunschweig-Wolfenbüttel, in den 1780er-Jahren vorgelegt.¹² Grossers Verdienst ist es, auf die Verquickung von geschichtsphilosophischer Deutung und politischem Anspruch in den *Briefen* aufmerksam gemacht zu haben. Und Losfeld hat das *Braunschweigische Journal* beleuchtet – ein zentrales Publikationsorgan Campes zu dieser Zeit, in welchem auch der Erstdruck der *Briefe* erschien.¹³

10 Vgl. HENTSCHEL, Uwe: Ein Philanthrop im revolutionären Paris. Joachim Heinrich Campes Reise und seine zwei Reisebeschreibungen. S. 209–220, hier S. 211–217. Auch Campe selbst verweist darauf, dass beide Texte zusammengehören: CAMPE, Reise, S. 162f.

11 Zitate CAMPE, Reise, S. 27–29.

12 Vgl. SCHMITT, Hanno: Schulreform im aufgeklärten Absolutismus. Leistungen, Widersprüche und Grenzen philanthropischer Reformpraxis im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel 1785–1790. Mit einem umfassenden Quellenanhang (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte 12). Weinheim/ Basel 1979. Zentrale Ergebnisse wieder bei SCHMITT, Vernunft und Menschlichkeit, hier v. a. S. 279–283 (zu „Landschulreform, Volksaufklärung und Philanthropismus im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel“).

13 Vgl. LOSFELD, Christophe: Philanthropisme, Libéralisme et Révolution. Das Braunschweigische et Schleswigsche Journal (1788–1793) (Hallesche Beiträge zur Europäischen Aufklärung 17). Tübingen 2002. Für das hier betrachtete Thema wesentliche Ergebnisse finden sich konzentriert und in deutscher Sprache bei LOSFELD, Christophe: Das Braunschweigische Journal (1788–1791). Eine pädagogische Zeitschrift im Spannungsfeld von Reform und Revolution, in: Jahrbuch für pädagogische Bildungsforschung 55 (1999), S. 55–82.

2. Überlieferungsgeschichte

Tatsächliche Schreiben von Campes Hand, die in Paris entstanden, sind nicht überliefert.¹⁴ Der erwähnte Erstdruck stellt daher zugleich den frühesten heute verfügbaren Quellenzeugen der *Briefe* dar. Unter dem vollständigen Titel *Briefe aus Paris, während der Revolution geschrieben* erschienen sie im Herbst und Winter 1789/90 als Artikelserie des *Journals*.¹⁵ Die Reihe beginnt in der Oktoberausgabe mit dem *Ersten Brief*, der auf den *4ten Aug. 1789* datiert ist, und endet im Februar des Folgejahrs mit dem *Achten Brief* vom *26ten Aug. 1789*.¹⁶ Neben den Schreiben lassen sich noch zwei weitere Artikel des *Journals* zur Serie zählen, in denen Campe sich mit zunehmend kritischen Rezensionen seiner *Briefe* auseinandersetzt: Eine *Nachschrift zu obigen Briefen aus Paris* ist in der Dezemberausgabe 1789 abgedruckt und eine *Vorrede zu den Briefen aus Paris* findet sich im folgenden Januarheft.¹⁷

Dass der letztgenannte Textes als *Vorrede* bezeichnet wird, rührt von dessen ursprünglicher Verwendung in einer parallel entstehenden Buchausgabe der *Briefe* her.¹⁸ So sieht sich Campe bereits zu Beginn des Jahres 1790 „von einem Nachdrucke [...] bedroht“ und so dazu veranlasst, die *Briefe* „für solche Leser, die dieses Journal nicht mit halten, selbst besonders abdrucken zu lassen“.¹⁹ Auch in dieser Buchausgabe wird der Einfluss von kritischen Rezensionen sichtbar: Campe verändert den Wortlaut der Schreiben gegenüber dem Erstdruck und fügt kommentierende Fußnoten hinzu.²⁰ Der dritten Auflage des Buchs, die ebenfalls noch 1790 erscheint, wird außerdem eine weitere *Vorrede* vorangestellt.²¹ Diese redaktionellen Eingriffe und Hinzufügungen verändern den Sinn der jeweiligen Quellenzeugen. Grundlage der weiteren Analyse, die nach Campes ursprünglicher Darstellung fragt, ist deshalb der *Erste Brief*, wie er 1789 im *Braunschweigischen Journal* publiziert

14 Das Fehlen handschriftlicher Zeugnisse der *Briefe aus Paris* hat jüngst IMMER, *Perspectives*, S. 155f. problematisiert. Bis dahin wurde dieser Umstand in der Forschung nicht beachtet. Die Edition des Campe'schen Briefwechsels umgeht das Problem etwa, indem ihr als Briefe lediglich diejenigen Texte gelten, die „von Campe nicht schriftstellerisch verarbeitet bzw. publiziert wurden.“ (SCHMITT, Hanno: Einleitung, in: SCHMITT, Hanno (Hg.): *Briefe von und an Joachim Heinrich Campe*. Bd. 1: *Briefe von 1766–1788*. Wiesbaden 1996, S. 23–72, hier S. 62).

15 Genaugenommen wechselt die Zeitschrift während des Erscheinens der Briefe sowohl ihren Namen als auch ihre Herausgeber. Heißt sie 1789 noch *Braunschweigisches Journal philosophischen, philologischen und pädagogischen Inhalts* und wird neben Campe von Ernst Christian Trapp, Johann Stuve und Conrad Heusinger herausgegeben, firmiert sie ab 1790 lediglich als *Braunschweigisches Journal* und wird von Trapp allein verantwortet. Vgl. dazu die Titelseiten der Zeitschriftenbände, die bequem über die Digitale Sammlung der Universität Bielefeld zugänglich sind: <<http://ds.ub.uni-bielefeld.de/viewer/toc/2085000/1/-/>> [04.09.2022].

16 C[AMPE], [Joachim Heinrich]: *Briefe aus Paris, während der Revolution geschrieben*. Erster Brief, in: *Braunschweigisches Journal philosophischen, philologischen und pädagogischen Inhalts* 6, H. 10 (1789), S. 227–254 und C[AMPE], [Joachim Heinrich]: *Achter Brief*, in: *Braunschweigisches Journal* 7, H. 2 (1790), S. 211–238.

17 C[AMPE], [Joachim Heinrich]: *Nachschrift zu obigen Briefen aus Paris*, in: *Braunschweigisches Journal philosophischen, philologischen und pädagogischen Inhalts* 6, H. 12 (1789), S. 502–504 und CAMPE, Joachim Heinrich: *Vorrede zu den Briefen aus Paris, zur Zeit der Revolution geschrieben*, in: *Braunschweigisches Journal* 7, H. 1 (1790), S. 65–71.

18 CAMPE, Joachim Heinrich: *Briefe aus Paris zur Zeit der Revolution geschrieben*. Aus dem *Braunschweigischen Journal* abgedruckt. Braunschweig 1790, Digitalisat: <<https://mdz-nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb10421191-6>> [04.09.2022].

19 Zitate aus CAMPE, *Vorrede*, S. 65.

20 Bezüglich der Änderungen vgl. exemplarisch IMMER, *Perspectives*, S. 157.

21 CAMPE, Joachim Heinrich: *Vorrede zur dritten Ausgabe*, in: CAMPE, Joachim Heinrich: *Briefe aus Paris zur Zeit der Revolution geschrieben*. 3., verbesserte Aufl. Braunschweig 1790, Digitalisat: <<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:ha33-1-212564>> [04.09.2022].

wurde. Als Auftakt des seriellen Drucks ist er nicht nur unbeeinflusst von den Reaktionen der zeitgenössischen Leser, sondern auch der erste Text, den sie zu Gesicht bekamen.

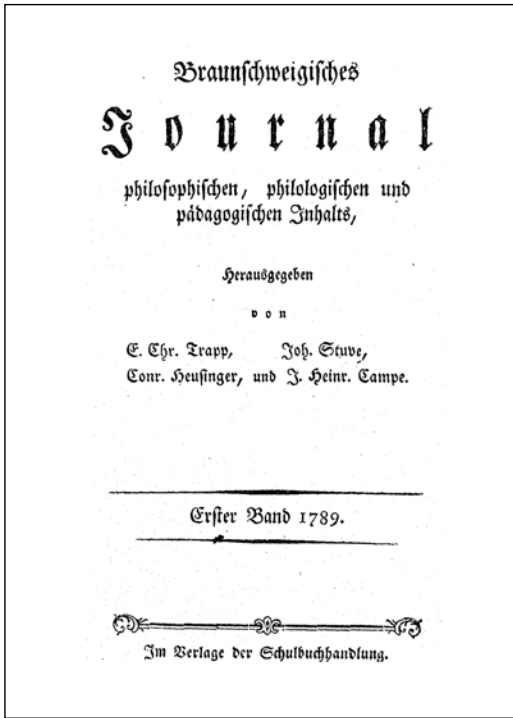


Abb. 1:

Titelseite des Braunschweigischen Journals von 1789

(Digitalisat der Universitätsbibliothek Bielefeld, <urn:nbn:de:0070-disa-2085000_004_15>; gemeinfrei nach Public Domain Mark 1.0)

Hingewiesen sei noch auf zwei Editionen, die den Zugang zu den *Briefen* zwischenzeitlich erhalten haben. Die 1961 erschienene Edition von Helmut König basiert auf dem Erstdruck.²² Aufgrund unmarkierter Kürzungen ist sie wissenschaftlich unbrauchbar, stellt aber selbst ein zeitgeschichtliches Dokument für die Campe-Rezeption in der DDR dar. Die Edition durch Hans-Wolf Jäger aus dem Jahr 1977, der am häufigsten zitierte Quellensatz, reproduziert die erste Auflage der Buchausgabe der *Briefe* und ergänzt sie mit Dokumenten zur Wirkungsgeschichte.²³

3. Imaginativer Kontrast von *absoluter Alleingewalt* und *Freiheit*

Dass der Wahrheitsgehalt des Titels *Briefe aus Paris* fraglich ist, ändert nichts an dessen suggestiver Kraft. Er lässt ein Bild im Kopf des Lesers entstehen: Ein persönliches, vertrauliches Dokument, eben ein *Brief*, ist es, in den er auf den folgenden Seiten Einblick erhält. Das Schreiben kommt *aus Paris* und damit aus dem Brennpunkt des politischen Interesses

²² CAMPE, Joachim Heinrich: Briefe aus Paris. Während der Französischen Revolution geschrieben, hg. v. Helmut König, Ost-Berlin 1961.

²³ Siehe Anm. 8.

der Zeit. Verfasst wurde es am *4ten Aug. 1789* – nur wenige Tage nach dem Sturm auf die Bastille, über den Zeitungen im Reich ausführlich berichtet haben.²⁴ Auch im Text selbst wird der Briefcharakter deutlich: Der erste Satz enthält die Anrede „mein lieber T.“, die letzten beiden Sätze bilden eine Schlussformel: „Genug für diesmal! In meinem nächsten Briefe führe ich Sie zu Paris herum. C.“²⁵ Authentizität, Unmittelbarkeit und zeitgeschichtliche Relevanz bilden den Erwartungshorizont. Dass weitere Schreiben in Aussicht gestellt werden, gibt dem *ersten Brief* zudem eine herausgehobene Stellung. Als expliziter Auftakt der Serie übernimmt er eine einführende Funktion für die gesamte Reihe.

Dies lässt sich auch am Aufbau des Textes erkennen, der mit einer ausführlichen Einleitung beginnt. Hochgradig stilisiert beschreibt Campe darin den Moment des Briefeschreibens in Paris: Während die Töne der Hauptstadt – das „Rauschen des Menschenstroms“ und „die hohle heisere Baßstimme der Neuigkeitsausrufer“ – durchs Fenster dringen, gelte es, „die äußern Sinne zu verstopfen und den innern Zeit und Raum zu verschaffen“. Sein Anliegen bestehe, so Campe in direkter Ansprache an den Empfänger gewandt, zunächst darin, „Sie in meinen Empfindungszustand zu versetzen“ und „zuvörderst unter eben den Gefühlen in Paris einzuführen, mit welchen ich selbst hier angekommen bin.“²⁶ Dazu dient ihm die Beschreibung der Reiseetappe von Saint-Trond bis nach Paris, die den Hauptteil des *ersten Briefes* bildet. Strukturell offenbart sich eine Zweiteilung: erstens die Fahrt durch das Herzogtum Brabant, das unter österreichischer Herrschaft steht, und zweitens der Weg durch Frankreich samt Ankunft in der Hauptstadt. Funktional geht es zunächst um einen atmosphärischen Kontrast:

In Brabant findet sich Campe zufolge „alles, was die absolute Alleingewalt, sogar da, wo sie mit Milde ausgeübt wird, Schreckhaftes und Zurückstoßendes hat, in seiner höchsten Spannung.“²⁷ Eine Situation *höchster Spannung* ergibt sich infolge der Reaktion der Statthalterregierung auf Proteste gegen neuerliche Reformen Josephs II.²⁸ So wurden von Tirlemont bis nach Mons strenge Ausgangssperren verhängt; das Militär ist omnipräsent. In Löwen musste nach Campe „eine scheinbare Ruhe [...] erst durch Bürgerblut erkaufte“ werden; „zurückgeschreckte, aber deswegen noch lange nicht gedämpfte Erbitterung“ und eine „erzwungene fürchterliche Stille und Leere“ seien das Ergebnis.²⁹ Vor diesem Hintergrund ist der „Anblick eines Volks, das Freiheit und Selbstständigkeit errungen hat“ in Frankreich umso eindrucksvoller. Von „Freiheits- und Glückseligkeitsgefühlen [...], lesbar für jeden, der selbst noch Sinn dafür hatte“, „stolzen Gesichter[n]“, ja geradezu idyllisch von „Heiterkeit, Ruhe, Vergnügen und Wohlwollen“ ist die Rede.³⁰ Während Campe

24 Vgl. SÜSSMANN, Reich, S. 115.

25 Zitate aus CAMPE, Erster Brief, S. 227 u. 254.

26 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 228 u. 230.

27 CAMPE, Erster Brief, S. 233.

28 Zur sogenannten Brabanter Revolution, deren anfängliche Aufwallungen Campe bei seiner Reise erlebt, vgl. etwa ERBE, Michael: Belgien, Niederlande, Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes. Stuttgart/ Berlin/ Köln 1993, S. 172–178.

29 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 235f.

30 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 251 u. 238.

Brabant als „über den Verlust seiner Rechte und Freiheiten traurende und weinende Land“ präsentiert, liegt für ihn „hinter Quervain die Grenze des freigewordenen Galliens“.³¹

Gerahmt und literarisch zugespitzt wird dieser Gegensatz in der Schilderung zweier Gepäckkontrollen: Beim Übertritt nach Brabant nimmt die Durchsuchung eine ganze Stunde in Anspruch. Campe beschreibt, wie er „willenlos zusehen“ muss, wie die „hochgebietenden Herrn Durchsucher“ „mit unbescheidenen Händen“ die Koffer „durchwühl[en], unbekümmert, ob [...] Wäsche und Kleider, die nun auf der Landstraße unmöglich wieder ordentlich verpackt werden konnten, darüber zu Grunde gingen oder nicht.“³² In Paris hat Campe die Kofferschlüssel in seiner Unterkunft vergessen. Dieser Misslichkeit zum Trotz lässt der „Visitor“ ein Schloss des Gepäcks „mit so vieler Behutsamkeit“ öffnen, „daß jeder Nagel unversehrt herausgezogen wardt, um hernach wieder eingeschlagen zu werden“. Er begnügt sich damit, „diejenige Ecke des Kofferdeckels, wo das Schloß gelöst war, so weit in die Höhe [zu biegen], daß er einen Finger hineinstecken konnte“.³³ Diese vermeintlich triviale, aber allgemein anschlussfähige Reiseerfahrung transponiert den Gegensatz zwischen Brabant und Frankreich auf die Alltagsebene: Im persönlichen und auf der Gefühlsebene nachvollziehbaren Kontakt mit Amtspersonen präsentiert Campe den Kontrast zwischen *absoluter Alleingewalt* und *Freiheit* gewissermaßen *in nuce* – das Grundgerüst des *ersten Briefs*.

4. Geschichtsphilosophische Interpretation mit politischer Implikation

Absolute Alleingewalt – was Frankreich betrifft, spricht Campe auch von „Despotismus“³⁴ – und *Freiheit* sind bei Campe wie die Rollen eines Dramas angelegt.³⁵ Nicht von einzelnen Ereignissen, sondern von den „Schauspiele[n], die in diesen Tagen hier aufgeführt worden sind und noch täglich aufgeführt werden“,³⁶ ist daher die Rede. Diese haben für Campe eine historische Dimension. So ist Paris nicht irgendeine, sondern „die Bühne [...] der größten politischen Schauspiele, welche die Welt in neuern Zeiten gesehen hat“³⁷. Einen Referenzpunkt findet er in der Antike: In den Franzosen sieht Campe „die neuen Griechen und Römer“³⁸. Die Revolution führt also ihrem Wortsinn nach zurück und ist zugleich etwas Neues: Im Ergebnis aktualisiert sie eine vorbildhafte Vergangenheit. Um diesen Prozess auf einen Begriff zu bringen, bedient sich Campe des christlichen Erneuerungs- und Erlösungsmotivs: Er bezeichnet die Vorgänge in Frankreich als „Wiedergeburt“.³⁹

31 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 233 u. 238.

32 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 233f.

33 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 253f.

34 CAMPE, Erster Brief, S. 231.

35 Vgl. WEIERSHAUSEN, Romana: Paris als theatraler Schauplatz in deutschen Texten über die Französische Revolution: Joachim H. Campe, Christian A. Vulpius und Ernst K. L. Ysenburg von Buri, in: Lendemains 36, H. 142/143 (2011), S. 164-178, hier v. a. S. 164f.

36 CAMPE, Erster Brief, S. 227.

37 CAMPE, Erster Brief, S. 229 u. 242.

38 CAMPE, Erster Brief, S. 227.

39 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 227, 229, 242, 227 u. 230.

In den Bereich theologisch-christlicher Metaphorik gehört auch der Bezug zur Apokalypse des Johannes: Campe will „dem Leichenbegängniß des französischen Despotismus“ beiwohnen. Sei der „kühne Stoß, welcher das Herz des Drachen traf, [...] schon vollführt“, so habe das „Unthier“ aber weiterhin „Leben in seinen hundert Köpfen“ und könne sich „noch immer nicht entschließen, die schwarze Seele vollends auszuhauchen.“ Das Wesentliche sei allerdings bereits im Gang: eine „durch das Feuer des allgewaltigen Freiheitsgefühls“ ausgelöste „Umschmelzung und Läuterung“ mit „wunderähnlichen Wirkungen [...] auf die Erhebung und Veredelung der menschlichen Gemüther und Sitten“. Durch diesen Bezug auf die Moral wendet Campe das eschatologische Motiv des Fegefeuers schließlich innerweltlich: Die französische Nation befinde sich „in dem Zustande ihrer noch fortdauernden Wiedergeburt zu einem neuen, kraftvollern, edleren und glücklicheren Daseyn“ im Diesseits.⁴⁰

Neben ihrer Stellung in einer ins Irdische transformierten Heilsgeschichte thematisiert Campe auch die Ursachen der Revolution. Zwei Dinge kommen dabei zusammen: Grundlage ist für den Pädagogen, dass die Idee der *Freiheit* in Frankreich verbreitet wurde. So sei „nach einer langen Reihe in slavischer Indolenz verträumter Jahre“ das französische „Volk“ endlich den „so natürlichen Gedanken: ich will frei seyn! erwacht“ und stelle nun fest, „daß es weiter nichts, als dieses Gedankens bedurfte, um wirklich frei zu seyn!“⁴¹ Damit rückt er Aufklärung ins Zentrum: Sie habe die Idee der *Freiheit* in den Köpfen verankert. Es sei „der Morgenröthe, welche für die Geisterwelt aufgegangen ist“, zu verdanken, dass nun „auch der gemeinste Pöbel über sein wahres Interesse durch keine Scheinbegünstigungen mehr geblendet werden“⁴² könne. Aufklärung, so beschreibt es Campe, hat das *gemeine Volk* aus der Fremdbestimmung heraus und zur Autonomie geführt. Nun sei es in der Lage, im eigenen *Interesse* – und das heißt für Campe: im *Interesse* der *Freiheit* – zu handeln. Es ist nun ein entscheidender Faktor politischer Macht: Schließlich könne, dem Mittel der *Scheinbegünstigungen* beraubt, keine Regierung mehr „gegen ihr Volk“ handeln – zumindest „nicht immer und wahrlich nicht auf die Dauer“. Allen militärischen Mitteln zum Trotz sei dessen zahlenmäßige Überlegenheit schlicht zu groß.⁴³

Dass die französische Regierung dies dennoch weiterhin versucht habe, ist der zweite Faktor in Campes Ursachenbetrachtung. Dies hat – so impliziert es Campe – letztlich zur „Explosion der Volkskraft zu Paris“⁴⁴ geführt. Zustimmend zitiert er deshalb den Bischof von Bordeaux, der betont hatte, „*que le Peuple n'enfreint les Loix que lorsque le Gouvernement lui-même les a le Premier violées*“⁴⁵. Das ist zwar auch eine Legitimation, aber noch vielmehr eine grundsätzliche Erklärung revolutionärer Gewaltausbrüche: Was in der Tagespresse über die Ereignisse in Paris zu lesen ist – von „über 15000“ Toten ist Campe zufolge die Rede –, wird nicht negiert, sondern als Folge dysfunktionaler Regierungsentscheidungen vorge-

40 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 231, 244, 242 u. 230.

41 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 241.

42 CAMPE, Erster Brief, S. 234.

43 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 237.

44 CAMPE, Erster Brief, S. 241.

45 Deutsch: „dass das Volk nur dann gegen Gesetze verstößt, wenn die Regierung selbst sie zuerst verletzt hat“.

stellt.⁴⁶ Unrechtmäßiges Regierungshandeln gegenüber einer aufgeklärten Bevölkerung wird damit zum eigentlichen Auslöser der revolutionären Zustände erklärt. Campe unterscheidet also zwischen Ergebnis und Prozess: Im Ergebnis, insofern sie der *Freiheit* zum Durchbruch verhilft, ist die Revolution Teil einer säkularen Heilsgeschichte der Aufklärung. Als gewaltsamer Prozess ist sie hingegen dem Handeln der französischen Regierung, der *absoluten Alleingewalt*, dem *Despotismus* anzulasten. So postuliert Campe zweierlei: Zum einen setze sich *Freiheit* so oder so durch; zum anderen sei der Weg dorthin allerdings durchaus steuerbar. Seine im Grundsatz geschichtsphilosophische Interpretation bekommt damit eine politische Implikation.

5. Politische Implikation

Als der *Erste* der *Briefe aus Paris* erscheint, lebt und arbeitet Campe in Braunschweig. Karl Wilhelm Ferdinand, Neffe Friedrichs II. und Landesherr von Braunschweig-Wolfenbüttel, hatte den bekannten Pädagogen drei Jahre zuvor mit einem Beratervertrag in das Teilfürstentum geholt. Vor allem sollte Campe die inhaltliche Ausarbeitung einer Schulreform übernehmen, für die auf seinen Wunsch hin auch die philanthropischen Pädagogen Ernst Christian Trapp und Johann Stuve engagiert wurden. Mit ihnen baute Campe parallel zur Beratertätigkeit die *Braunschweigische Schulbuchhandlung* auf, die als Verlag und Vertrieb sowohl selbstverfasster wie fremder Schriften diente. Als 1787 deutlich wurde, dass die Reform am Widerstand von Kirche und Landständen scheitern würde, entschieden sich die Reformpädagogen dazu, stärker auf die mediale Verbreitung ihre Konzepte zu setzen.⁴⁷ Zusammen mit dem gleichgesinnten Conrad Heusinger gründeten sie das *Braunschweigische Journal philosophischen, philologischen und pädagogischen Inhalts*, das in kurzer Zeit zum „allseits beachteten Diskussionsforum der pädagogisch interessierten Öffentlichkeit im deutschen Sprachraum“⁴⁸ wurde. Thema der Zeitschrift sollte nach Darstellung der Herausgeber alles sein, „was eine nahe Beziehung auf die gesammte Ausbildung und die dadurch zu bewirkende Glückseligkeit der Menschen hat.“⁴⁹ Dabei stand zunächst die innerpädagogische Debatte im Zentrum.⁵⁰

Ab dem Sommer 1788 lässt sich allerdings eine „Politisierung“⁵¹ beobachten, die auf das preußische Religionsedikt vom 9. Juli des Jahres zurückzuführen ist. Dieses wurde von

46 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 241, 237 u. 232.

47 Vgl. – wie auch insgesamt zu diesem Lebensabschnitt Campes – PERREY, Hans-Jürgen: Joachim Heinrich Campe. Menschenfreund, Aufklärer, Publizist (Philanthropismus und populäre Aufklärung. Studien und Dokumente 2), Bremen 2010, S. 134–178. Ausführlich zur Schulreform und Campes Engagement für Karl Wilhelm Ferdinand vgl. SCHMITT, Schulreform.

48 SCHMITT, Hanno: Pressefreiheit, Zensur und Wohlverhalten. Die Braunschweigische Schulbuchhandlung zur Zeit der Französischen Revolution, in: SCHMITT, Vernunft und Menschlichkeit, S. 363–381, hier S. 370.

49 TRAPP, Ernst Christian/ STUVE, Johann/ HEUSINGER, Conrad/ CAMPE, Joachim Heinrich: Von der Absicht und den Gegenständen dieser Zeitschrift, in: Braunschweigisches Journal philosophischen, philologischen und pädagogischen Inhalts I, H. 1 (1788), S. 1–15, hier S. 1f.

50 LOSFELD, Journal, S. 57.

51 LOSFELD, Journal, S. 75.

den Herausgebern als Einschränkung der „Lehrfreiheit“⁵² und damit Gefahr für die Aufklärung im Allgemeinen, kurz: als Rückschritt betrachtet. So hatte insbesondere Campe zunächst große Hoffnungen auf Friedrich Wilhelm II. gesetzt, den er aus seiner Zeit als dessen Feldprediger persönlich kannte und schätzte. Auch der damalige Kronprinz achtete den Pädagogen und hatte ihn mit der Ausarbeitung eines Erziehungsplans für seinen Sohn und designierten Nachfolger beauftragt.⁵³ Noch 1786 wollte Campe den nunmehrigen preußischen König als „Vollender“ eines von Friedrich II. beschrittenen Weges zu „der Menschheit Glück und Würde“ sehen.⁵⁴ Politik und aufklärerische Pädagogik schienen einem gemeinsamen Ziel entgegenzugehen. Zwei Jahre später drohte der politische Wegbereiter zu einem Hindernis zu werden. Es galt daher, das *Braunschweigische Journal* nun auch für Debatten über die politischen Voraussetzungen der *Glückseligkeit der Menschen* zu öffnen. Aufgrund der „relativ freizügigen“⁵⁵ Zensurpolitik waren diese aus Braunschweig-Wolfenbüttel heraus eher möglich als in Preußen selbst, wo das Zensuredikt vom 19. Dezember 1788 die Situation für den Druck politischer Schriften nochmals „verschärft“⁵⁶ hatte. 1789 erschien in diesem Kontext der *Erste Brief*.

Stellt Campe den gewaltsamen Umsturz in Frankreich darin als Folge ungerechtfertigten politischen Handelns gegenüber einer aufgeklärten Bevölkerung dar, so verweist er damit auf ein Damoklesschwert: Prinzipiell könnte sich eine *Explosion der Volkskraft* auch außerhalb Frankreichs, ja auch in Preußen ereignen. Die Aufstände, die in Brabant und damit auf Reichsgebiet stattfinden, folgen nach Campe bereits „dem Beispiel der französischen Hauptstadt“. Dort sei „eine scheinbare Ruhe [...] das einzige, was die Gewalt unter solchen Umständen erzwingen zu können sich jetzt noch schmeicheln darf“.⁵⁷ Noch deutlicher wird er, wenn vom in Bälde erwarteten, in seiner konkreten Konsequenz aber noch ungewissen Tag des *Leichenbegängnisses des französischen Despotismus* die Rede ist. Dieser werde „für die großen und kleinen Menschendrucker, Menschenquäler und Menschengräber an allen Oertern und Enden der Welt einer der lehrreichsten seyn [...], welche die Geschichte zu ihrer Warnung jemals aufgestellt hat.“⁵⁸

Noch bliebe also Zeit, sich zu entscheiden: „Fürst und Unterthanen“ können nach Campe einerseits – wie in Braunschweig-Wolfenbüttel – „als Vater und Kindern, eine einzige große und liebevolle Familie“ bilden. Sie können andererseits aber auch – wie in

52 CAMPE, Joachim Heinrich: Anzeige und Beurtheilung einiger durch das preuß. Religionsedikt vom 9ten Juli 1788 veranlaßten Schriften, in: Braunschweigisches Journal 3, H. 10 (1788), S. 129–152, hier S. 132.

53 PERREY, Menschenfreund, S. 64.

54 CAMPE, J[oachim] H[einrich]: Ueber einige verkannte wenigstens ungenützte Mittel zur Beförderung der Industrie, der Bevölkerung und des öffentlichen Wohlstands. Erstes Fragment. Wolfenbüttel 1786, S. 157f., Digitalisat: <<http://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?PPN818426721>> [04.09.2022].

55 KLEIN, Angela: Campe und die Zensur im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel, in: SCHMITT, Hanno (Hg.): Visionäre Lebensklugheit. Joachim Heinrich Campe in seiner Zeit (1746–1818) (Ausstellungskataloge der Herzog-August-Bibliothek 74). Wiesbaden 1996, S. 113–126, hier S. 117.

56 NEUGEBAUER, Wolfgang: Brandenburg-Preußen in der Frühen Neuzeit. Politik und Staatsbildung im 17. und 18. Jahrhundert, in: NEUGEBAUER, Wolfgang (Hg.): Handbuch der Preußischen Geschichte. Bd. 1: Das 17. und 18. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens. Berlin/ New York 2009, S. 113–407, hier S. 370. Der Import von Druckschriften wurde in Preußen noch nicht mit einer „systematischen Grenzkontrolle“ eingeschränkt (NEUGEBAUER, Brandenburg-Preußen, S. 371).

57 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 234f.

58 CAMPE, Erster Brief, S. 231.

den Österreichischen Niederlanden – „zwei gegen einander zu Felde liegende feindliche Mächte ausmachen“. ⁵⁹ Das Beispiel Frankreich soll zeigen, dass dabei nun nicht mehr nur das paternalistische Selbstverständnis des Herrschers infrage steht. An ein solches hatte Campe zuvor erfolglos appelliert. Er hatte im Zuge seiner ersten Kritik am Religionsedikt versichert, der brandenburgische Kurfürst werde dasselbe „zurücknehmen, sobald sein Vaterherz den ganzen Inhalt desselben gefühlt haben wird“ ⁶⁰. Hatte sich dies nicht erfüllt, so boten die Entwicklungen in Frankreich eine Möglichkeit, den Appell durch eine *Warnung*, ja Drohung zu verstärken: Sich ein aufgeklärtes *Volk* mit falschen Entscheidungen zum *Feind* machen – das könne sich nun niemand mehr erlauben.

Zum anderen ließen sich jetzt aber auch die positiven Auswirkungen neu gewonnener Freiheiten auf dasselbe *Volk* eindrücklich darstellen. Campes imaginative Schilderung, seine

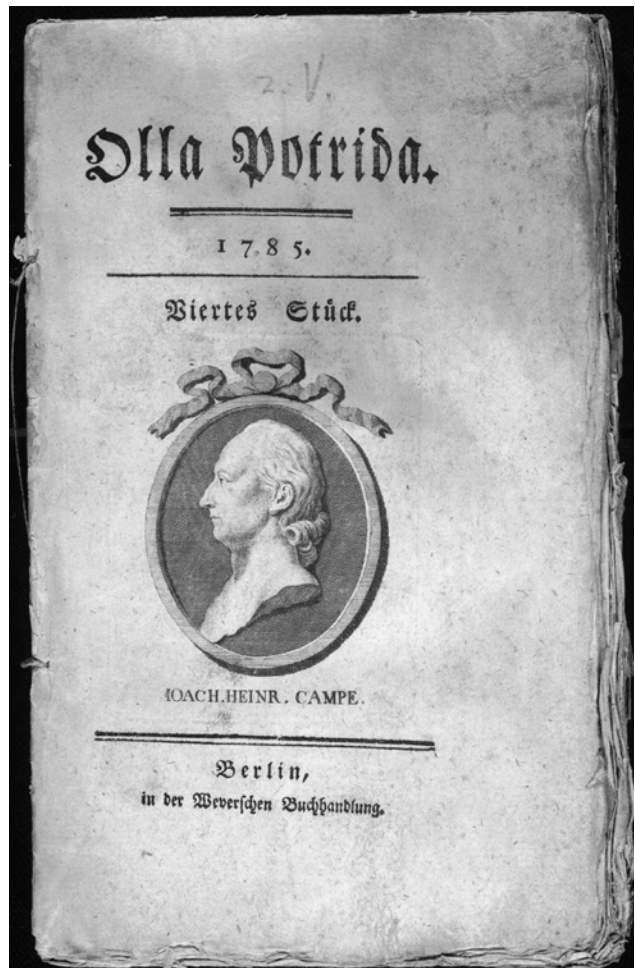


Abb. 2:
 Porträt Campes in der Reihe der *Olla Potrida*, Berlin 1785
 (Digitalisat der *Pictura Paedagogica*,
 <https://pictura.bbf.dipf.de/viewer/image/ad07859_001/1/>; gemeinfrei
 nach Public Domain Mark 1.0)

59 Zitate: CAMPE, Erster Brief, S. 231. Vgl. zum warnenden Aspekt der *Briefe* und Campes idyllischer Schilderung der Verhältnisse in Braunschweig-Wolfenbüttel auch GROSSER, Reiseziel, S. 190 u. 193.

60 CAMPE, Beförderung, S. 152.

säkulare Heilsgeschichte ist daher auch als Versprechen an die Obrigkeit zu verstehen. So hat man sich in Valenciennes das Gesetz gegeben, auf Trunkenheit zu verzichten. „Diebereien“ hält man zwischen Quiévrain und Paris für „etwas ganz Ungewöhnliches“. Statt wie andernorts zu dieser Tagesstunde „noch übellaunig“ zu sein, spielt „eine Gesellschaft wohlgekleideter junger Bürger“ in Péronne „des Morgens um fünf“ fröhlich „Ballon“. Amtspersonen verhalten sich in Frankreich freundlich und zuvorkommend. Kurz: Menschen, die *Freiheit* genießen, sind für Campe die vernünftigeren, produktiveren und angenehmeren Untertanen.⁶¹ So vermittelt der *Erste Brief*, dass die in Frankreich gezeitigte *Freiheit* nicht nur mittelfristig unvermeidlich, sondern auch für die Obrigkeiten erstrebenswert ist. Entscheidend für Letztere ist es, den bereits eingeschlagenen Weg dorthin wieder aufzunehmen und ihn als Verbündete von Aufklärung und *Volk* weiterzugehen. Die Rücknahme des Religionsedikts ist für Campe ein notwendiger Schritt – sie kann wohl allenfalls ein erster sein.

6. Umbruch in Frankreich, Kontinuität in Preußen

Campes imaginative und mit heilsgeschichtlichen Deutungsmustern angereicherte Darstellung des revolutionären Frankreichs erklärt, warum seine *Briefe aus Paris* vor allem als Ausdruck von Enthusiasmus gelesen werden. Er wird als „der deutsche Dolmetscher der Französischen Revolution“⁶² gefeiert, weil er schon im August 1789 begeistert vorauszu- sehen schien, was auch viele Historiker in den Ereignissen erkennen wollten: den von Frankreich ausgehenden und schließlich mit Napoleon nach Deutschland übergreifenden Umbruch zu einem neuen fortschrittlichen Zeitalter – zur Moderne.⁶³ Bezieht man allerdings Campes politische Implikation mit ein, wird deutlich, dass er – was Preußen betrifft – kein Denker eines Umbruchs war. Vielmehr setzte er Hoffnungen in die Kontinuität eines Liberalisierungsprozesses, den er als friderizianische Tradition beschrieb. Als Campe in den späten 1780er-Jahren befürchtete, Friedrich Wilhelm II. könnte wider Erwarten rückwärts statt vorwärts schreiten, wurde die *Explosion der Volkskraft zu Paris* zum eindringlichen Argument, den bereits begonnenen Weg fortzusetzen.

Eine bisher unausgesprochene Pointe ist es, dass Campes eigene Profession in dieser Argumentation eine wesentliche Rolle spielt: Wenn das Idealbild des Fürsten der *liebevolle Vater* ist, so erscheint der Pädagoge gerade in Zeiten immer selbstständig werdender *Kinder* als dessen idealer Berater. Eine kontinuierliche Liberalisierung, didaktisch unterstützt und ‚von oben‘ durchgesetzt, lässt sich mithin als professionsständisches Interesse begreifen. Und so verwundert es auch nicht, dass in Campes Augen auf diesem Weg selbst für das gescholtene Paderborn noch Hoffnung besteht: Der 1789 ins Amt gekommene Fürstbischof

61 Vgl. CAMPE, *Erster Brief*, S. 245 u. 252–254, Zitate: S. 246 u. 251.

62 GARBER, Jörn: Joachim Heinrich Campes Reisen in die ‚Hauptstadt der Menschheit‘ (1789/1802), in: SCHMITT, Lebensklugheit, S. 225–246, hier S. 226.

63 Vgl. mit weiterführender Literatur zu dieser Deutung knapp etwa FEHRENBACH, Elisabeth: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 12). Berlin/ Boston 2008, S. 143f. sowie ausführlich erläuternd SÜSSMANN, Reich, S. 7–15.

Franz Egon von Fürstenberg – auch er ist Campe persönlich bekannt – habe „in dem ihm gleichfalls gehörenden Stifte Hildesheim schon den Anfang [ge]macht, indem er 40000 Thlr. zur Anlegung eines Schulmeister=Seminariums aufgeworfen hat.“ Die „Morgenröthe einer bessern Erkenntniß, deren anderen Menschen in andern deutschen Gegenden sich schon so lange erfreuen“, könne unter diesen Vorzeichen also auch in Westfalen „bald anbrechen“. ⁶⁴

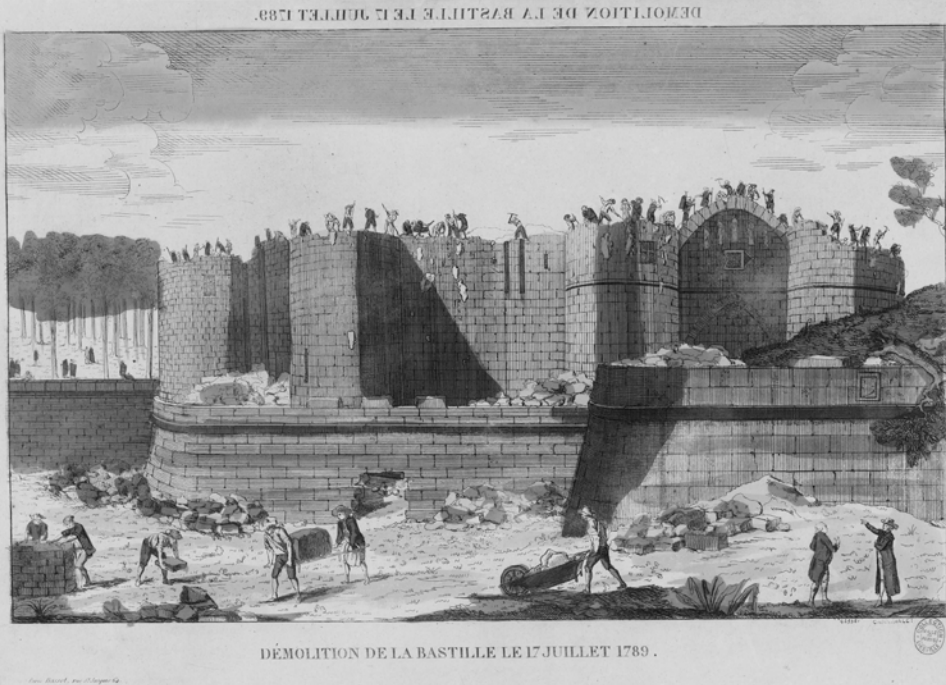


Abb. 3: Abruch der Bastille 1789 in einer zeitgenössischen Druckgraphik
(Musée Carnavelet, Histoire de Paris, Inv.-Nr. G.29381; gemeinfrei nach CC0 1.0)

⁶⁴ Zitate: CAMPE, Reise, S. 31.

Der Wiederaufbau der Stadt Paderborn nach 1945 – Eine Untersuchung zur Aufbaudebatte

Maria Anna Weiland

Einleitung

Die Innenstadt Paderborns war in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs zu 85 % zerstört worden. In der Fachliteratur findet sich die These, dass Bevölkerung und Kommunalpolitiker in den ersten Nachkriegsjahren zum Wiederaufbau ihrer vertrauten visuellen Umgebung tendierten.¹ Barbara Stambolis beschreibt dies so:

„Es ist davon auszugehen, daß in Paderborn wie in anderen Städten auch insbesondere die Grundeigentümer Widerstand gegen Eingriffe in ihren Besitz leisteten. Vor allem war die Gesamtatmosphäre zu diesem Zeitpunkt bei den Stadtvätern wie bei den Bürgern noch von dem starken emotionalen Wunsch geprägt, in enger Anlehnung an die baulichen Gegebenheiten der Vorkriegszeit, an historisch gewachsene Strukturen wiederaufzubauen [...]. Das unvereinbare Nebeneinander der Aufbauneuplanung und des Bedürfnisses, das Vergangene wiederherzustellen, ist aus der allgemeinen Verunsicherung und dem weitreichenden Verlust der vertrauten Nahwelt und Lebensweise nach dem Krieg zu verstehen. Es kann hier sogar von ‚Heimat‘ und ‚Identität‘ gesprochen werden [...].“²

Doch von wem und in welcher Form kamen die Einwände und worauf bezogen sie sich? Wie gingen die Verantwortlichen mit den Widersprüchen gegen die Aufbauplanungen um? Konnten die Einwendungen die Planungen beeinflussen und verändern? Diesen Fragen der Wiederaufbaudebatte der Stadt Paderborn geht dieser Aufsatz nach.

Zur Erschließung des Themas wurden die umfangreichen schriftlichen Primärquellen des Stadtarchivs Paderborn genutzt. Den Fokus bildet ferner der Zeitraum von 1945 bis 1955, um eine gewisse Bandbreite an Aufbauentwicklungen erfassen zu können. Dabei wird nur der städtische Wiederaufbau betrachtet, während der kirchliche unberücksichtigt bleibt.

Als Vertreter eines eventuellen Protestes werden bestimmte Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen. Es sollen der Heimatverein Paderborn in seiner Zuständigkeit für den Denkmalschutz, Bürger, die von den Umlegungen oder anderen starken Einschnitten

1 STAMBOLIS, Barbara: „Stirb und werde“: Stadtplanung und Aufbau, in: HÜSER, Karl (Hg.): Das 19. und 20. Jahrhundert. Traditionsbildung und Modernisierung (Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region 3). Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 1999, S. 265.

2 STAMBOLIS, Stadtplanung, S. 266.

betroffen waren, sowie die Gruppe der freien Architekten, die die Vorgänge in ihrer Stadt vermutlich genau beobachtet haben, untersucht werden. Doch zuerst wird die Ausgangssituation vonseiten der Stadtverwaltung, des Bauamts und der Person des verantwortlichen Stadtplaners Reinhold Niemeyer beleuchtet.

Die Stadt Paderborn und der Stadtplaner Reinhold Niemeyer – wegweisende Entscheidungen

An der Spitze der ersten kommunalen Gremien und des Stadtrats nach den Kommunalwahlen im September 1946 stand der CDU-Politiker Christoph Tölle, der zwölf Jahre als Bürgermeister die Geschicke Paderborns lenken sollte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man bereits entscheidende Weichen für den Wiederaufbau der Innenstadt gestellt. Als erster Leiter des Stadtbauamtes war Martin Pfannschmidt vom Landrat des Kreises Paderborn eingesetzt worden. Sein Konzept der „aufgelockerten“ Stadt mit Grundstücksumlegungen zur Entkernung der Altstadt und Verbreiterung der Hauptstraßen für den motorisierten Verkehr wurde von der Stadtvertretung abgelehnt, worauf er sich bereits Anfang 1946 zurückzog.³

Pläne für den zeitgemäßen Umbau der Altstadt waren allerdings nicht neu. Vor dem Krieg hatte Dr. Werner Keller, von 1936 bis 1939 Stadtbaurat in Paderborn, eine Planung zu einer umfassenden Modernisierung der Innenstadt erarbeitet und in zwei Bänden vorgelegt.⁴ In den 1930er-Jahren waren in vielen deutschen Städten Sanierungspläne für deren Altstadtkerne entstanden, auf die sich die zerstörten Orte nun bei ihren Wiederaufbauplanungen stützen konnten.⁵ Die Probleme der eng verbauten, weder den zeitgemäßen hygienischen noch den verkehrstechnischen Bedingungen gerecht werdenden Altstadt waren auch in Paderborn schon vor dem Krieg erkannt und diskutiert worden.

Der Rückzug Pfannschmidts wäre dagegen dann nicht auf das Bedürfnis von Verwaltung und Bürgern nach Wiederherstellung des Vergangenen im Sinne der Schaffung von „Heimat“ und „Identität“ zurückzuführen, wie Stambolis sie beschreibt⁶, sondern auf anderweitige Gründe.

In dieser Situation nahm Reinhold Niemeyer, der aus der Nähe Paderborns stammte, im Frühjahr 1946 seine Aufgabe als freier, beratender Stadtplaner auf. Davor war er Stadtbaurat in Frankfurt am Main, Landesrat der Provinz Brandenburg und Präsident der Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung gewesen. In der letztgenannten Funktion⁷ war er bereits mit der Bewerbung von Keller für Paderborn vor dem Krieg befasst

3 STAMBOLIS, Stadtplanung, S. 268.

4 HOHMANN, Klaus: Dr.-Ing. Werner Keller, Paderborner Stadtbaurat in der Symbiose von moderner Stadtplanung und Ideologie 1936–1939, in: Westfälische Zeitschrift 154 (2004), S. 289–370.

5 SCHMIDT, Leo: Einführung in die Denkmalpflege. Darmstadt 2008, S. 59.

6 STAMBOLIS, Stadtplanung, S. 267.

7 STAMBOLIS, Barbara: Stadtplanung und Aufbau kriegszerstörter Städte nach 1945. Konzepte, Handlungsfelder und personelle Kompetenzen am Beispiel des Neuaufbaus in Paderborn, in: Westfälische Zeitschrift 146 (1996), S. 355–358.

gewesen⁸ und kannte auch Pfannschmidt.⁹ Seine städteplanerischen Grundsätze konnten die Paderborner Bürger in öffentlichen Veranstaltungen und Zeitungsartikeln kennenlernen.¹⁰ Er sprach sich deutlich gegen den Wiederaufbau als „ein Rothenburg und Dinkelsbühl“ aus, der nicht nachgeahmt werden könne. „Paderborn müsse neu gebaut werden, nach neuzeitlichen Gesichtspunkten“, wie „ja auch die Generationen vor uns [...] etwas Neues geschaffen hätten [...]“. Dabei werde das Alte erhalten, ohne in einen sentimentalischen Traditionalismus zu verfallen.“¹¹ Er verband diese Leitgedanken mit der Vision einer prosperierenden Zukunft Paderborns als Industriestandort und verabschiedete damit den agrarisch geprägten Ort der Vorkriegszeit. Notwendig seien dafür eine aufgelockerte Innenstadt mit verkehrsfreundlichen Hauptstraßen, öffentlichen Gebäuden wie ein neues Verwaltungsgebäude am Abdinghof und städtische Plätze wie der tiefergelegte Marktplatz und das Westerntor als repräsentativer Eingang. Die in den Versammlungen anwesenden Bürger zollten ihm „starken Beifall“.¹²

Um handlungsfähig zu werden, schlug Niemeyer die sogenannte Lex Adickes als rechtliche Grundlage für Grundstücksumlegungen vor, ein Gesetz aus dem Jahr 1902 für die Stadt Frankfurt, das im August 1946 einstimmig als kommunales Gesetz beschlossen wurde.¹³ Das Bezirksverwaltungsgericht Minden bestätigte es für die zerstörte Altstadt von Paderborn mit der Begründung, dass die Grundstücke des Umlegungsgebietes durch die Zerstörung der unbebauten und unaufgeschlossenen Flächen gleichzustellen seien.¹⁴ Die Stadtverwaltung verfügte damit über ein durchsetzungsstarkes Werkzeug für die Neugestaltung.

Der Heimatverein Paderborn – die Stimme für Bürger und Denkmalschutz?

Der im Jahr 1888 gegründete Paderborner Heimatverein trat 1917 dem Westfälischen Heimatbund bei, der sich den unterschiedlichen Bereichen der Heimatpflege bis hin zur Denkmalpflege widmete.¹⁵ Traditionell waren die Vorstandsmitglieder „der städtischen Honoratiorenschicht“¹⁶ zuzuordnen und gehörten zu den „wohlsituierten Bürgern Paderborns“.¹⁷ Neben verschiedenen heimatpflegerischen Belangen befasste sich der Verein in

8 HOHMANN, Stadtbaurat, S. 289.

9 STAMBOLIS, Stadtplanung, S. 268.

10 WESTFALEN-ZEITUNG vom 7. Januar 1947.

11 WESTFALEN-ZEITUNG vom 7. Januar 1947.

12 WESTFALEN-ZEITUNG vom 7. Januar 1947.

13 FISCHER, Joachim: Das Umlegungsverfahren für das Gebiet der Altstadt Paderborn, in: Stadt Paderborn. Ein Jahrzehnt Aufbau und Planung 1945–1955 (Wirtschafts-Monographien 10), Stuttgart 1955, S. 12–16, hier S. 12.

14 SKAP, S – S-1/2/5, Beschluss des Bezirksverwaltungsgerichts v. 21.5.1947, Auszug: „Das Umlegungsgebiet – Bezirk 1-8 – in der Altstadt ist auch überwiegend unbebaut [...]“. Das Gebiet ist fast völlig zerstört und zwar so, daß der Aufbau von Bauwerken einem völligen Neubau gleichkommt. Die Berechtigung, die vom Bombenhagel plattgewalzten Flächen oder formlosen Schuttberge als ‚Unbebautes Gelände‘ zu bezeichnen, dürfte außer Zweifel stehen [...]. Die im Umlegungsgebiet liegenden Grundstücke stehen praktisch – bautechnisch und ihrer Form nach – unbebauten, unaufgeschlossenen Grundstücksflächen gleich.“

15 MÜLLER, Rolf-Dietrich: 100 Jahre Heimatverein Paderborn e. V. 1888–1988. Paderborn 1988, S. 19.

16 MÜLLER, 100 Jahre Heimatverein, S. 17.

17 MÜLLER, 100 Jahre Heimatverein, S. 17.

den 1930er-Jahren vermehrt mit Baugestaltung und wandte sich 1936 an den Bürgermeister in der Sorge, dass die „heutige Entwicklung des heimischen Bauwesens eine Richtung eingeschlagen hat, die schließlich zur völligen Verschandelung und Vernichtung des altüberkommenen Straßenbildes führen muß“¹⁸, welches „ein von den Vorfahren übernommenes Erbgut“¹⁹ sei. Das bedeutete allerdings nicht, dass der Verein sich konsequent für die Erhaltung der alten Bausubstanz einsetzte, wie die Zustimmung zu den fortschrittlichen Planungen von Stadtbaurat Keller zeigte.²⁰

Der Westfälische Heimatbund hatte im September 1945 klare Anweisungen für den Denkmalschutz an die Heimatvereine erlassen. Unter anderem sei die Mitarbeit bei Aufräumarbeiten vordringlich, da „unter den Trümmern ... wertvolles Kulturgut begraben, z. B. Inschriftsteine, Wappen, Ziersteine, Skulpturen, Grabplatten, Gebälk mit Schnitzereien usw. liege“.²¹ Immer wieder wird in den Folgejahren der Westfälische Heimatbund den Heimatverein zum Einschreiten für die Denkmalpflege auffordern, etwa um sich 1949 um „stilgerechte Fenster parterre“ im Heisingen Haus²² zu kümmern.

Doch an der ersten Sitzung nach Kriegsende am 8.11.1945 nahmen gerade einmal dreizehn Personen teil. Fast alle waren in Leitungsfunktionen und im Schulbetrieb tätig.²³ Der Wiederaufbau des Vereins ging äußerst schleppend voran. Die zweite Sitzung fand erst über sieben Monate später, im Juni 1946, statt. 1947 wurde ein zusätzlicher Arbeitskreis mit monatlichen Zusammenkünften eingerichtet.²⁴ Und noch 1948 sah sich der Verein zum Eingeständnis genötigt: „Wir alle wissen, daß viel fehlt – und wir haben auch das Gefühl, daß etwas geschehen muß“.²⁵ Einige Vorstandsmitglieder waren zusätzlich in der Stadtverwaltung und im Stadtrat tätig, sodass Querverbindungen zwischen Verein und Stadt bestanden. Regelmäßig nahmen der Bürgermeister und weitere leitende Beamte der Verwaltung an den Jahreshauptversammlungen teil.

Bereits in der ersten Sitzung wurden mit der „Mithilfe am Wiederaufbau vor allem der Innenstadt“²⁶ folgende Hauptaufgaben des Vereins definiert: die Gestaltung des Rathausplatzes mit historischem Rathaus und neuem Verwaltungsgebäude, die Gestaltung des Dom- und Marktplatzes als Mittelpunkt der Stadt, die Gestaltung der Paderquellen und Flussläufe, die Verhinderung einer zu engen Bauweise und der Naturschutz im Stadtbild durch Schutz vor Abholzung.²⁷

Von Anfang an stand demnach nicht das historische Gesamtbild der Innenstadt im Fokus des Heimatvereins. Überhaupt wird nur das Rathaus als einziges Gebäude konkret benannt. Auch wenn an den aufgeführten beiden Plätzen deren Häuserfassaden in die Überlegungen eingeschlossen gewesen sein sollten, bleibt dennoch der größte Teil der

18 HOHMANN, Stadtbaurat, S. 301.

19 HOHMANN, Stadtbaurat, S. 301.

20 HOHMANN, Stadtbaurat, S. 38.

21 SKAP, S – V 7/10, Rundschreiben Nr.1/1945 des Westfälischen Heimatbundes an die Heimatvereine.

22 SKAP, S – V 7/10, Westfälischer Heimatbund an Rohrbach v. 15.11.1949.

23 MÜLLER, 100 Jahre Heimatverein, S. 40.

24 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 11.3.1947.

25 SKAP, S – V 7/10, Protokoll v. 4.2.1948.

26 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 8.11.1945.

27 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 8.11.1945.

ehemaligen Altstadt ausgeschlossen, genauso wie sämtliche kirchliche Gebäude. Und das Plädoyer für einen großzügigen Wiederaufbau deutete schon auf eine Kompromissbereitschaft hin, die sich an vielen Stellen gegen erhaltenswerte Bausubstanz wenden musste.

In den ersten Sitzungen forderte der Verein in mahnendem Ton gegenüber der Stadtverwaltung, rechtzeitig in Planungen einbezogen zu werden, da man sich übergangen fühlte.²⁸ Im Juni 1946 stellte der Vorstand fest, dass noch „kein Wille zur Zusammenarbeit“²⁹ gefunden sei und man nicht „alles dem Zufall oder Planern und Planungen am grünen Tisch überlassen“³⁰ dürfe. Ab Herbst 1946 kamen wiederholte Sitzungen mit dem Bauamt und Niemeyer zustande. Dabei erhielten diese für ihre Planungen „grundsätzliche Zustimmung“³¹, „reichlichen Applaus“ und Bejahung aller Vorschläge.³² Für die Grundstücke am Kamp empfahl der Verein sogar eine noch weitere Zurücksetzung der Fluchtlinien mit dem daraus folgenden notwendigen Abriss der Reste erhaltener Häuserfronten, als es die Planungen vorsahen.³³ Auch in der Jahreshauptversammlung 1948 wird bestätigt:

„Abschließend wird noch einmal festgestellt, daß der Wiederaufbau Paderborns richtig aufgefaßt und angefaßt worden ist. Große Erfolge können wir bereits verzeichnen und manche glückliche Lösung bereits feststellen.“³⁴

Diese explizit zustimmende Haltung des Vereins zum Aufbaukonzept Niemeyers wurde auch in Presseartikeln publiziert, sodass das Bild eines Vereins entsteht, der die städtischen Entscheidungen seinerseits kommunikativ gegenüber der Bevölkerung verstärkte.

Auffallend ist der Mangel an eindeutigen denkmalpflegerischen Empfehlungen oder Forderungen an das Bauamt, auch wenn die finanzielle Lage der Stadt für öffentliche Bauaufgaben schwierig war. So konnte sich der Vorstand im Februar 1947 in der Diskussion über die Tieferlegung des Domplatzes und den giebel- oder traufständigen Aufbau der Fassaden nicht zu einem Beschluss oder einer Empfehlung durchringen.³⁵ Zögerliches Vorgehen findet sich auch im Januar 1948 in der Diskussion um die Häuser Heising und Schlechtendahl wieder. Der Wiederaufbau der beiden Häuser in Verbindung mit der Nutzung als Heimatmuseum, ein lang gehegter Wunsch des Vereins, wurde skeptisch beurteilt, da „die erhaltenen schönen Fronten [...] für den Wiederaufbau eine Belastung darstellen. Ob die Kosten dafür aufgebracht werden können, um solche teuren Bauten für ein Heimatmuseum zu gewinnen, erscheint sehr fraglich“.³⁶ Das ehrgeizige Ziel des Arbeitskreises zur „Mitarbeit und möglichst Lenkung bei allen Fragen des Wiederaufbaus in der

28 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 14.6.1946.

29 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 14.6.1946.

30 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 14.6.1946.

31 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 3.10.1946.

32 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 26.11.1946.

33 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 25.2.1947.

34 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 22.8.1948.

35 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 22.8.1948.

36 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 15.1.1948.

Jetztzeit³⁷ blieb, zumindest in diesen Fragen, unerreicht.³⁸ Anders trat der Verein im privaten Bauwesen auf. Die Sprengung des alten Turms am Templerhaus durch den Eigentümer wollte der Verein durch Presseartikel und die Einschaltung des Landeskonservators verhindern. Mit scharfer Polemik verurteilte der Eigentümer in einem Leserbrief, diesen Abbruch eines seiner Meinung nach wertlosen Mauerrestes verhindern zu wollen, aber vonseiten des Bauamtes „gut erhaltene Mauern“ von drei- und viergeschossigen Häusern bis auf zwei Geschosse abtragen zu lassen.³⁹ Das Verhalten des Heimatvereins gleicht in diesem Fall einer städtischen, oppositionellen Behörde und nicht einer „Stimme der Bürger“, wie er seine Rolle selbst definierte.⁴⁰

Beachtlich ist hier der Unterschied zwischen der Bezeichnung der Tätigkeiten in den vereinsinternen Niederschriften und den zur Veröffentlichung verfassten Jahres- und Tätigkeitsberichten. Dem Jahresbericht des Heimatvereins für das Jahr 1947, der auch an den Westfälischen Heimatbund gesandt wurden, ist zu entnehmen:

„Gutachtliche Mitarbeit bei der Aufstellung des Fluchtlinienplans und Bebauungsplans [...]. Landesrat Niemeyer, der zur Zusammenarbeit mit dem Heimatverein gern bereit war, trug seine Pläne vor und gab uns Gelegenheit, Anregungen und Bedenken zu äußern.“⁴¹

Die vereinsinternen Protokolle der Sitzungen und an die Stadtverwaltung gerichtete Schriftstücke sprechen von „Wünschen“⁴² und „Einzelheiten“⁴³ gegenüber den Planungen des Bauamtes. In öffentlichen Schriftstücken taucht der Begriff „gutachterliche Mitwirkung“ auf. Beide haben jeweils andere Konnotationen und unterstellen verschiedene Möglichkeiten der Einflussnahme und Wirkmächtigkeit. Der Verfasser der Akten und Schriftführer des Heimatvereins war von 1936 bis 1969 Anton Atorf, Lehrer und späterer Rektor der Georgschule.⁴⁴ In dieser Eigenschaft könnte ihm der Gebrauch der unterschiedlich konnotierten Begriffe durchaus bewusst gewesen sein.

Um den Neubau des Verwaltungsgebäudes auf dem Abdinghofgelände in den Jahren 1949–1953 engagierte sich der Verein anfänglich eindeutiger. Bereits 1938 war ein Umzug der Stadtverwaltung in das Klostergebäude zusammen mit einem Neubau diskutiert worden und stand nun erneut an. In einem zweiseitigen Schreiben an das Bauamt und in der Presse nimmt der Verein zu den Entwürfen eines Architektenwettbewerbs Stellung.⁴⁵ Man spreche sich für diejenigen Entwürfe aus, die „insbesondere die noch stehenden 2 Flügel des Kreuzganges und den Abteillbau von 1680 mit dem Kapitelsaal und dem schönen Barockportal“⁴⁶ einbeziehen und erhalten wollen, denn der Bau sei für die Stadt so repräsentativ wie das

37 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 11.3.1947.

38 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 9.4.1947.

39 WESTFALEN-ZEITUNG vom 5. September 1947.

40 SKAP, S – V 7/21.

41 SKAP, S – V 7/85, Jahresbericht 1947.

42 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 3.12.1946.

43 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 26.11.1946.

44 MÜLLER, 100 Jahre Heimatverein, S. 48.

45 SKAP, S – V 7/88, Heimatverein an Bauamt v. 1.7.1950.

46 SKAP, S – V 7/88, Heimatverein an Bauamt v. 1.7.1950.

Paderborner Rathaus in unmittelbarer Nähe. In der endgültigen Ausführung war dann vorgesehen, den Remter und den zum Teil erhaltenen Kreuzgang der alten Klosteranlage zu erhalten, nicht aber das Barockportal.⁴⁷ Der Verein erteilte dazu seine „uneingeschränkte Zustimmung“.⁴⁸ Der Vorsitzende Rohrbach sprach sich selbst dafür aus, „daß man mit Rücksicht auf die überzeugende Gesamtlösung den südlichen Barockbau opfern könne und müsse“.⁴⁹ Damit hatte der Verein entgegen seiner Stellungnahme von 1949 eine Kehrtwende vollzogen.

Die Situation eskalierte im Frühjahr 1953 während Baggerarbeiten auf der Baustelle. Der Heimatverein hatte in Zeitungsartikeln und mit einer Eingabe an die Stadt aufgrund vermuteter Fundstücke zu größter Sorgfalt bei den anstehenden Ausschachtungsarbeiten gemahnt.⁵⁰ Im April stürzte allerdings der Westflügel des Kreuzgangs ein. Intensive, polemisch geführte öffentliche Auseinandersetzungen in der Presse folgten genauso wie Bemühungen Bürgermeister Tölles, die Situation zu beruhigen. Von der Seite des Vereins her liest es sich so, dass es „über die Beseitigung der Gebäudereste des Abdinghofklosters für den Neubau des Stadthauses [...] mit dem zuständigen Stadtbaurat Schmidt beinahe zum offenen Bruch“⁵¹ gekommen sei. Nach dem Abebben der Auseinandersetzungen blieb dieser Neubau zwar ein wunder Punkt mit Kritik an Stadt und Bauamt⁵², doch sogar im Bericht desselben Jahres stellte der Verein fest, dass die Eingaben des Vereins „in erfreulichem Maß Beachtung“ fänden.⁵³ Das Bemühen des Vereins um Herstellung eines Konsenses mit der Stadtverwaltung ist auch in diesem Konflikt der frühen 1950er-Jahre offenkundig.

Die Stadtverwaltung scheint eine Balance aus Wahrung der Distanz und notwendigem bis rücksichtsvollem Einbeziehen des Vereins gepflegt zu haben. Einerseits wurde der Verein über die Planungen der Stadtverwaltung unterrichtet, andererseits wurden Versuche einer größeren Annäherung abgewiesen. 1946 entzog sich Niemeyer der Einrichtung eines Ausschusses für Denkmalpflege im Bauamt mit der Begründung, dass „die ständige Fühlungnahme mit dem Heimatverein [...] die Belange der Denkmalpflege“ ausreichend sichere.⁵⁴ Genauso fand auch 1949 das Angebot eines ständigen Ausschusses für heimat- und denkmalpflegerische Fragen keine Zustimmung.

Auf Vereinsseite bemühte man sich um die als selbstverständlich erachtete Mitwirkung an städtischen Entscheidungen und das Erringen der dazu nötigen Nähe zur Verwaltung. Insgesamt stellen sich der Heimatverein und seine Position in Paderborn in den recherchierten Quellen ambivalent dar. Das Bedürfnis nach einem guten Verhältnis zur Stadtverwaltung war offenbar sehr hoch. Das Fehlen eigener finanzieller Mittel wurde als Problem für eigene Handlungsfähigkeit erkannt. Zum Wiederaufbau des Rathauses wird festgestellt: „Da wir nicht über Mittel verfügen, können wir an der Sache nichts ändern. Die Entschei-

47 SCHMID, Willi: Die Gestaltung des Abdinghofgeländes, in: Stadt Paderborn. Ein Jahrzehnt Aufbau und Planung 1945–1955 (Wirtschafts-Monographien 10), Stuttgart 1955, S. 59–63, hier S. 61.

48 SKAP, S – V 7/85, Jahresbericht 1952.

49 WESTFÄLISCHES VOLKSBLATT vom 9. Juli 1952.

50 SKAP, S – V 7/88, unbezeichneter Zeitungsartikel v. 18.4.1953 und Heimatverein an Stadtdirektor v. 15.3.1953.

51 MÜLLER, 100 Jahre Heimatverein, S. 45.

52 SKAP, S – V 7/85, Jahresbericht 1955.

53 SKAP, S – V 7/85, Jahresbericht 1955.

54 SKAP, S – A 5522, Protokoll Bau- und Kanalisationsausschuss v. 22.11.1946.

dung liegt bei den Verantwortlichen allein“.⁵⁵ Das könnte auch mit dem eher langsamen Anwachsen der Mitgliederzahl zu tun haben, die 1949 erst bei 280 Mitgliedern lag.⁵⁶ Eine starke Stimme für die Denkmalpflege, die dem Verein vom Westfälischen Heimatbund gegeben war, hätte der Heimatverein hingegen auch mit wenigen Mitgliedern sein können.

Die Bürger Paderborns – zwischen Interessengemeinschaft und Lex Adickes

Die Stimmen der Bürger Paderborns treten deutlich beim Neubau am Westerntor und beim Umlegungsverfahren zutage. Dabei ist die Meinungsbildung der Bürger durch redaktionelle Stellungnahmen der Zeitungen selbst nicht zu unterschätzen.⁵⁷ Der „Neue Westfälische Kurier“ bedauerte im Juli 1949⁵⁸, dass nun schon die Mehrzahl der mittelalterlichen Steinwerke fortgebaggert seien, die bisher alle Stadtbrände überstanden hätten. Selbst die barocke Fassade des Gaukirchenklosters und der angrenzenden Kirche mit einigen Häusern am Markt sei von der Stadtverwaltung als nicht erhaltenswürdig erachtet worden, was die Bürgerschaft in „helle Entrüstung“⁵⁹ versetzen und das touristische Kapital der alten Stadt zerstören würde. Auch die Pläne um den Aufbau am Westerntor sorgten für Zündstoff in der Presse. Die „Neue Westfälische Zeitung“ erklärte, dass sie „kein Verständnis für ein derartiges Projekt [habe], das der potemkinsche Rahmen für eine zweistöckige ostpreussische Kolonialstadt werden soll“.⁶⁰ Stadtrat Haake von der Zentrumsparterie wetterte gegen eine maßlose Materialverschwendung bei gleichzeitigem Materialmangel für den Aufbau beschädigter Häuser.⁶¹ Niemeyer musste zugeben, dass das Material, das am Westerntor verbaut werde, ursprünglich „vom Aufbauminister für Sonderzwecke bewilligt worden sei“.⁶²

Doch erst im Juli und August 1950 lagen der Öffentlichkeit die Pläne für das Westerntor vor.⁶³ Einsprüche von drei direkten Anliegern und 63 Anwohnern des Riemekeviertels wies das Bauamt mit der Begründung zurück, der Vorrang gelte ausschließlich dem Verkehr und dem Städtebau und nicht den persönlichen Geschäftsinteressen und den Anliegen einiger Wortführer. Etwas später schlossen sich 39 Personen zu einer Interessengemeinschaft des Riemekeviertels von zusammen. Nach intensiven Auseinandersetzungen um ihre Zufahrt zum Platz, einzelne geplante Gebäude, einem Verkehrsgutachten und einem Gegenplan der Interessengemeinschaft⁶⁴ wurde 1951 ein abgeänderter Plan mit Fußgängerinseln an den sechs Straßeneinmündungen von allen Beteiligten genehmigt.⁶⁵ Das zähe

55 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 13.7.1948.

56 SKAP, S – V 7/85, Jahresbericht 1949.

57 Zeitungen waren: „Die Freie Presse“, „Westfalen-Zeitung“, „Neue Westfälische Zeitung“, „Westfälisches Volksblatt“ und „Neuer Westfälischer Kurier“.

58 NEUER WESTFÄLISCHER KURIER v. 15.7.1949.

59 NEUER WESTFÄLISCHER KURIER v. 15.7.1949.

60 SKAP, S – B 511, Neue Westfälische Zeitung v. 12.8.1947.

61 SKAP, S – B 511, Neue Westfälische Zeitung v. 12.8.1947.

62 WESTFALEN-ZEITUNG vom 16. September 1947.

63 SKAP, S – B 1368, Protokoll Bau- und Kanalisationsausschuss v. 20.11.1950.

64 SKAP, S – B 1368, Protokoll Bau- und Kanalisationsausschuss v. 29.1.1951.

65 SKAP, S – B 1368, Protokoll Bau- und Kanalisationsausschuss v. 30.4.1951.

Ringen der Bürger führte in diesem Fall zu einer Lösung, bei der sich beide Seiten aufeinander zu bewegten.

Diese Konflikte löste Anfang 1947 die Veröffentlichung des Fluchtlinienplans aus, der die Abgrenzung von Straßen und Plätzen zu anderen Flächen darstellte. Die Eigentümer betroffener Grundstücke konnten zwei Wochen lang Einspruch dagegen erheben. Davor hatte sich die Stadtverwaltung in einigen öffentlichen Veranstaltungen der Diskussion gestellt und die Pläne erklärt. Die Westfalen-Zeitung berichtete Anfang Januar 1947 unter dem Titel „Paderborn wird neuzeitlich aufgebaut“ vom „starken Beifall der Zuhörer“ für Niemeyers Ausführungen⁶⁶, der vom anfänglich sehr geringen Verständnis für die Anlage von Parkplätzen für Autos berichtete.⁶⁷ Mit einem Beschluss des Bezirksverwaltungsgerichts Minden vom Mai 1947 wurde ein dreistufiges Verfahren angelegt.⁶⁸ Im ersten Schritt sollten die 117 Einwendungen gegen die neuen Fluchtlinien geregelt werden. Einsprüche mit „privaten Interessen“ gingen in das darauffolgende Umlegungsverfahren ein. Sofern eine Einigung mit dem Eigentümer nicht zustande kam, wurde ein Enteignungsverfahren in Gang gesetzt.

Die Berechtigung zur Umlegung zog die Verwaltung aus der Lex Adickes, die der Regierungspräsident am 14.7.1948 in Kraft setzte⁶⁹ und eine ebenfalls im Juli gegründete Umlegungskommission umsetzte.⁷⁰ Nach einem Rechenmodell wurde den Eigentümern Bodenfläche oder Geldentschädigung für enteigneten Grund angeboten. 367 Eigentümer mit 948 Flurstücken waren am Verfahren beteiligt.⁷¹ Sie hatten nach Auslage des Umlegungsplans ab Dezember 1947 ein Schreiben mit der Aufforderung erhalten, sich bei Beschwerden gegen die Umlegung zu einem Verhandlungstermin mit einem Richter des Bezirksverwaltungsgerichts Minden anzumelden.

Die Gründe für die Einwendungen wurden vom Mindener Gericht, in Gruppen zusammengefasst, aufgelistet.⁷² Diese waren: „Die Zuweisung eines bestimmten, ihnen genehmen Ersatzgrundstückes“⁷³, „finanzielle Nachteile und [...] die Sicherung ihrer Existenz“⁷⁴, „bestimmte Vorschläge der Stadtverwaltung“⁷⁵, „vorsorgliche“ Einsprüche und Einsprüche ohne Begründung. Einwendungen, die sich „nicht gegen die Voraussetzung der Umlegung richten und daher unbeachtlich sind“⁷⁶ sowie solche, die sich gegen das abgeschlossene Fluchtlinienverfahren wandten, wurden abgewiesen. Die evangelische Kirchengemeinde und die Reichspost zogen ihren Antrag, aus dem Umlegungsverfahren herausgenommen zu werden, zurück.

Detailliert beschreiben die Niederschriften die Verhandlungen mit den einzelnen

66 SKAP, S – B 511, Westfalen Zeitung v. 7.1.1947.

67 NIEMEYER, Reinhold: Planung und Durchführung, in: Stadt Paderborn. Ein Jahrzehnt Aufbau und Planung 1945-1955 (Wirtschafts-Monographien 10), Stuttgart 1955, S. 4–11, hier S. 7.

68 SKAP, S – B 511, Beschluss des Bezirksverwaltungsgerichts Minden v. 21.5.1947.

69 FISCHER, Umlegungsverfahren, S. 12.

70 SKAP, S – B 3160, Niederschrift v. 19.7.1948.

71 FISCHER, Umlegungsverfahren, S. 12.

72 SKAP, S – B 3158, ohne Datumsangabe, Zusammenstellung der Einsprüche nach Gruppen geordnet.

73 SKAP, S – B 3158.

74 SKAP, S – B 3158.

75 SKAP, S – B 3158.

76 SKAP, S – B 3158, ohne Datumsangabe, Zusammenstellung der Einsprüche nach Gruppen geordnet.

Eigentümern, die in neun Umlegungsgebiete unterteilt worden waren. Exemplarisch werden hier die Einwendungen des Gebiets um die Giersstraße, Giersmauer, Busdorfmauer, Gesellenhausgasse vorgestellt. Eigentümer Trampe wünschte „evt. eine Hinterzufahrt über das Bracht'sche Grundstück“⁷⁷, dem aber nicht entsprochen werden konnte. Die Erbengemeinschaft Bracht, die nicht in Paderborn wohnte, wollte das angebotene Ersatzgrundstück annehmen und verkaufen. Eigentümer Becker wehrte sich „heftig“ gegen die Verkleinerung seines Grundstücks. Die Verhandlungen mit ihm sollten schwierig werden. Eigentümer Westhoff merkte einen zu klein geratenen Innenhof an, worauf eine Vergrößerung eingeplant wurde. Eigentümer Remppe und Ernst tauschten die vorgesehenen Ersatzgrundstücke einvernehmlich. Sobald die Verhandlungen in einem Umlegungsgebiet entschieden waren, wurde dort mit den Bautätigkeiten begonnen.⁷⁸

Die Schlussitzung der Kommission, in der die letzten beiden Fälle behandelt wurden, fand am 22.7.1955 statt. Der Wiederaufbauminister für Nordrhein-Westfalen Willi Weyer drückte es anlässlich einer Feierstunde zur Beendigung des Umlegungsverfahrens so aus: „Das wesentliche Geheimnis hat darin gelegen, daß man es in Paderborn verstanden hat, engsten Kontakt mit der Bürgerschaft zu pflegen“.⁷⁹

87 Einsprüche für ehemals 948 Flurstücke entsprechen einem Prozentsatz von weniger als 10 %, wobei Einsprüche an wichtigen Knotenpunkten den Fortgang des Wiederaufbaus an diesen Stellen erheblich beeinträchtigen konnten. Die Einsprüche gegen das Fluchtlinien- und das Umlegungsverfahren zeigen, dass die meisten Eigentümer das Bedürfnis nach einem gerechten Ausgleich hatten und auf die eigene Existenzsicherung bedacht waren. Die Kritik an den architektonischen Vorschriften für die Neubauten war verhalten. Ein Leser der Westfalen-Zeitung kritisierte 1955 den „unisono gleichen Baustil, der nicht mehr regional unterschieden ist“.⁸⁰ Eine sehr ähnliche Kritik hatten schon im Jahr 1949 einige Architekten angebracht.

Die Architekten in Paderborn – Alle gegen einen?

Die freien Architekten Paderborns konnten sich anfänglich Hoffnungen machen, beim Wiederaufbau der Innenstadt berücksichtigt zu werden. Der Beauftragte der Stadtverwaltung für den Wiederaufbau, Lämmerhirt, versprach ihnen Anfang 1946 während einer Versammlung aller Architekten und Bauunternehmer einen Wettbewerb mit Preisen. Bedingung sollte sein, dass durch die neue Stadtplanung „nicht ein neues Stadtbild entsteht, sondern der Charakter der alten Paderstadt neu ins Leben gerufen wird“.⁸¹ Mit der Verpflichtung Reinhold Niemeyers sollte sich das jedoch ändern. Die Architekten warfen ihm bald vor, nicht kooperationsbereit zu sein. Der Diözesanbaumeister des Erzbistums Paderborn, Kurt Matern, verstand es immer wieder, Gruppen von freien Architekten hinter

77 SKAP, S – B 3158, Ergebnis der Vorverhandlungen bezüglich der Neugrenzen im Umlegungsgebiet 3.

78 FISCHER, Umlegungsverfahren, S. 14.

79 SKAP, S – B 516, Freie Presse v. 23.7.1955.

80 SKAP, S – B 511, Westfalen-Zeitung v. 8.2.1955.

81 SKAP, S – B 511, Neue Westfälische Zeitung v. 1.2.1946.

sich zu versammeln, und gegen Niemeyer Opposition zu ergreifen. Ein seiner Meinung nach gelungenes Gegenbeispiel sei der Wettbewerb für die Herz-Jesu-Kirche. Er zog daraus den Schluss, dass „für ein einziges Gebäude ein Wettbewerb, für eine ganze Stadt ein einziger Mann“⁸² beauftragt worden sei.

Auch der Heimatverein konstatierte Probleme zwischen Stadtverwaltung und Architekten. Nach einem öffentlichen Vortrag von Niemeyer mit anschließender Diskussion sagten Stadtvertreter zu, eine Sitzung von Stadträten, Bauausschuss, Architekten und dem Vorstand des Heimatvereins einzuberufen, „um ein Abstimmen aufeinander zu erreichen oder zumindest vorzubereiten“.⁸³ Der Heimatverein stellte fest: „Wenn es nur gelingt, eine Aussprache der Stadtverwaltung mit den Architekten zu erreichen, dann war der Abend nicht umsonst“.⁸⁴ Gleichzeitig verweigerte der Heimatverein jedoch Dombaumeister Matern seine Unterstützung. Der hatte dem Verein einen Lichtbildervortrag zu diesem Thema angeboten.⁸⁵ Als Begründung für die Absage gab der Vorsitzende Rohrbach an, dass der Verein nicht mit einem Vortrag „von privater Seite an die Öffentlichkeit“ gehen wolle.⁸⁶

1949 trat Matern wiederum mit einer Gruppe von Architektenkollegen mit einer Reihe „aufklärender Schriften“ an die Öffentlichkeit, unter anderem zum Rathausdach mit einer Beschreibung vor der Zerstörung und einer umfassenden Schilderung der Deckung, die das Bauamt veranlasst hatte.⁸⁷ Sie warfen dem Amt und Niemeyer Unkenntnis der Architekturgeschichte des Gebäudes, Materialverschwendung und falsche Berechnungen vor.

Zu erwähnen ist, dass die Stelle des Diözesanbaumeisters des Erzbistums Paderborn, die Matern seit 1915 innehatte, nicht die eines gesicherten kirchlichen Baubeamten war.⁸⁸ Neben seiner Arbeit am Dom prüfte er eingereichte Bauanträge in der Diözese, erstellte Gutachten und blieb daneben freischaffender Architekt. Seiner Überzeugung nach war es „im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zu verurteilen, daß Beamte, für deren Gegenwart und Zukunft gesorgt ist, die wenigen Bauaufgaben den Privatarchitekten wegnehmen“.⁸⁹

Der Zorn und die Verbitterung zumindest einer Gruppe der heimischen Architekten richtete sich hauptsächlich auf die Figur Niemeyers. Dem Diözesanbaumeister Kurt Matern kam dabei eine gewisse Wortführerschaft zu. In diesen Konflikten spiegeln sich die Existenzsorgen wider, die die freien Architekten beschäftigten.

82 SKAP, S – B 511, Neue Westfälische Zeitung v. 1.2.1946.

83 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 1.6.1948.

84 SKAP, S – V 7/21, Protokoll v. 1.6.1948.

85 SKAP, S – V 7/52, Matern an Heimatverein v. 30.5.1948: Angekündigt wurde eine Darstellung, „das Gegenteil von dem beweisen könnte, was neulich Herr Niemeyer als richtig in seinem Vortrag hinstellte“.

86 SKAP, S – V 7/52, handschriftliche Notiz.

87 SKAP, S – V 7/52, Matern und Kollegen an Heimatverein v. Juni 1949.

88 OTTEN, Heinrich: Der Kirchenbau im Erzbistum Paderborn 1930–1975 (Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte 60). Paderborn 2009, S. 21.

89 OTTEN, Kirchenbau, S. 43.

Fazit

Die Widerstände beim Wiederaufbau Paderborns nach dem Zweiten Weltkrieg werden in der Forschungsliteratur mit dem Bedürfnis verknüpft, das vertraute Vergangene als ‚Heimat‘ wiederherzustellen. Dagegen wird hier argumentiert, nämlich im Fokus auf Akteure bzw. Gruppen in der Bürgerschaft Paderborns, die direkt von der Aufbauplanung betroffen oder in sie involviert waren.

Der Heimatverein nimmt eine ambivalente Haltung zwischen der ihm zugeteilten Aufgabe des Denkmalschutzes und der Stadtverwaltung ein. In seinem defensiven Vorgehen lässt er sich eher als erweiterter Kommunikationskanal der Stadtverwaltung deuten anstatt als Anwalt der Bürger und des Denkmalschutzes. Ob diese Rücksichtnahme mit den eigenen, wenn auch wenigen direkten Verflechtungen des Vorstands mit der Stadtverwaltung zusammenhängen könnte, müssen weitere Untersuchungen klären. Es bleibt der Eindruck, dass auf der Ebene der Honoratioren des Vereins und der Politik die Wiedergewinnung von Beziehungen nach den Kriegsjahren eine wichtigere Rolle gespielt hat.

Die Bürger Paderborns, die vom Fluchtlinienverfahren und dem Umlegungsverfahren betroffen waren, fühlten sich in erster Linie dem persönlichen Interesse am eigenen Besitz und Grund verpflichtet und trachteten nach einem gerechten Ausgleich. Scharfe Kontroversen traten dort zutage, wo sie sich ungerecht behandelt fühlten.

Die freien Architekten, wiederholt von Kurt Matern zusammengeführt, richteten ihren Unmut auf den ebenfalls freien Stadtplaner Niemeyer. Auch wenn vordergründig mit stilistischen und fachlichen Aussagen argumentiert wurde, zeugen die Schriften von Existenzsorgen und tiefer Verunsicherung über die eigene Zukunft.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass das Narrativ des Widerstands aus einem Bedürfnis der Rückversicherung auf die Vergangenheit nicht haltbar ist. Bis in die 1950er-Jahre kann in Paderborn vielmehr ein existentielles Bedürfnis der Menschen zur Durchsetzung ihrer persönlichen, aktuellen Interessen zur Wiedergewinnung ihrer Existenz in der Nachkriegszeit festgestellt werden. „Die Bedeutung des baukulturellen Verlustes trat sehr bald in den Hintergrund, das Entsetzen über den Verlust wich den übergeordneten Werten des Neu- und Wiederaufbaus“. ⁹⁰ So gesehen könnte der „Wiederaufbau“ Paderborns nicht als Begriff im architektonischen Sinn und nicht als Rückgriff in die Vergangenheit verstanden werden, sondern als Zuspruch an die Betroffenen, voll Mut die Stadt neu wiederauferstehen zu lassen im Geiste ihrer persönlichen Selbstvergewisserung.

90 WILK, Nicole M.: Zerstörungs- und Aufbaudiskurse. Diskursgrammatische Muster der städtischen Erinnerungskultur seit 1945 (Sprache und Wissen 45). Berlin/ Boston 2020, S. 127.

Paderborn als frühes Forschungszentrum des E-Learnings: das FEoLL

Rainer Pöppinghege

Die Gründung der Gesamthochschule Paderborn im Jahr 1972 wird gemeinhin mit der Person Heinz Nixdorfs und seinem in Paderborn ansässigen Unternehmen in Verbindung gebracht. Tatsächlich spielte die hiesige Computerindustrie jedoch wohl nur eine geringe Rolle bei der Standortfindung der Landesregierung für die neue Hochschule¹, die sich bei ihrer Eröffnung im August 1972 auf die Pädagogische Hochschule und die Ingenieurschule bzw. die ein Jahr zuvor daraus hervorgegangene Fachhochschule stützen konnte. Unmittelbarer dürften die Einflüsse Nixdorfs bei einer anderen wissenschaftlichen Einrichtung des Landes NRW zu Buche geschlagen haben: dem „Forschungs- und Entwicklungszentrum für objektivierte Lehr- und Lernverfahren“, kurz: FEoLL. Dieser zur damaligen Zeit nahezu einzigartigen und innovativen Großinstitution war jedoch nur eine kurze Lebensdauer von knapp eineinhalb Jahrzehnten beschieden. Aus heutiger Sicht wurde damals die Chance vertan, didaktische und psychologische Aspekte in den computer- bzw. technologiegestützten Unterricht einfließen zu lassen und diesen qualitativ zu verbessern. Es ist zweifellos müßig darüber zu spekulieren, wie viel mehr Expertise im Bereich des E-Learning über die Jahre hinweg aufgebaut worden wäre – und wie viel weniger groß die Unterrichtsprobleme zu Zeiten der Corona-Pandemie gewesen wären. Die folgende Betrachtung soll einen Überblick über die Gründung und das Ende des FEoLL sowie die wissenschaftspolitischen Weichenstellungen jener Jahre geben.²

Die Vorgeschichte

Technologiegestützte Bildungsansätze reichen in Deutschland bis in die 1920er-Jahre zurück. Vor allem aber in der Boomphase der Kybernetik mit der Entwicklung von relativ leistungsfähigen und zugleich handhabbaren Rechnern in den Fünfzigerjahren zeichneten sich ernsthafte Bemühungen ab, diese für Unterrichtszwecke zu nutzen. Die Automatisierung von Lehr-Lernprozessen gewann vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs eine besondere Attraktivität, versprach sie doch eine erhebliche Effizienzsteigerung und einen damit

¹ Vgl. BERG, Christian: Heinz Nixdorf. Eine Biographie, Paderborn 2016.

² Grundlage bilden die Geschäfts- bzw. Tätigkeitsberichte des FEoLL sowie ausgewählte Archivalien aus den Beständen des Universitätsarchivs Paderborn und des Landesarchivs NRW, Abt. Rheinland. Zudem sei auf den Blog der beiden Studierenden Anna-Lena Strippentow und Michael Sagik verwiesen, der Videomaterial eines Interviews mit dem ehemaligen FEoLL-Mitarbeiter Prof. Dr. Gerhard Tulodziecki enthält: URL: <<https://upb50.de/die-vergessenen-pioniere/>> [15.09.2022].

verbundenen größeren – vor allem schulischen – Lernerfolg.³ Gespeist wurde die technologische Euphorie von der behavioristischen Theorie Skinners, die entsprechend dem Reiz-Reaktions-Schema den Computer als natürlichen „Verbündeten“ einer jeden Lehrkraft erscheinen lassen mochte. In der Bundesrepublik entstand 1966 die Gesellschaft für Programmierte Instruktion, nach einer entsprechenden Institutionalisierung der Disziplin in der DDR drei Jahre zuvor.⁴ Schon damals arbeitete Helmar Frank⁵, der später im FEoLL eine führende Rolle einnehmen sollte, mit seinem späteren Paderborner Kollegen Milos Lansky zusammen. Räumlich galten bis zur Gründung des FEoLL in Paderborn die Städte Wiesbaden, Berlin und Linz als führend im deutschsprachigen Raum.

Neben dem Militär zeigten sich auch immer mehr kommerzielle Akteure wie IBM, Siemens und in Paderborn die Firma Nixdorf an der Entwicklung der zukunftssträchtigen Lehrwerkzeuge interessiert. Auf Seiten der Politik spielten Effizienzerwägungen eine Rolle, um mithilfe der Technik dem in den Sechzigerjahren drohenden Lehrermangel zu begegnen. Darüber hinaus war es nicht damit getan, lediglich die Hardware in Form von „Lernautomaten“ zu entwickeln. Insbesondere die darauf verwendete Lernsoftware bedurfte einer didaktischen Fundierung, die die gewinnorientierten Unternehmen selbst kaum leisten wollten bzw. konnten. Hier kam das FEoLL ins Spiel.

Aspekte der Gründungsgeschichte

Nach ersten informellen Gesprächen brachte die CDU-Fraktion am 4. Juni 1969 im nordrhein-westfälischen Landtag den Antrag ein, in Paderborn ein Zentrum für objektivierte Lehr- und Lernverfahren einzurichten.⁶ Im November 1970 konnte die neue Einrichtung eröffnet werden, nachdem das Kabinett in seiner Sitzung am 28. April 1970 grünes Licht gegeben hatte. Sie wurde vorrangig vom Land, später zu geringeren Teilen auch vom Bund finanziert und bestand aus den Instituten Bildungs-Betriebslehre, Bildungsinformatik, Kybernetische Pädagogik, Medienverbundsysteme, Mediensoziologie, Unterrichtswissenschaft sowie Wissenschafts- und Planungstheorie.

Von den 54 im Jahr 1973 am FEoLL beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeitern waren insgesamt 22 Pädagogen, was einem Anteil von rund 40 % entspricht. Der Anteil der Mathematiker betrug 28 %, jener der Ingenieurwissenschaftler ca. 17 %. Hinzu kamen fünf Psychologen (9,3 %) und drei Soziologen bzw. Politologen (5,6 %).⁷ Zu deren Aufgaben gehörten die „Erforschung von Prozessen und Anwendungsbedingungen lehr- und lernbezogener Information und Kommunikation im Hinblick auf Objektivierungs-

3 Vgl. HOF, Barbara: From Harvard via Moscow to West Berlin: Educational Technology, Programmed Instruction and the Commercialisation of Learning after 1957, in: History of Education (2018), S. 445–465, hier S. 446ff.

4 Vgl. HOF, From Harvard, S. 453.

5 Helmar Franks kompletter Nachlass befindet sich im Universitätsarchiv Paderborn, wurde für diese Studie jedoch noch nicht ausgewertet.

6 FEoLL: Arbeitsbericht Forschung – Entwicklung 1971–1975, Paderborn 1975, S. 3.

7 FEoLL: FEoLL 1973, Paderborn 1973, S. 49. Im zeitgenössischen Sprachgebrauch war von weiblichen Mitarbeitenden nicht die Rede, sodass eine Differenzierung nach Geschlecht nicht möglich ist und das generische Maskulinum verwendet wird.

möglichkeiten [sowie] die Entwicklung und Überprüfung entsprechender Programme und Modelle“.⁸ Hierzu sollte insbesondere „die interdisziplinäre Anwendung formal- und erfahrungswissenschaftlicher Methoden“ beitragen. Neben der erwartungsgemäß starken Technikorientierung vieler beteiligter Disziplinen war jedoch die Handschrift der Erziehungswissenschaftler nicht zu übersehen. So definierte das FEoLL die Rolle des Lehrenden neu, indem es ihn – im Einklang mit zeitgenössischen pädagogischen Konzepten – nicht mehr als ‚Informationsquelle‘ für Schülerinnen und Schüler, sondern als Tutor und Lernberater betrachtete. Für die Politik war sicherlich auch jenes institutionelle Ziel interessant, das versprach, Schulen und Hochschulen bei der Senkung ihrer Ausbildungskosten zu beraten – hier stand die computergestützte Lehre unter dem Effizienzgebot und folgte augenscheinlich weit weniger den zuvor formulierten pädagogischen Zielsetzungen.⁹

Schon in einem Bericht des Jahres 1973 hatte es geheißen:

„Das FEoLL ist davon überzeugt, daß die Unterrichtstechnologie die notwendige Bildungsreform durch Erschließung von Bildungstechnologien zur besseren Erreichung der gesteckten Bildungsziele unterstützt und hilfreich bei der Lerneffektuierung sowie der Bewältigung der Vielzahl der Bildungswilligen sein kann.“¹⁰

Einem vermeintlichen Lehrermangel mittels technischer Hilfsmittel abzuhelpen, stieß seitens des FEoLL jedoch schon damals auf Ablehnung: Die Lehrperson könne durch keinen Computer vollständig ersetzt werden. Denn auf die vielfältigen pädagogischen Herausforderungen in der modernen Gesellschaft könne „ein an sich starres und unflexibles System wie ein Programm nur schwer, wenn überhaupt, mit einem nicht vertretbaren Zeit- und Kostenaufwand eingehen“.¹¹

Spannungen zwischen Kooperationspartnern

Bereits kurz vor Gründung der Gesamthochschule visierte man im FEoLL eine Kooperation mit dem künftigen Partner an bzw. begnügte sich bis zu deren offiziellen Gründung mit der perspektivischen Anbindung an die bereits bestehende Ingenieurschule.¹² Die Gesamthochschule war strategisch auch deshalb interessant, weil das FEoLL selbst über keinerlei Promotions- bzw. Habilitationsrecht verfügte. Mit der Gesamthochschule wollte man diesen strukturellen Standortnachteil ausgleichen. So wurden die Institutsleiter formal an die Hochschule berufen und dann für ihre FEoLL-Tätigkeit beurlaubt. Unter den Kooperationspartnern nahm die damalige Gesamthochschule faktisch jedoch keine herausragende Stellung ein: Von den im Arbeitsbericht von 1975 genannten Kooperationen betrafen neun die Gesamthochschule Paderborn und 52 andere Kooperationspartner wie

8 FEoLL, Arbeitsbericht 1971–1975, S. 4.

9 FEoLL, Arbeitsbericht 1971–1975, S. 6.

10 FEoLL, FEoLL 1973, S. 6.

11 FEoLL: FEoLL 1973, S. 6.

12 Stadtarchiv Paderborn, Stadt Paderborn, S – B 1684.

Schulen bzw. außerschulische Bildungseinrichtungen.¹³

Schon vor dem erzwungenen Ende des FEoLL (1983) hatte es Ende der Siebzigerjahre zwischen beiden Institutionen gehörig geknirscht: Die Zusammenarbeit mit der Gesamthochschule gestaltete sich als punktuell schwierig, sodass 1978 eine gemeinsame Kommission beider Institutionen, die weiterhin selbstständig bleiben wollten, eingesetzt wurde. In deren Abschlussbericht war von einem schlechten Informationsfluss die Rede.¹⁴ Gleichwohl wurden gemeinsame Forschungsprojekte und die Intensivierung der Kooperation auf dem Gebiet der Lehre durch die Vergabe von mehr Lehraufträgen an FEoLL-Wissenschaftler angestrebt. Der verheißungsvolle Blick in die Zukunft dürfte auch taktischer Natur gewesen sein, denn 1980 stand nach zehn Jahren das einstweilige Ende des bis dahin unkündbaren Gesellschaftervertrags der FEoLL GmbH bevor. Ob dieser verlängert und das Land NRW sich weiter finanziell beteiligen würde, war keineswegs geklärt.¹⁵

Die Zusammenarbeit mit der Firma Nixdorf verlief vorrangig über deren Hard- und Softwaresysteme. Nixdorfs Computer-Lehrsysteme kamen regelmäßig zum Einsatz, beispielsweise das rechnergestützte System „Bakkalaureus“, das auch unter dem Namen „Robbimat 3“ firmierte.¹⁶ Das Unternehmen verfügte zwar über eigene Programmierer und Entwickler, versprach sich aber von der Kooperation mit dem öffentlichen Institut nicht zuletzt die staatliche Zertifizierung seiner Programme und Automaten.¹⁷ Seit den späten 1960er-Jahren traten wirtschaftliche Interessen bei deren Entwicklung immer stärker in den Fokus. Neben dem Paderborner Unternehmen engagierten sich in den westlichen Staaten vor allem IBM und Siemens auf diesem Feld.

Nicht immer waren die Kooperationen für alle Beteiligten erfolgreich, wie beispielsweise Patentstreitigkeiten zwischen wissenschaftlichen Institutionen und freier Wirtschaft zeigten.¹⁸ In Paderborn kamen grundsätzliche Differenzen hinsichtlich des Wissenschaftsverständnisses der Beteiligten hinzu: Ein im Spätsommer des Jahres 1972 an Prof. Dr. Milos Lansky, Leiter des FEoLL-Instituts für Bildungsinformatik, übergebener Brief des Nixdorf-Vorstandsmitglieds Helmut Rausch hatte für erhebliche Irritationen gesorgt.¹⁹ Das Schreiben war Anfang August bereits in die Hände des Staatssekretärs im Wissenschaftsministerium Herbert Schnoor gelangt, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der FEoLL-Gesellschafterversammlung war. Rauschs ursprüngliche Vorwürfe zeugen offenbar von falschen unternehmerischen Erwartungen sowie von einem einseitig ausgerichteten Wissenschaftsverständnis.

Insgesamt riefen die Beschuldigungen im FEoLL einhellige Empörung hervor, da auch einzelne Vorwürfe später nicht belegt werden konnten. Rausch beklagte die zu lange Dauer von Kooperationsprojekten und die seiner Ansicht nach zu geringe Praxisrelevanz für den Unterricht. Während der Gesellschaftsvertrag des FEoLL ausdrücklich dessen Verpflichtung

13 FEoLL, Arbeitsbericht 1971–1975, S. 25–37.

14 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 360.

15 Landtag NRW, Drucksache 8/3668, Antwort des Ministers für Wissenschaft und Forschung vom 12.09.1978 auf die Kleine Anfrage 1413 des Abgeordneten Brüggemann (CDU) v. 17.08.1978.

16 FEoLL, Arbeitsbericht 1971–1975, S. 120.

17 Vgl. Hof, From Harvard, S. 459.

18 Vgl. Hof, From Harvard, S. 462.

19 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 452, Schreiben v. 06.09.1972. Hier auch der weitere Schriftwechsel.

zur Grundlagenforschung betont hatte, bemängelte der Manager die ausbleibende Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse sowie die fehlende Projektkoordination zwischen den bestehenden FEOll-Instituten. Auch gingen die Mitarbeiter angeblich intensiv Nebenbeschäftigungen nach und seien an ihren Arbeitsplätzen selten anzutreffen: „Die wissenschaftlichen Mitarbeiter sind weniger an den Projekten als an ihren akademischen Graden interessiert“, so seine pauschale Kritik. „Im Vergleich zur Privatwirtschaft ist der Einsatz dieser riesigen Man power [!] ohne greifbare Ergebnisse sehr fragwürdig.“ Konkreter wurde der Nixdorf-Vorstand nicht.

Aus dem Disput lassen sich allgemeine organisatorische Reibungen zwischen marktwirtschaftlich orientiertem Betrieb und wissenschaftlich ausgerichtetem Institut ablesen. Dessen Geschäftsführer Kurt Seelmann wies in seiner Stellungnahme gegenüber Staatssekretär Schnoor die „verleumderischen Behauptungen“ zur Personalführung mit Rückendeckung aller Institutsleiter zurück und unterstellte der Firma Nixdorf „wissenschaftlichen Dilettantismus“ und ein erhebliches Frustrationspotential.²⁰ Grund hierfür sei vermutlich, dass dem öffentlich finanzierten Lernhardware-Projekt „Bakkalaureus“ von Nixdorf der Markterfolg versagt geblieben war, denn das Unternehmen habe „Hard- und Software-Entwicklung ohne irgendeine didaktische Absicherung betrieben“.²¹

Nixdorf-Vorstand Rausch war schon früh argumentativ zurückgerudert. Man erwarte vom FEOll neben der Grundlagenforschung lediglich „begrenzt praxisnahe Entwicklungen“.²² Doch den Zorn des Staatssekretärs hatte seine Initiative auf sich gezogen: Schnoor stauchte ihn am 27. Oktober 1972 wegen der haltlosen Vorwürfe und der missglückten Kommunikation regelrecht zusammen. Im Nachhinein fragt man sich, was den Manager geritten haben mag, derart unprofessionell zu kommunizieren und nicht die tatsächlich bestehenden Konflikte sachlich anzusprechen.

Jedenfalls scheint der Konflikt das Verhältnis zwischen der Firma Nixdorf bzw. auch der Person Heinz Nixdorfs und dem Paderborner Wissenschaftsbetrieb – sei es das FEOll, sei es die Gesamthochschule – auf Jahre hinweg schwer belastet zu haben. Dies erstaunt umso mehr, da sich Heinz Nixdorf 1969 ausdrücklich für eine enge Kooperation von Wissenschaft und Industrie stark gemacht hatte. Damals intervenierte er zugunsten Paderborns als Sitz des geplanten FEOll, da in der Stadt sowohl die damalige Pädagogische Hochschule als auch sein eigenes Unternehmen beste Voraussetzungen für die technologisch-didaktische Anbindung des FEOll geboten hätten.²³ Auch inhaltlich beteiligte sich die Nixdorf Computer AG damals mit einem umfangreichen Konzeptpapier an der Gründung des FEOll.²⁴ Doch stellte sich der Patriarch Heinz Nixdorf die Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsbetrieb wohl ausschließlich im Sinne seiner eigenen Spielregeln vor. Wissenschaftsfreiheit besaß in den Augen des Self-Made-Unternehmers allenfalls eine nach-

20 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 452, Schreiben v. 19.09.1972.

21 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 452, Schreiben v. 13.10.1972.

22 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 452, Schreiben v. 08.08.1972.

23 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 452, Schreiben v. 11.11.1969 an Ministerpräsident Kühn.

24 Stadtarchiv Paderborn, Stadt Paderborn, S – B 1684.

rangige Funktion.²⁵ Sein Verhältnis zur Universität-Gesamthochschule Paderborn entspannte sich übrigens ebenfalls erst spät, nämlich ab Mitte der Achtzigerjahre.

Die Auflösungsphase

Anfang der Achtzigerjahre schlugen die Sparzwänge auf Landesebene vollends durch. Der Wissenschaftsausschuss des Landtags votierte auf Drängen der FDP für die Auflösung des FEOll. Dem schlossen sich später auch die Fraktionen der SPD und der oppositionellen CDU an.²⁶ Der wissenschaftliche Beirat des FEOll erhob erwartungsgemäß Einspruch gegen diese Entscheidung. In einer Stellungnahme vom 8. Oktober 1981 plädierten die FEOll-Vertreter für die Beibehaltung der Eigenständigkeit, um dezentral besseren Kontakt beispielsweise zu Schulen zu halten.²⁷ Nur so könne auch eine inhaltliche Autarkie gewahrt bleiben. Parallel dazu bediente der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats, der Bonner Physiker Prof. Dr. Siegfried Penselin, in einem gesonderten Schreiben an Forschungsminister Hans Schwier die Sparwünsche der Politik, indem er eine Reduzierung von Leitungspositionen zur Kosteneinsparung vorschlug.²⁸ Das FEOll war bis dahin jährlich mit ca. sechs bis sieben Millionen DM aus dem Landeshaushalt finanziert worden, weitere zwei bis drei Millionen DM steuerte der Bund hauptsächlich für Großprojekte bei.²⁹

In einer weiteren Stellungnahme legte der Beirat am 30. April 1982 ein Konzept zum Weiterbetrieb des FEOll vor: Demnach sollten sich die künftigen Aufgaben auf die Themen Mikroelektronik und Mikrocomputer, dezentrale Lernplätze wie PC und TV sowie den Bildungsexport in die damals sogenannte Dritte Welt erstrecken und die angewandte Forschung stärker berücksichtigt werden.³⁰ Die wissenschaftliche Ausrichtung war jedoch keineswegs ausschließlich technikorientiert, wie die weiteren Aufgabenfelder der Computer Literacy, die Humanisierung von Lernprozessen angesichts eingeschränkter sozialer Kontakte und allgemein die Untersuchung der Auswirkungen auf Lernende zeigen.

Denn bereits damals war den meisten Beteiligten klar, dass der Einsatz der Technik gesellschaftliche Auswirkungen nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt hervorrufen würde. Doch in jenen Monaten konnte sich das FEOll offenbar kaum noch des ministeriellen Rückhalts sicher sein. Anders ist es kaum zu erklären, dass Wissenschaftsminister Schwier dem Kultusministerium die Übertragung der Zuständigkeit anbot – und dabei auf Ablehnung stieß. Die im Frühjahr sich abzeichnende Lösung eines fortbestehenden, aber deutlich verkleinerten FEOll war wohl nur der letzte Strohalm. Zumal die Gesamthochschule Paderborn sich vehement gegen eine vollständige Integration des riesigen Instituts sperrte

25 Vgl. Zur Person Nixdorfs allgemein BERG, Heinz Nixdorf; SZABÓ, Anikó: Heinz Nixdorf und die Universität Paderborn, Paderborn 2015.

26 NEUE WESTFÄLISCHE vom 04.11.1982.

27 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 213.

28 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 213, Schreiben v. 10.02.1982.

29 Landtag NRW, Drucksache 8/3668.

30 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 221.

und lediglich eine Fach-zu-Fach-Zuordnung des Personals für möglich hielt – dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass das Land NRW die entsprechenden zusätzlichen Planstellen einrichtete. Dies war dann auch der Weg, den die Landesregierung beschritt: Das Personal des FEOll sollte zum 1. Januar 1984 von der Gesamthochschule Essen, dem Landesinstitut für Curriculumsentwicklung in Soest und hauptsächlich der Gesamthochschule Paderborn übernommen werden.³¹ Letztlich wurden damit die Personalkosten im Landesetat nur verschoben, einzig die Mietkosten des FEOll im heutigen N-Gebäude der Gesamthochschule Paderborn wurden gespart. Am 30. Juni 1983 beschloss die Gesellschafterversammlung die sofortige Auflösung des FEOll.³²

Die didaktische Umorientierung der späten Siebzigerjahre ließ den computergestützten Unterricht als teuer, ineffizient und im humanen Sinne nicht mehr angemessen erscheinen. Die technologischen Limitierungen ließen Schulpraktiker auf Distanz zu den unflexiblen und kaum im Sinne des sozialen Lernens einsetzbaren Formen des computergestützten Lehrens und Lernens gehen. Die Zeit der „knappen Kassen“ tat ein Übriges, um die Existenz des ambitionierten interdisziplinären Zentrums zu beenden. Es hatte einst Strahlkraft weit über Paderborn und NRW hinaus entfaltet – sonderlichen Rückhalt in Politik und Wirtschaft dagegen nicht gefunden. Im Zuge einer durchgreifenden Digitalisierung seit den 1990er-Jahren standen die vom FEOll früh und zutreffend identifizierten Probleme des technologiegestützten Unterrichts wieder auf der Tagesordnung. Sie mussten und müssen auch heute noch ohne die Mitwirkung des interdisziplinären FEOll gelöst werden.

31 LAV Rheinland, MWF NW 0615 Nr. 166.

32 Ministerialblatt NRW (1983), Nr. 102, S. 2224.

Vom Streben nach Perfektion in einer nicht perfekten Welt. Gedanken zur künstlerischen Darstellung dreier Göttinnen

Paul Duschner

Einleitende Gedanken

Pierer's Universallexikon von 1860 definiert Kunst als „Fähigkeit der Menschen, Anschauungen u. Empfindungen vermittelt freigeschaffener od. entlehnter, mit ihnen nicht willkürlich in Verbindung gesetzter, sondern ursprünglich verwandter Zeichen in entsprechender Weise sinnlich wahrnehmbar darzustellen.“¹ Die Gestalt eines Kunstwerks – ob Bild, Skulptur oder Architektur – ist demnach das Produkt einer Übersetzung von immateriellen Phänomenen, wie den „Anschauungen u. Empfindungen“ des Künstlers, in eine materielle Form. Letztere darf dem Betrachter auch jenseits aller kommunikativen oder didaktischen Funktionen eine Quelle des Wohlgefallens sein. Hierin liegt der zeit- und kontextübergreifende Wert von Kunst.² Das wichtigste Anliegen eines Künstlers besteht laut Ernst Gombrich indes darin, seine Kreationen „richtig“ oder „passend“ – englisch „right“ – zu gestalten. Künstlerisches Schaffen, so Gombrich, sei ein Streben nach „*perfection in our very imperfect world*“.³ Als Zeugnisse eines solchen Unterfangens werden im Folgenden drei Beispiele aus verschiedenen geographischen Kontexten und Jahrtausenden betrachtet: eine Venus aus Rom, eine Yakshi aus Indien und eine Flussgöttin aus Nigeria. Diese Kunstwerke lassen sich in besonderem Maße als Produkte eines Strebens nach Perfektion verstehen. Zwar haben wir es mit drei Darstellungen des weiblichen Körpers zu tun, doch wurde keine Abbildung real existierender Menschen versucht. Vielmehr wurde ein in der Vorstellung entworfenes Ideal in eine materielle Form aus Stein oder Holz übersetzt. Dies beinhaltete eine Auswahl der für darstellungswürdig erachteten anatomischen Elemente sowie eine Entscheidung darüber, was hervorgehoben oder lediglich angedeutet werden sollte.⁴ In jedem Fall hatte die so geschaffene Erscheinung frei zu sein von individualisierenden Zügen sowie all den als Makel definierten Spuren, die sich aus der Interaktion mit der Umwelt und dem Fortgang der Zeit ergeben können. Von real existierenden Frauen

1 PIERER, Heinrich August (Hg.): *Pierer's Universal-Lexikon der Vergangenheit und Gegenwart oder Neuestes encyclopädisches Wörterbuch der Wissenschaften, Künste und Gewerbe*. Bd. 9, Altenburg 1860, S. 893.

2 Vgl. JESSOP, Thomas E.: The Definition of Beauty, in: *Proceedings of the Aristotelian Society* 33 (1932/33), S. 159–172, hier v. a. S. 161 sowie die Ausführungen zur Rezeption chinesischer Archäologika als „Kunst“ durch WATT, James C. Y.: *Antiquities and the Importance – and Limitations – of Archaeological Contexts*, in: CUNO, James (Hg.): *Whose Culture? The Promise of Museums and the Debate over Antiquities*. Oxford/ Princeton 2012, S. 89–106, hier S. 93.

3 GOMBRICH, Ernst Hans: *The Story of Art*, London 1995, S. 32f.

4 Vgl. NAKAMURA, Carolyn/ MESKELL, Lynn: *Articulate Bodies: Forms and Figures at Çatalhöyük*, in: *Journal of Archaeological Method and Theory* 16, H. 3 (2009), S. 205–230, hier v. a. S. 206.

kann dieses Ideal schon deshalb niemals erreicht werden.⁵ Seine Verkörperung bleibt ihren in der menschlich-männlichen Fantasie entworfenen übernatürlichen Äquivalenten in der Kunst vorbehalten. Hier ist physische Makellosigkeit an sich bereits ein Zeichen, das auf die Göttlichkeit der Dargestellten verweist.

Ihren Ausgang nehmen Entwurf und künstlerische Umsetzung in der Betrachtung jener nicht-perfekten Welt echter Frauen, über die sich ihr Resultat erheben soll. Dabei ist der „idealisierte Körper“, so Sabine Poeschel, „aus unzähligen für ideal befundenen Details realer Körper zusammengesetzt, und somit eine zwar am Leben orientierte, jedoch hoch entwickelte und artifizielle Synthese.“⁶ Entsprechende Überlegungen hatte bereits der Vater der Klassischen Archäologie und Kunstgeschichte, Johann Joachim Winckelmann, formuliert. Laut Winckelmann nutzten die griechischen Bildhauer die in ihrer Kultur gegebenen Möglichkeiten, den unbedeckten Körper beiderlei Geschlechts zu studieren, der ferner im antiken Griechenland besonders wohlgeformt gewesen sei. Die herausragende künstlerische Leistung habe darin bestanden, von diesen Naturbeobachtungen ausgehend, „gewisse allgemeine Begriffe von Schönheiten sowohl einzelner Teile als ganze Verhältnisse der Körper [zu] bilden, die sich über die Natur selbst erheben sollten [...]. Nach solchen über die gewöhnliche Form der Materie erhobenen Begriffen bildeten die Griechen Götter und Menschen.“⁷ Dies gilt, wie im Folgenden gezeigt werden kann, nicht nur für die abendländische Kunst und ihre etwa von Poeschel nachgezeichnete Tradition des Aktes in Malerei und Plastik. So vermutete der englische Kunsthistoriker und Indologe Ernest Binfield Havell einen ähnlichen Vorgang hinter den Tempelstatuen des indischen Subkontinents. Für ihn bestand die Formel zur Schaffung der dortigen „*ideal super-woman*“ darin, einen idealen männlichen Körper um „*most prominent sexual characteristics*“ zu ergänzen. Letzterer sei aber selbst schon eine aus anatomischen Elementen beiderlei Geschlechts zusammengesetzte Hybridgestalt: „*The broad shoulders and lion-like body were derived from masculine characteristics, and the rounded limbs, smooth skin without veins, the joints with the bones hardly showing, represented those of the other sex.*“⁸

5 Diese Unvereinbarkeit von Makellosigkeit und realer Existenz ist Thema der Kurzgeschichte „The Birth-Mark“ von Nathaniel Hawthorne. Darin entwickelt ein Wissenschaftler eine Obsession mit dem Muttermal auf der Wange seiner Ehefrau, das als einzige Beeinträchtigung ihrer Erscheinung gilt. Letztlich gelingt die medikamentöse Entfernung. Doch erweist sich die perfektionierte Frau als nicht mehr lebensfähig, da das Muttermal auch das Bindeglied zwischen ihrer Seele und ihrem Körper bildete. HAWTHORNE, Nathaniel: The Birth-Mark. Im Internet: URL: <http://www.columbia.edu/itc/english/fl124y-001/resources/The_Birthmark.pdf> [30.06.2022].

6 POESCHEL, Sabine: Starke Männer – schöne Frauen. Die Geschichte des Aktes, Darmstadt 2014, S. 8.

7 WINCKELMANN, Johann Joachim: Gedanken über die Nachahmung der griechischen Werke in der Malerei und Bildhauerkunst, 2., vermehrte Aufl. Dresden/ Leipzig 1756, S. 7–20, Zitat S. 13.

8 HAVELL, Ernest B.: The Ideals of Indian Art, London 1920, S. 95f.

Beispiel 1: Venus Braschi, Römisches Reich, 1. Jahrhundert v. Chr.

Die in der Münchner Glyptothek ausgestellte Venus Braschi⁹ wird in das 1. Jahrhundert v. Chr. datiert (Abb. 1). Hersteller, antike Vorbesitzer und Aufstellungskontexte sind nicht bekannt. Doch steht die 1776 in einem Weingut bei Rom gefundene¹⁰ Statue in der Tradition jener unbedeckten Kultbilder der Aphrodite/Venus, deren Begründung dem Athener Bildhauer Praxiteles um die Mitte des 4. Jahrhunderts v. Chr. zugeschrieben wird.¹¹ Praxiteles fertigte seine marmorne Göttin für die Insel Kos, deren Bewohner jedoch einem bekleideten Exemplar den Vorzug gaben. Das abgewiesene Kultbild fand im Heiligtum auf der Insel Knidos Aufstellung, wo es Bewunderer von nah und fern anzog. Diese sogenannte Knidische Aphrodite gilt als verschollen. Nur Münzbilder, Gemmen, hellenistische und römische Statuen wie die Venus Braschi sollen einen Eindruck von ihrer Erscheinung geben. Derartige Werke werden gerne als „Kopien“ abgehandelt.¹² Treffender ist jedoch, sie als Nachbildungen unter Anpassung an zeitgenössische Geschmäcker und lokale Konventionen zu verstehen und als Kunstwerke von eigener Bedeutung ernst zu nehmen.¹³ Sie unterscheiden sich in ihrer Anatomie, Haltung und den Attributen voneinander. Das Spektrum reicht



Abb. 1: Venus Braschi, Marmor, Höhe 174 cm, Rom 1. Jh. v. Chr. (Glyptothek München, Inv.-Nr. 258; © Bibi Saint-Pol, wikicommons)

- 9 Ihren Namen verdankt das Statuenfragment dem Vorbesitzer Luigi Braschi Onesti (1745–1816), aus dessen Palazzo in Rom sie 1811 für die Antikensammlung des bayerischen Kronprinzen Ludwig I. erworben wurde. MICHAELIS, Adolf: The Cnidian Aphrodite of Praxiteles, in: *The Journal of Hellenic Studies* 8 (1887), S. 324–355, hier S. 333.
- 10 The Braschi Venus, 1811. John Flaxman RA (1755–1826), URL: <<https://www.royalacademy.org.uk/art-artists/work-of-art/the-braschi-venus>> [15.07.2022].
- 11 Diese Ansicht stützt sich auf die im 1. Jahrhundert n. Chr. entstandene *Naturalis Historia* von Plinius dem Älteren. Sie ist allerdings umstritten. Siehe z. B. BEARD, Mary/ HENDERSON, John: *Classical Art. From Greece to Rome* (Oxford History of Art), Oxford/ New York 2001, S. 127.
- 12 Siehe z. B. MICHAELIS: Cnidian Aphrodite, S. 333; OHLY, Dieter: Glyptothek München. Griechische und römische Skulpturen. Ein Führer. 6., neubearb. Aufl, München 1986, S. 36; WÜNSCHE, Raimund: Glyptothek, Munich. Masterpieces of Greek and Roman Sculpture, München 2007, S. 85.
- 13 Vgl. BEARD/ HENDERSON: *Classical Art*, S. 115.

von fülligeren Matronen bis hin zu eher jugendlichen Erscheinungen, wobei die Venus Braschi als Beispiel für letztere gelten kann.¹⁴

Die Entstehung einer Tradition entsprechender Bildwerke in den Jahrhunderten nach Praxiteles wurde durch die gesellschaftlichen Verhältnisse in den hellenistischen Reichen begünstigt. So bestanden für die Angehörigen der urbanen Eliten mehr Möglichkeiten zu romantisch-erotischen Beziehungen, als dies noch in den Stadtstaaten der klassischen Zeit der Fall gewesen war. Dies bildete den Hintergrund für literarische wie künstlerische Versuche einer Definition dessen, was eine begehrens- und erobderungswerte Partnerin auszeichne, und dementsprechend auch, wie man sich den durch Aphrodite/Venus verkörpert Gipfel sinnlich-erotischer Reize vorzustellen habe.¹⁵ Infolge der römischen Expansion in den griechischen Raum im 2. Jahrhundert v. Chr. gelangten zahlreiche Kunstwerke oder deren Kopien nach Italien und dienten dort als Vorbild und Anregung für das römische Kunstschaffen.

Die Venus Braschi, ob von römischer oder griechischer Hand gefertigt, ist nur als Fragment erhalten. Verschwunden ist auch die für antike Statuen anzunehmende Bemalung. Sie verfügt über eine Kontrapost-Haltung mit rechtem Stand- und linkem Spielbein und dem sich daraus ergebenden Hüftschwung. Wie die Knidische Aphrodite zeigt die Venus Braschi die antike Liebesgöttin beim Verlassen eines Bades, soweit zumindest die gängige Interpretation des Wasserkrugs sowie des mit der linken Hand aufgehobenen Gewands. Die Stellung der abgebrochenen rechten Hand, die sich einst vor den Schambereich schob, wird bei Statuen der Aphrodite/Venus als Geste der Bescheidenheit gedeutet, „als vorbildliche Haltung einer nackten, aber sittsamen Frau“.¹⁶ Allerdings erweckt die Venus Braschi nicht den Eindruck, als sei sie sich eines Voyeurs bewusst, vor dem es sich notdürftig zu bedecken gelte. Vielmehr lässt sich die Position der rechten Hand als Griff nach dem Gewand verstehen, das sich die Göttin im nächsten Moment mit beiden Händen um- oder überstreifen wird. Sie ist keine Reaktion auf eine Betrachteranwesenheit. Das Gesicht der Göttin ist zur Seite gewandt, aber nicht um einem ungebetenen Blick auszuweichen. So fehlen ihr jeder Hinweis auf Schüchternheit oder gar auf Scham.

Die abdominale Muskulatur der Venus Braschi wurde deutlich herausgearbeitet. Es findet sich kein Ansatz überflüssigen Körperfetts. Dementsprechend ist die Figur geeignet, erotischen Reiz mit Kraft und Agilität zu verbinden.¹⁷ Was die Dargestellte vom athletischen Jüngling unterscheidet, sind neben Haltung und Attributen die Breite der Hüfte, die Hebe-artigen Brüste und das Fehlen männlicher Geschlechtsmerkmale. An deren Stelle findet sich jedoch keine vergleichbare Ausarbeitung des weiblichen Äquivalents: ein signifikanter Unterschied zwischen Darstellungen der Aphrodite/Venus und denen orientalischer oder indischer Göttinnen sowie der klassisch-antiken Göttin Baubo. Über den Grund für

14 Eine Vorstellung hiervon bietet der Gang in das Museum für Abgüsse Klassischer Bildwerke in München, da hier die über zahlreiche Museen verstreuten Werke als Kopien in einem Raum vereinigt sind.

15 SMITH, Roland R. R.: *Hellenistic Sculpture. A Handbook (World of Art)*, London 1991, S. 81–83.

16 KELPERI, Evangelia: *Die nackte Frau in der Kunst. Von der Antike bis zur Renaissance (drv 30793)*, München 2000, S. 69.

17 Dies und die fehlende Schüchternheit mögen Adolf Stahr bewogen haben, der „Gestalt und Geberde“ der Venus Braschi „den Charakter des Erhabenen“ zu bescheinigen. STAHR, Adolf: *Torso. Kunst, Künstler und Kunstwerke der Alten*. Bd. 1, Braunschweig 1854, S. 350.

diese Unbestimmtheitsstelle, sofern sie tatsächlich antiken Ursprungs ist und nicht das Ergebnis späterer Bearbeitung, kann nur spekuliert werden. Eine Theorie unterstreicht den Gegensatz zwischen dieser Unterlassung und der Gestaltung des Gesäßes. Etwa postuliert Berthold Hinz im Einklang mit dem Stereotypen vom knabenliebenden Griechen die Ausstrahlung homoerotischer Ideale auf heterosexuelle Begierden und Liebespraktiken und dementsprechend auf die Konstruktion des idealen Frauenkörpers in der antiken Kunst.¹⁸ Im konkreten Beispiel der Venus Braschi, deren Körper – wenn auch nur in der Frontalan-sicht – durchaus ephebische Züge aufweist, erscheinen derartige Gedanken nicht ohne Plausibilität. Alternativ ließe sich vermuten: Für den Schöpfer der Venus Braschi war der erotisch-attraktive Frauenkörper eben der einer Spartiatin, Amazone oder Artemis.

Beispiel 2: Yakshi, Indien 11. Jahrhundert



Abb. 2: Stele mit Darstellung der Geburt des Buddha, dunkler Stein, Höhe 61,6 cm, Indien 11. Jh. (Metropolitan Museum of Art, New York, Objektnr. 2007.305; © Metropolitan Museum of Art)

Die ins 11. Jahrhundert datierte steinerne Stele aus der Indien-Sammlung des Metropolitan Museum of Art, Chicago, zeigt die Geburt des Siddhartha Gautama (Abb. 2). Der künftige Buddha ist zweimal abgebildet. Zum einen tritt er, den Moment der Geburt symbolisierend, aus der rechten Hüfte seiner Mutter hervor. Ferner steht er aufrecht und mit Kopfaureole auf einem Blütensockel zu ihrer Rechten. Doch das Zentrum der Stele bildet die auf einem Lotusthron stehende Mutter, Königin Maya, als Yakshi, eine Fruchtbarkeit stiftende Naturgöttin, die einen Baum durch Berührung seiner Äste zum Erblühen bringt.¹⁹ Ihre mit Seidengewändern, Prachtfrisur und Schmuck beladene Form entspricht ganz dem in Indien entwickelten Ideal der überirdisch-schönen Frau.

Eine Beschreibung des für makellos befundenen weiblichen Körpers findet sich in der Mahabharata²⁰, einem indischen

¹⁸ HINZ, Berthold: Aphrodite. Geschichte einer abendländischen Passion, München 1998, S. 53–59.

¹⁹ So die auf die in der Online-Datenbank des Museums gebotenen Informationen zum Objekt, siehe: <<https://www.metmuseum.org/art/collection/search/73597?ft=yakshi&offset=0&rpp=40&pos=16>> [22.08.2022].

²⁰ HAVELL, Indian Art, S. 99f.

Epos, dessen Verschriftlichung in der überlieferten Form in die Zeit um 400 n. Chr. datiert wird.²¹ Darin bewundert die Königin Sudeshna die Erscheinung der Prinzessin Draupadi mit Bemerkungen wie, ihr Gesicht sei wie der Vollmond, ihre Augen wie die Lotusblätter, ihre Augenlider gebogen und ihr Hals trage Linien wie jene auf einer Muschel. Ihre Hüfte und Brüste seien rundlich, ihre Taille schmal, der Bauchnabel tief. Ihre Oberschenkel berührten einander und ihr Geschlechtsmerkmal sei wie rote Erde. Ihre Venen seien unter der Haut kaum sichtbar. Aus der Summe dieser und weiterer Beobachtungen mutmaßt die Königin, dass es sich bei Draupadi nicht um eine irdische Frau, sondern um eine Göttin, Yakshi, Apsara oder Naga handeln müsse.²² Von der Übersetzung dieses nicht nur in der Mahabharata verschriftlichten Ideals²³ in eine materielle Form zeugt eine reiche Tradition stein-, metall- und hölzerner Tempelskulpturen, Kult- und Votivbilder, die sich als „Kompositfiguren“, zusammengesetzt aus ideal geformten Einzelteilen, deuten lassen. Dabei finden sich Darstellungen überirdischer Frauen mit mehr oder weniger Bekleidung, Schmuck und aufwendigen Frisuren in hinduistischen, buddhistischen und janaistischen Kontexten.²⁴

Die Erscheinung indischer Statuen beiderlei Geschlechts ist geprägt durch glatte, fließend ineinander übergehende Oberflächen und runde Formen, da Muskeln, Gelenke und Blutgefäße nicht herausgearbeitet wurden. Der weibliche Körper zeichnet sich, wie bereits in der Mahabharata beschrieben, durch eine breite Hüfte und voluminös-rundliche Brüste aus, deren Umfang im starken Kontrast zu einer schlanken, bisweilen wespenhaften Taille stehen können.²⁵ Als Zeichen für Überfluss, Gebär- und Nährfähigkeit machen sie den idealen Frauenkörper als den einer jungen, aber postpubertären Matrone oder Mutter, wie der hier dargestellte Königin Maya, kenntlich.²⁶ Da die indischen Bildhauer außerdem nicht über jene, ihren klassisch-antiken Kollegen nachgesagte Scheu vor der Abbildung primärer Geschlechtsmerkmale verfügten, sind ihre Erzeugnisse zu Recht als bewusst erotisch gestaltete „*compendia of stimulating attributes*“ beschrieben worden²⁷, zwar ohne

21 So zumindest die Angabe im aktuellen Artikel der Online-Ausgabe der *Encyclopedia Britannica* von Wendy DONIGER, siehe: <<https://www.britannica.com/topic/Mahabharata>> [26.06.2022]. Tatsächlich existieren zur Frage des Alters der Mahabharata und ihres Quellenwerts ähnliche Kontroversen wie zu Homers Epen oder dem altenglischen Beowulf-Epos.

22 Mahabharata Virata Parva, Buch 4, Abschnitt 9, Übersetzung ins Englische v. Kisari Mohan GANGULI (1848–1908), online: <https://www.mahabharataonline.com/translation/mahabharata_04009.php> [25.07.2022].

23 Siehe die Beispiele bei RAWSON, Philip: *Erotic Art of the East. The Sexual Theme in Oriental Painting and Sculpture*. Introduction by Alex Comfort (World History of Erotic Arts), London 1973, S. 62–81.

24 WEINER, Sheila L.: From Gupta to Pala Sculpture, in: *Artibus Asiae* 25, H. 2/3 (1962), S. 167–192, hier S. 167.

25 Die Prinzipien für die Gestaltung bzw. Proportionierung idealer Körper beiderlei Geschlechts konnten indische Bildhauer den als *shilpa shastras* bezeichneten Anleitungstexten entnehmen. DEHEJIA, Vidya: *Indian Art*, New York 1997, S. 13.

26 CHANDRA, Pramod: *The Sculpture of India 3000 B.C. – 1300 A.D.* Washington 1985, S. 49; HAVELL: *Indian Art*, S. 94. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die beschriebene Gestaltung des weiblichen Torsos im Falle von Tempelskulpturen und Reliefs nicht – zumindest auch – dem pragmatischen Zweck geschuldet sein könnte, die Figuren beiderlei Geschlechts selbst aus der Ferne voneinander unterscheidbar zu machen. Zu den unterschiedlichen Rezeptionsbedingungen für indische Skulpturen in sakralarchitektonischen und musealen Kontexten siehe DESAI, Vishakha N.: *Beyond the Temple Walls. The Scholarly Fate of North Indian Sculpture, A.D. 700–1200*, in: DESAI, Vishakha N./ MASON, Darielle (Hg.): *Gods, Guardians, and Lovers. Temple Sculptures from North India A.D. 700–1200*, New York 1993, S. 18–31, hier S. 19 u. 25.

27 RAWSON, *Erotic Art of the East*, S. 126.



Abb. 3: Ausschnitt, Panel, Sandstein, Höhe 27,9 cm, Indien 3. Jh. (Metropolitan Museum of Art, New York, Objektnr. 30.29; © Metropolitan Museum of Art)

individualisierende Züge, aber eben dadurch „*more perfect and final than anything to be found in the merely transitory appearance of human models.*“²⁸

Von der Wirkung solch himmlischer Frauen auf ihre männlichen Betrachter zeugt eine buddhistische Erzählung, die selbst zum Gegenstand künstlerischer Darstellungen geworden ist. [Abb. 3] So kehrte Siddhartha Gautama nach seiner Erleuchtung in die Geburtsstadt Kapilavastu zurück. Dort überzeugte er seinen Bruder Nanda, der Mönchsgemeinschaft beizutreten. Da dies die Trennung von seiner Verlobten bedeutete, begann Nanda seine Entscheidung zu bereuen. Der Buddha trug seinen Bruder daher auf einem Flug durch die Lüfte in den Himmel des Gottes Indra. Der Anblick der hier anzutreffenden himmlischen Frauen ließ Nandas Sehnsucht nach der irdischen Verlobten verblassen und die Hoffnung auf eine Wiedergeburt in eben diesem Himmel bot ihm einen neuen Anreiz zum Leben eines Mönchs. Tatsächliche Weisheit erlangte er allerdings erst mit der Erkenntnis, dass auch das Begehren nach den Frauen im Himmel Indras – wie jedes weltliche Begehren – der Erleuchtung letztlich entgegensteht.²⁹ Eine ähnliche Ambivalenz

28 Siehe den Beitrag zu „*Indian sculpture*“ in der Online-Version der *Encyclopedia Britannica*, URL: <<https://www.britannica.com/art/Indian-sculpture>> [12.09.2022].

29 BEHRENDT, Kurt: *How to Read Buddhist Art*, New York 2019, S. 30–33. Die Geschichte ist kein Einzelfall. So schreibt Shubhangana Atre zur Stellung der Frau in den indischen Religionen: „*In the Indian spiritual tradition women have been regarded as hindrance to a man's spiritual quest for the same reason of the profanity inevitably associated with the woman's body. A woman's body, her body fluids have always been ascribed with impurity that is dangerous to a man's essence. The emphasis of the blame game is not on the man's vulnerability because of his lustfulness but on the seductive and entrapping power of women.*“ ATRE, Shubhangana: *The Feminine as Archetype*, in: *Annals of the Bhandarkar Oriental Research Institute* 92 (2011), S. 151–193, hier S. 160.

umgibt die Darstellungen ebensolcher Frauen in sakralen Kontexten. So gehören Kunstwerke zu den materiellen Dingen. Sie sind Teil einer Welt der Illusionen, die den Menschen vom Erkennen höherer Wahrheiten ablenken. Doch können sie auch den Weg zu diesen weisen, nicht nur indem sie religiöse Botschaften veranschaulichen, sondern den Betrachter alltägliche Anliegen und Bestrebungen vergessen lassen und ihm – im Erleben von Freude an der Schönheit – einen ersten Eindruck vom Zustand der völligen Bedürfnis- und Sorglosigkeit, dem Nirvana, gewähren.³⁰

Beispiel 3: Kniende Flussgöttin, Nigeria 20. Jahrhundert

Die kleine Statuette aus dunkel lasiertem Holz ist Teil eines Konvoluts westafrikanischer Masken, Skulpturen und Jagdtrophäen, die 2017 dem Lippischen Landesmuseum in Detmold gestiftet wurden (Abb. 4 u. 5). Ihr Vorbesitzer, Karl-Joseph Scheideler (1936–2020), hatte die Objekte zwischen 1966 und 1981 während seiner Tätigkeit an diplomatischen Vertretungen in Mauretanien, Nigeria, Kamerun und Gabun erworben. Nach seiner Rückkehr dienten sie ihm als Erinnerungs- und Konversationsstücke in einem eigens hierfür eingerichteten „Afrikazimmer“.³¹ Die hier besprochene Statuette hatte er als Geburtstagsgeschenk von seinen Kollegen an der deutschen Botschaft in Lagos erhalten, seinerzeit die Hauptstadt Nigerias. Auf der Unterseite des Sockels ist der Name ihres Herstellers eingraviert: Bisi Fakeye (1942–2017). Dieser war ein in fünfter Generation³² tätiger, der Ethnie der Yoruba zugehöriger nigerianischer Künstler und Mitbegründer der Universal Studios of Art at the National Theatre in Lagos, der mit seinen abstrakten Skulpturen internationale Bekanntheit erlangte.³³ Bei dem Exemplar aus der Sammlung Scheideler handelt es sich jedoch um eines seiner frühen Werke, welche noch ganz den als traditionell angesehenen Formen der Yoruba-Schnitzkunst verpflichtet waren.³⁴

Bestand die Aufgabe westafrikanischer Schnitzkünstler einst darin, eine einheimische Abnehmerschaft mit Gegenständen des alltäglichen und religiösen Gebrauchs auszustatten, so traten ab dem 19. Jahrhundert europäische Abnehmer als neue Kundschaft auf den Plan. Im Kontext des Kolonialismus, später des Tourismus oder der Entwicklungshilfe nach Westafrika gekommen, richtete sich ihr Interesse auf vermeintlich typische Erzeugnisse

30 BAHM, Archie J.: Comparative Aesthetics, in: *The Journal of Aesthetics and Art Criticism* 24, H. 1 (1965), S. 109–119, v. a. S. 109f. und 114f.

31 Die dem Lippischen Landesmuseum gestifteten Objekte wurden publiziert in: DUSCHNER, Paul: *Afrikanische Masken und Skulpturen der Sammlung Karl-Joseph Scheideler des Lippischen Landesmuseums Detmold*, Oppenheim am Rhein 2021.

32 SOWOLE, Tajudeen: Bisi Fakeye (1942–2017), Last of Fifth Generation Dynasty of Sculptors, *The Guardian*, 11. Oktober 2017, online: <<https://guardian.ng/art/bisi-fakeye-1942-2017-last-of-fifth-generation-dynasty-of-sculptors/>> [05.07.2022].

33 ADESANYA, Aderonke Adesola: *Carving Wood, Making History. The Fakeye Family, Modernity and Yoruba Woodcarving*, Trenton u. a. 2012, v. a. S. 257–260; EDEWOR, Uyoyou Nelson O.: A Psychoanalytic Approach to Contextual Paradigms in Style Variation. The Study of the Woodcarvings of Olabisi Onawale Fakeye, in: *International Journal of Development and Sustainability* 3, H. 12 (2014), S. 2228–2240.

34 MAKINDE, David Olajide/ AREMU, Paxton Sholademi Olabisi: Nigerian Art. The Problem of Identity, in: *Journal of Arts and Design Studies* 23 (2014), S. 33–41, hier S. 37.



Abb. 4 u. 5: Bisi Fakeye, Statuette einer Göttin, lasiertes Holz, Höhe 38,5 cm, Nigeria 1960/70er-Jahre, Vorder- und Seitenansicht (Lippisches Landesmuseum Detmold, Inv.-Nr. V4771; © Roland Pieper, Lippisches Landesmuseum)

dieser Region, darunter geschnittene Masken und Skulpturen von exotisch anmutenden Menschen und Tieren, die ihnen nach der Heimkehr als Souvenirs dienen konnten.³⁵ Auch Bisi Fakeye betätigte sich in der Herstellung entsprechender Objekte in einem für den Transport geeigneten, handlichen Format.³⁶ Hiervon zeugt die Statuette aus der Sammlung Scheideler.

35 Zum Thema „Souvenirkunst“ und ihrer Gestaltung mit Blick auf westliche Vorstellungen und Vorlieben siehe z. B. DUSCHNER, Paul: Spuren des Kolonialismus in der Airport Art. Vier Beispiele aus Westfalen, in: FREY, Barbara/ BISCHOFF, Sebastian/ NEUWÖHNER, Andreas (Hg.): Koloniale Welten in Westfalen, Paderborn 2021, S. 271–289.

36 ADESANYA, Carving Wood, Making History, S. 268.

Um ihre Attraktivität in den Augen westlicher Abnehmer zu steigern, können Objekte der afrikanischen Souvenirkunst über eine ausgeprägte erotische Komponente verfügen. Etwa gehört die spärlich bekleidete Wasserträgerin oder Tänzerin zu den typischen Motiven kleiner Ebenholzplastiken „*made in Kenia*“. Derartige Figuren verfügen über keine Vorbilder in der afrikanischen Kunst, sondern wurden mit Blick auf westliche Abnehmer erfunden. Anders verhält es sich mit der Statuette Bisi Fakeyes, denn der unbekleidete Körper bildet ein altes Motiv in der Yoruba-Kunst, soweit sich diese wegen der Vergänglichkeit ihres Mediums Holz zurückverfolgen lässt.³⁷ Vergleichbare Statuetten ganz oder semi-entblößter Frauen in kniender Haltung finden im Kontext der Verehrung des Blitze schleudernden Gottes Schango Verwendung, eines deifizierten Herrschers des westafrikanischen Oyo-Reichs. Sie dienen als Schreinfiguren oder krönen die bei religiösen Feierlichkeiten getragenen Tanzstäbe, genannt „*Oshe Shango*“. Dabei handelt es sich um die Darstellung der Flussgöttinnen Oya, Osun oder Yemoja, die einen kühlenden Einfluss auf das feurige Temperament Schangos ausüben. Ihre Haltung und die Darbietung der Brüste sind daher weniger als erotisch-sexuelle Provokation denn als Geste der Unterwerfung zu verstehen, die auf eine Besänftigung der Gottheit zielt. Ferner sind sie geeignet, auf die Fähigkeit zu Geburt und Mutterschaft zu verweisen.³⁸

Von den hier besprochenen Beispielen ist das Kunstwerk Bisi Fakeyes am wenigsten geeignet, westliche Vorstellungen von „Naturalismus“ zu erfüllen. Dafür entspricht die Gestalt der Flussgöttin dem Stil des „idealisierten Naturalismus“ in der Yoruba-Kunst. Diesem liegt eine auch in unserer Kultur verbreitete Vorstellung³⁹ zugrunde, wonach die äußere Erscheinung einer Person Rückschlüsse auf ihren Charakter sowie über das ihr inwohnende Potential zulässt. Letzteres und nicht die Erscheinung einer tatsächlichen Frau soll in der künstlerischen Darstellung verdeutlicht werden. Der dementsprechend makellose *Körper* der Gottheit zeichnet sich zum einen durch seine Vollständigkeit aus. So werden seine Bestandteile bis hin zu Augenlidern, Ohren, Fingern oder Zehen deutlich sichtbar und teils der Betonung halber überproportioniert herausgearbeitet. Ferner erfreut er sich einer zeitlosen Jugend. Anzeichen *für Alter oder gar Gebrechlichkeit werden nicht dargestellt*. Lediglich Kleidung oder Insignien, aber nicht der Körper selbst, *können* gegebenenfalls auf Seniorität verweisen.⁴⁰ Auch zeugt die Statuette von der besonderen Bedeutung, die Kopf und Gesicht bei der Darstellung von Schönheit in der Yoruba-Kunst beigemessen wird⁴¹, wobei Letzteres mit vertikalen Schmucknarben auf den Wangen perfektioniert wurde.

37 OKEDIJI, Moyo: The Naked Truth. Nude Figures in Yoruba Art, in: Journal of Black Studies 22, H. 1 (1991), S. 30–44.

38 ABIODUN, Rowland: Woman in Yoruba Religious Images, in: African Languages and Cultures 2, H. 1 (1989), S. 1–18, hier S. 13f.; ADESANYA, Carving Wood, Making History, S. 100–110.

39 Siehe etwa die Assoziation von körperlicher Schönheit und gutem Charakter in der Unterhaltungsindustrie, untersucht bei BAZZINI, Doris u. a.: Do animated Disney characters portray and promote the beauty-goodness stereotype?, in: Journal of Applied Social Psychology, 40, H. 10 (2010), S. 2687–2709.

40 ADESANYA: Carving Wood, Making History, S. 280–302.

41 ABIODUN: Woman in Yoruba Religious Images, S. 3.

Auffälligstes Merkmal und Krönung der Figur ist die Osa-Frisur mit hoch aufgetürmten Haaren, die ein auf Schango verweisendes Doppelaxt-Motiv bilden.⁴²

Schlussgedanken

Die drei aus unterschiedlichen geografischen und kulturellen Kontexten stammenden Figuren aus Stein und Holz stellen Versuche dar, einen in Gedanken entworfenen, für ideal empfundenen menschlichen Körper in eine materielle Form zu übersetzen, zum Zwecke der Darstellung einer Gottheit. Dabei unterscheiden sich die Produkte des künstlerischen Strebens nach der Darstellung von Perfektion nicht nur im Grad des angestrebten Naturalismus. Während der klassisch-antike Bildhauer sich etwa anschickte, die Bauchmuskulatur seiner Venus deutlich sichtbar herauszuarbeiten, zielte sein indisches Äquivalent auf die in seiner Kultur geschätzten, geschmeidig-weich anmutenden Oberflächen und runden Formen. Dieses Anliegen lässt sich auch bei Bisi Fakeye erkennen, wobei der von ihm entworfene ideale Körper sich in besonderem Maß als die Summe seiner additiv zusammengefügte Einzelteile darstellt. Neben einer beliebig erweiterbaren Liste an Unterschieden lässt sich allerdings auf eine Gemeinsamkeit aller drei Kunstwerke hinweisen: Bei der als makellos empfundenen Frau handelt es sich stets um eine jugendliche oder zumindest junge Erscheinung, ein Befund, der an gegenwärtiges „Liedgut“ denken lässt,⁴³ ebenso wie an wissenschaftliche Studien rund um das Thema „Attraktivität“. Eine Analyse der Partnersuche im Kontext des Onlinedatings kommt sogar zu dem Ergebnis, dass Frauen im Alter von lediglich 18 Jahren in den Augen der im Internet versammelten partnerlosen Männer über die höchste Attraktivität verfügen, die dann mit jedem weiteren Lebensjahr abnimmt.⁴⁴ Zur Erklärung derartiger Befunde existiert eine Myriade mehr oder weniger seriöser biologischer und (küchen-)psychologischer Ansätze, die in den Tiefen der menschlichen Urgeschichte oder des Unterbewusstseins nach determinierenden Faktoren suchen. Man mag derartige Befunde ferner, wie die Feministin Arwa Mahdawi, als „*another sign of masculinity in crisis*“ deuten und als „*a problem that is reverberating across every aspect of our society*“.⁴⁵ Allerdings handelt es sich offensichtlich weder um ein Phänomen nur des sogenannten westlichen Abendlands noch des frühen 21. Jahrhunderts.

42 LAWAL, Babatunde: Staff for Shango, in: VÖGEL, Susan/ EZRA, Kate (Hg.): For Spirits and Kings. African Art from the Paul and Ruth Tishman Collection, New York 1981, S. 92.

43 So besteht ein Vorzug der in einem „Ballermann-Hit“ des Jahres 2022 besungenen Gunstgewerblerin darin, nicht nur „schöner“, sondern auch „jünger“ als die Konkurrenz zu sein.

44 BRUCH, Elizabeth E./ NEWMAN, Mark E. J.: Aspirational Pursuit of Mates in Online Dating Markets, in: Science Advances 4, H. 8 (2018), S. 1–6, hier S. 2.

45 Siehe deren Artikel „Men's Fixation on Young Women Is Another Sign of Masculinity in Crisis“ auf der Webseite des „Guardian“, URL: <https://www.theguardian.com/world/2018/aug/18/mens-fixation-on-young-women-is-another-sign-of-masculinity-in-crisis?utm_source=esp&utm_medium=Email&utm_campaign=The+week+in+patriarchy&utm_term=283729&subid=26657851&CMP=patriarchy> [11.08.2022].

Zwischen Elektrifizierung und Elektrotechnik – der Paderborner Ingenieur Hermann Schmitz als elektrotechnischer Pionier?

Christina Lücke

1. Einführung

Eine Welt ohne Strom. Das ist aus gegenwärtiger Perspektive unvorstellbar. Zu viel hängt von ihm ab. Zum einen der Fortschritt, der unter dem Begriff der „Digitalisierung“ weiter vorangetrieben wird. Zum anderen das alltägliche Leben, das sich u. a. in Wohnungen oder öffentlichen Einrichtungen abspielt. Ob man nun das Mittagessen kochen, die Wohnung heizen oder die Lebensmittel kühlen möchte: Ohne Strom geht es nicht. Welche gravierenden Folgen ein flächendeckender Stromausfall für längere Zeit haben könnte, wird unter dem Begriff „Blackout“ auch in aktuellen Diskussionen zur Energiekrise verhandelt.¹ Kurzum: das alltägliche Leben, so wie wir es heute kennen, ist ohne Elektrizität nicht denkbar. Es erscheint daher umso wichtiger, sich mit der Entwicklung und Etablierung von Elektrizität und Elektrotechnik in der Vergangenheit auseinanderzusetzen, um das Werden der heutigen Gesellschaft auch aus dieser technikgeschichtlichen Perspektive heraus greifen zu können.

Es gibt auch heute noch Bereiche, die gesellschaftlich noch nicht etabliert sind, da sie etwas völlig Neues darstellen. Ende des 19. Jahrhunderts war die Elektrotechnik ein solcher Bereich. In diesen gibt es häufig Personen, die durch unermüdliche Tatkraft und Arbeit dazu beitragen, das jeweilige Gebiet gesellschaftlich zu erschließen. Solche Personen, die auf einem bestimmten Gebiet bahnbrechend sind und als Wegbereiter fungieren, werden auch als „Pioniere“ bezeichnet.² In Paderborn wird häufig eine bestimmte Person als Pionier der Elektrotechnik genannt: Hermann Schmitz. So gedenkt u. a. die Westfalen-Zeitung am 19. August 1948 des Verstorbenen mit folgenden Worten:

„Hermann Schmitz hat als Ingenieur und Unternehmer in den Entwicklungsjahren der Elektrotechnik, der er sein Leben widmete, führende Pionierarbeit geleistet. Mit seinem Weitblick erkannte er schon frühzeitig die großen Verwendungsmöglichkeiten der Elektrizität.“³

1 Vgl. unter anderem den Beitrag zur Risikoeinschätzung eines Blackouts in der Tagesschau vom 19. Juli 2022, URL: <<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/stromnetz-winter-versorgung-101.html>> [25.07.2022]. Wie sich ein solcher Blackout abspielen könnte, wird vor allem im Roman „Blackout – Morgen ist es zu spät“ von Marc Elsberg skizziert.

2 Vgl. Eintrag „Pionier“ im Duden, URL: <<https://www.duden.de/rechtschreibung/Pionier>> [22.07.2022].

3 WESTFALEN-ZEITUNG vom 19. August 1948, S. 6.

Hermann Schmitz, geboren am 22. März 1872 in Paderborn und verstorben am 14. August 1948 ebenda,⁴ war der Sohn des Klempnermeisters Christian Schmitz,⁵ der in Paderborn einen eigenen Laden führte.⁶ Am 22. November 1900 heiratete der 28-jährige Hermann Cäcilia Schloemer, auch „Cilli“ genannt,⁷ in Köln.⁸ Aus dieser Verbindung gingen die Kinder Bernhardine, Josef und Käthe Maria hervor.⁹ Fünf Jahre zuvor, im Jahr 1895, hatte Hermann Schmitz sein elektrotechnisches Installationsgeschäft in Paderborn gegründet.¹⁰ Vielen Ortskundigen ist der Name Hermann Schmitz vor allem in Zusammenhang mit dem Elektrizitätswerk in Schloß Neuhaus¹¹ und der Paderborner Straßenbahn¹² geläufig. Bei beiden Projekten gilt Schmitz als Mitbegründer.

In dem oben genannten Zeitungsartikel von 1948 wird explizit darauf hingewiesen, dass er in den Entwicklungsjahren der Elektrotechnik seine Pionierarbeit in Paderborn geleistet habe. Doch stimmt diese journalistische Einordnung? Wie stellte sich die Elektrifizierung und die Entwicklung der Elektrotechnik in Deutschland überregional dar? Es soll folglich untersucht werden, ob Schmitz aus historischer Perspektive tatsächlich als „Pionier“ bezeichnet werden kann. Um seine Leistungen besser beurteilen zu können, gilt es zunächst die allgemeine Entwicklung der Elektrifizierung und Elektrotechnik in Deutschland zu untersuchen, um anschließend im Kontext dieser Entwicklung Rückschlüsse auf die von Schmitz geleistete Arbeit ziehen zu können. Der gesamte Untersuchungszeitraum beläuft sich auf die Jahre von 1840 bis 1900. Die persönlichen Leistungen von Hermann Schmitz werden für die Zeit von 1895 bis 1900 betrachtet.

2. In den Kinderschuhen – Der Werdegang der Elektrizität und die Entstehung der Elektrotechnik

Die ersten Versuche praktischer Anwendung von Elektrizität erfolgten um das Jahr 1840 auf dem Gebiet der Telegrafie.¹³ So begann man im Zuge der Industrialisierung mit

4 Vgl. Totenzettel Hermann Schmitz, in: Totenzettelsammlung Rhein-Erft, Totenzettelnummer 31205, URL: <<http://www.rhein-erft-geschichte.de/totenzettel/index.php?nummer=31205>> [22.07.2022] sowie Stadt- und Kreisarchiv Paderborn C6153(94) Einwohnermeldekartei Hermann Schmitz.

5 Vgl. KB014-01-T Register der Geborenen und Getauften in der Pfarre zum heiligen Pankratius im Jahre 1859 bis 01. October 1874, in: Matricula Online, URL: <https://data.matricula-online.eu/de/deutschland/paderborn/DE_EBAP_10112/KB014-01-T/?pg=172> [22.07.2022]. Darüber hinaus vgl. Stadt Paderborn: Adreß- und Geschäftshandbuch der Stadt Paderborn 1883, Paderborn 1883, in: Archive in Nordrhein-Westfalen/ Stadt- und Kreisarchiv Paderborn, URL: <https://lwl-archiv.paderborn.de/595-Adressbuch/595-Adressbuch_1883.pdf> [25.07.2022], S. 68.

6 Vgl. PADERBORNER ANZEIGER vom 4. Oktober 1887, in: Zeitpunkt NRW, URL: <<https://zeitpunkt.nrw/ulbms/periodical/zoom/122573>> [22.07.2022].

7 Vgl. Stadt- und Kreisarchiv Paderborn C6153(94) Einwohnermeldekartei Hermann Schmitz.

8 Vgl. KÖLNER LOKALANZEIGER vom 23. November 1900, Nr. 321, in: Zeitpunkt NRW, URL: <<https://zeitpunkt.nrw/ulbnn/periodical/zoom/274277>> [22.07.2022], S. 6.

9 Vgl. Stadt- und Kreisarchiv Paderborn C6153(94) Einwohnermeldekartei Hermann Schmitz.

10 Vgl. BEDRANOWSKY, Birgit: Neue Energie und gesellschaftlicher Wandel. Strom und Straßenbahn für das Paderborner Land. (Paderborner Historische Forschungen 12). Köln 2002, S. 38.

11 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie., S. 50.

12 Vgl. WESTFALEN-ZEITUNG vom 24. Juli 1948, S. 6.

13 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 31.

dem Bau von elektrischen Nachrichtenverbindungen über größere Entfernungen.¹⁴ Der Schwachstrom und die schwachstromtechnischen Produkte dominierten zunächst den elektrotechnischen Markt bis in die 1880er-Jahre hinein.¹⁵ Die Firma Siemens & Halske, die auch im weiteren Verlauf der Elektrifizierung im deutschen Kaiserreich von zentraler Bedeutung war, machte ca. 90 % des gesamten Umsatzes der 1870er-Jahre mit Produkten für Schwachstrom, wobei der größte Teil der Einnahmen auf die Telegrafie zurückzuführen war.¹⁶ Die Elektrizität brach sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber nicht nur im Bereich der Telegrafie allmählich Bahn. Die Bogenlampe wurde bereits eingesetzt, um Plätze, Straßen oder große Räume zu beleuchten.¹⁷ Da die Bogenlampe eine sehr große Leuchtkraft aufwies, war sie jedoch nicht für die Verwendung in kleinen Räumen geeignet, wie z. B. in Wohnungen.¹⁸ Die Schwachstromtechnik dominierte folglich in den ersten Jahrzehnten der sich entwickelnden Elektrotechnik.

Im Jahr 1866 entwickelte Werner Siemens die Dynamomaschine in Berlin.¹⁹ Sie ermöglichte es erstmals ausreichend Starkstrom zur Verfügung zu stellen.²⁰ Die Dominanz des Schwachstroms ging zunehmend zugunsten des Starkstroms verloren. Dies lag neben der Dynamomaschine an weiteren Innovationen der späten 1870er- und frühen 1880er-Jahren, wie z. B. der Entwicklung einer gebrauchsfähigen Glühlampe.²¹ Der Starkstrom wurde daher zunächst vorrangig im Bereich der Beleuchtung eingesetzt.²² Bis in die 1880er-Jahre dominierte die Bogenlampe.²³ Im Jahr 1881 stellte Thomas Alva Edison auf der Internationalen Elektrischen Ausstellung in Paris die von ihm verbesserte Kohlenfadenlampe vor.²⁴ Diese Glühlampe machte der Bogenlampe zunehmend Konkurrenz, u. a. weil sie ein höheres Maß an Sicherheit versprach als z. B. die Gasbeleuchtung. Das zeigte vor allem der Brand des Theaters in Wien im Jahr 1881, ausgelöst durch eine fehlerhafte Gasbeleuchtung, die dazu geführt haben dürfte, dass die Glühlampe zunehmend populärer wurde.²⁵ Die steigende Beliebtheit des elektrischen Lichts setzte voraus, dass auch genug Strom produziert wurde. In den 1870er- und 1880er-Jahren begannen deshalb vor allem private Unternehmer mit der Installation von sogenannten „Einzelanlagen“.²⁶ Im Gegensatz

14 Vgl. KÖNIG, Wolfgang: Technikwissenschaften. Die Entstehung der Elektrotechnik aus Industrie und Wissenschaft zwischen 1880 und 1914 (Technik interdisziplinär 1). Chur 1995, S. 9.

15 Vgl. KÖNIG, Technikwissenschaften., S. 10.

16 Vgl. KÖNIG, Technikwissenschaften., S. 10.

17 Vgl. BOHN, Thomas/ MARSCHALL, Hans-Peter: Die technische Entwicklung der Stromversorgung, in: FISCHER, Wolfram (Hg.): Die Geschichte der Stromversorgung. Frankfurt am Main 1992, S. 39–120, hier S. 40.

18 Vgl. BOHN/ MARSCHALL, Technische Entwicklung., S. 40.

19 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 31f. Der erste Prototyp wurde bei der Firma Siemens & Halske in Berlin verwirklicht, vgl. THOMÄLEN, Adolf: Zur Geschichte der Dynamomaschine. Die Entwicklung des Dynamobaus bei der Firma Siemens & Halske (1866 bis 1878), in: MATSCHOSS, Conrad (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie. Berlin/ Heidelberg 1917, S. 134–168, hier S. 139. Dieser Aufsatz bietet sich auch für eine tiefergehende Beschäftigung mit der Entwicklung der Dynamomaschine an.

20 Vgl. ZÄNGL, Wolfgang: Deutschlands Strom. Die Politik der Elektrifizierung von 1866 bis heute. Frankfurt am Main/ New York 1989, S. 16.

21 Vgl. KÖNIG, Technikwissenschaften, S. 10.

22 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 32.

23 Vgl. BOHN/ MARSCHALL, Technische Entwicklung, S. 41.

24 Vgl. BOHN/ MARSCHALL, Technische Entwicklung., S. 41–43.

25 Vgl. BOHN/ MARSCHALL, Technische Entwicklung., S. 43.

26 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 33f.

zu großen Elektrizitätswerken, die Strom auch über weitere Strecken verteilen konnten, erzeugten diese Einzelanlagen die elektrische Energie dort, wo sie auch benötigt wurde.²⁷ Pioniere der Elektrizitätserzeugung auf dem Land waren vor allem die Mühlen- und Sägewerkbesitzer, die die Wasserkraft zur Stromerzeugung nutzten.²⁸ So konnte z. B. die Bewegungsenergie des Wasserrads durch einen Generator in elektrische Energie umgewandelt werden.²⁹

Auf der Internationalen Elektrischen Ausstellung in Paris von 1881 stellte Edison neben seiner Kohlenfadenglühlampe auch ein komplettes elektrisches Versorgungssystem vor.³⁰ Emil Rathenau, dem dieses System auf der Pariser Ausstellung begegnete, selbst Ingenieur und Unternehmer, sicherte sich die Rechte zur Errichtung solcher Anlagen im Kaiserreich durch die Französische Edison Gesellschaft.³¹ Edison selbst gründete 1882 eines der ersten öffentlichen Elektrizitätswerke in New York.³² Die 1883 von Rathenau gegründete Deutsche Edison-Gesellschaft (DEG) errichtete 1885 das erste öffentliche Elektrizitätswerk in Deutschland.³³ Der Strom aus diesem Berliner Elektrizitätswerk wurde vornehmlich für Beleuchtungszwecke genutzt, da elektrische Antriebe, wie der elektrische Motor, bis dahin in der Reichshauptstadt kaum im Einsatz waren.³⁴ Dieses Defizit bestätigt auch Arthur Wilke in seinem 1893 erschienenen Werk: „Trotzdem der elektrische Motor nicht viel länger als seit etwa fünf bis sechs Jahren eine größere Verbreitung gefunden hat [...]“³⁵. Der Elektromotor kam erst ab den 1890er-Jahren zu häufigerer Verwendung.³⁶ Diese Entwicklung kann vor allem der steigenden Anzahl an elektrischen Straßenbahnen zugeschrieben werden. So geht Wilke davon aus, dass „[v]on allen Anwendungen des elektrischen Motors [...] zur Zeit keine eine solche Bedeutung [hat] wie die für den Betrieb von Fahrzeugen, speziell von Straßenbahnwagen.“³⁷ Darüber hinaus attestiert Wilke dem elektrischen Motor „[e]ine beliebte Anwendung [...] in dem Betriebe von Pumpen und Ventilatoren.“³⁸ Im Jahr 1881 installierte die Firma Siemens & Halske eine elektrische Versuchsbahn in einem Außenbezirk von Berlin.³⁹ Die Strecke belief sich auf 2,5 km und verlief zwischen Berlin und Lichterfelde.⁴⁰ Obwohl Siemens & Halske mit der Entwicklung der elektrischen Straßenbahn schon gut vorangekommen waren, ließ der kommerzielle Erfolg im Kaiserreich noch auf sich warten.⁴¹ Die Amerikaner griffen die deutsche Erfindung jedoch auf und

27 Vgl. BEDRANOWSKY, *Neue Energie*, S. 34.

28 Vgl. ZÄNGL, *Deutschlands Strom*, S. 55.

29 Vgl. KÖNIG, Wolfgang: Massenproduktion und Technikkonsum. Entwicklungslinien und Triebkräfte der Technik zwischen 1880 und 1914, in: KÖNIG, Wolfgang/ WEBER, Wolfhard (Hg.): *Netzwerke Stahl und Strom 1840 bis 1914* (Propyläen Technikgeschichte 4). Frankfurt am Main/ Berlin 1990, S. 263–552, S. 317.

30 Vgl. BOHN/ MARSCHALL, *Technische Entwicklung*, S. 43.

31 Vgl. KÖNIG, *Massenproduktion*, S. 330.

32 Vgl. KÖNIG, *Massenproduktion*, S. 329.

33 Vgl. KÖNIG, *Massenproduktion*, S. 330.

34 Vgl. ZÄNGL, *Deutschlands Strom*, S. 20.

35 WILKE, Arthur: *Die Elektrizität, ihre Erzeugung und ihre Anwendung in Industrie und Gewerbe*. Berlin/ Heidelberg 1893, S. 305.

36 Vgl. ZÄNGL, *Deutschlands Strom*, S. 28.

37 WILKE, *Elektrizität*, S. 322.

38 WILKE, *Elektrizität*, S. 309.

39 Vgl. BEDRANOWSKY, *Neue Energie*, S. 45f.

40 Vgl. ZÄNGL, *Deutschlands Strom*, S. 33.

41 Vgl. BEDRANOWSKY, *Neue Energie*, S. 46.

verbesserten sie u. a. durch ein oberirdisches Leitungssystem, anders als die bisherige Stromversorgung über Schienen.⁴² Erst in den 1890er-Jahren wurde die elektrische Straßenbahn auch im Kaiserreich populär. Dafür war vor allem der Technologietransfer aus den USA verantwortlich.⁴³ Durch die vermehrte Installation von elektrischen Straßenbahnen boten sich ökonomisch betrachtet auch für die Elektrizitätswerke bessere Absatzchancen. Da nämlich der Strom für die Beleuchtung vorrangig abends und nachts benötigt wurde, kam es tagsüber zu einer Abnahme flaute.⁴⁴ Die Straßenbahn, die auch tagsüber fuhr, nahm den Strom auch bei Tage ab, sodass sich der Betrieb eines Elektrizitätswerks rentabler gestaltete.⁴⁵ Die elektrische Straßenbahn wurde bis Ende der 1890er-Jahren zum Großabnehmer von Strom.⁴⁶ Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass die elektrische Straßenbahn Triebkraft für weitere Gründungen von Elektrizitätswerken und damit einer weiterführenden Elektrifizierung des deutschen Kaiserreichs wurde.⁴⁷ Wolfgang König spricht somit völlig zu Recht von einem markanten Aufschwung der Elektrifizierung nach 1890.⁴⁸

3. Hermann Schmitz und die Elektrotechnik

Nachdem wesentliche Entwicklungslinien der Elektrotechnik und Elektrifizierung im deutschen Raum nachgezeichnet werden konnten, gilt es nun zu untersuchen, welche Pionierarbeit Hermann Schmitz im Bereich der Elektrotechnik in Paderborn verrichtete und welchen Beitrag er zur Elektrifizierung der Stadt leistete.

Wie bereits einführend erwähnt, gründete Schmitz als 23 Jahre junger Mann sein elektrotechnisches Installationsgeschäft im Jahre 1895 in Paderborn.⁴⁹ Ein erster Hinweis für dessen Existenz findet sich im „Paderborner Anzeiger“ vom 13. März 1895.⁵⁰ Demnach befand sich das Ladenlokal in der Königsstraße 105 und konnte mit einem großen Spektrum an elektrotechnischen Installationsangeboten aufwarten: Ausführung von elektrischen Beleuchtungsanlagen, Kraftübertragungen, Akkumulatoren, elektrische Hausklingeln sowie Fernsprechanlagen.⁵¹ Folglich rühmte die „Westfalen-Zeitung“ in ihrem Artikel vom 19. August 1948 zu Recht den Weitblick Schmitzens für die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten der Elektrizität als Zukunftstechnologie.⁵² So wandte sich Schmitz nicht nur dem Schwachstrom in Form von Fernsprechanlagen und Hausklingeln zu, sondern bereits dem Starkstrom durch die eigenhändige Installation von Beleuchtungsanlagen und Kraftübertragungen. Es lässt sich gut erkennen, dass er noch vor 1900 ein sicheres Gespür für

42 Vgl. WILKE, Elektrizität, S. 323.

43 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 46.

44 Vgl. WILKE, Elektrizität, S. 305.

45 Vgl. WILKE, Elektrizität, S. 305 und BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 46f.

46 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 48.

47 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 48.

48 Vgl. KÖNIG, Technikwissenschaften, S. 323.

49 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 38.

50 Vgl. PADERBORNER ANZEIGER vom 13. März 1895, in: Zeitpunkt NRW, URL: <<https://zeitpunkt.nrw/ulbms/periodical/zoom/125057>> [23.07.2022].

51 Vgl. PADERBORNER ANZEIGER vom 13. März 1895.

52 Vgl. WESTFALEN-ZEITUNG vom 19. August 1948, S. 6.

Zukunftstechnologien hatte. Schon in dieser frühen Formierungsphase der urbanen Elektrifizierung spezialisierte er sich auf den Starkstrom. In diesem Zusammenhang ist auffallend, dass auch die Kraftübertragung zu seinen Fachgebieten gehörte. Bedenkt man den damaligen Stand der Technik, so wird deutlich, dass die elektrischen Motoren erst seit ca. 1890 zunehmend Verwendung fanden. Hermann Schmitz hatte offensichtlich bei der Gründung seines Geschäfts den Weitblick zu behaupten, dass diese Motoren zukunftsweisend seien. Die Vermutung, dass Schmitz dieser Auffassung war, kann anhand einer von ihm später selbst getroffenen Aussage erhärtet werden:

„Als ich im Jahre 1895 mein Unternehmen für die Ausführung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen gründete, befand sich die Elektrotechnik tatsächlich noch in den Kinderschuhen. [...] In Paderborn lief bis dahin noch nicht ein Elektromotor.“⁵³

Schmitz sah den Elektromotor folglich als entscheidenden Faktor für die Ausbreitung der Elektrotechnik und somit vermutlich auch für die Elektrifizierung Paderborns. Bedenkt man, dass ab 1890 die elektrische Straßenbahn – und somit auch der elektrische Antrieb – ihren Siegeszug antraten und deren Bedeutung für die Elektrizitätswerke, so muss Schmitz völlig zu Recht zugestanden werden, dass er offenbar mit der allgemeinen elektrotechnischen Entwicklung im Kaiserreich bestens vertraut war und deren Potenziale schon früh erkannte. Er war offensichtlich nicht nur aus elektrotechnischer, sondern auch aus ökonomischer Perspektive von Elektromotoren überzeugt. Auf lange Sicht konnte der Elektromotor offenbar wirtschaftliche Erfolge garantieren. Vermutlich aus diesem Grund bemühte sich Schmitz auch frühzeitig um die Installation einer elektrischen Pumpe im städtischen Wasserwerk von Paderborn.⁵⁴ Er argumentierte für die Anschaffung eines 12-PS-Elektromotors, welcher den bisherigen, eher unzuverlässigen Gasmotor ersetzen könnte.⁵⁵ Um diesen neuen E-Motor betreiben zu können, wollte Schmitz den Strom aus der Schwarzen-dahl'schen Wassermühle nutzen.⁵⁶ Der Tischlermeister Franz Schwarzendahl ließ bereits 1889 eine elektrische Beleuchtungsanlage in seiner Pader-Mühle installieren⁵⁷ und kann somit zu jenen Mühlenbesitzern gezählt werden, denen Zängl Pionierarbeit im Bereich der Elektrizitätserzeugung beimisst.⁵⁸ Trotz seiner Bemühungen stieß Schmitz beim Stadtrat zunächst auf Skepsis und Ablehnung:

„Auf der ganzen Linie sah ich nur Zaghaftigkeit und ungläubiges Kopfschütteln. Der Vorschlag, einen 12 PS Elektromotor zu beschaffen und zu betreiben war damals für viele etwas Unfaßbares [sic].“⁵⁹

53 SCHMITZ, Hermann: Aus 40 Jahren Technik und Wirtschaft. Paderborn 1936, S. 11.

54 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 13ff.

55 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 13.

56 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 13.

57 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 35.

58 Vgl. ZÄNGL, Deutschlands Strom, S. 55.

59 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 14.

Herzig geht davon aus, dass viele Kommunen den Einstieg in die Elektrizitätswirtschaft fürchteten, da die Elektrotechnik für die kommunalen Entscheidungsgremien nicht schlüssig zu beurteilen gewesen sei.⁶⁰ Es kann vermutet werden, dass dies auch in Paderborn der wesentliche Grund für die Vorbehalte war. Trotz dieser allgemeinen Skepsis bemühte sich Hermann Schmitz weiter um den Einbau eines Elektromotors zum Antrieb der Pumpen im Stadtwasserwerk.⁶¹ Weiter oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass Elektromotoren auch für den Antrieb von Druck- und Saugpumpen genutzt wurden. Somit war Schmitz also sehr fortschrittlich, wenn er diesem Trend, der frühestens ab 1890 an Fahrt aufnahm, bereits 1895 in Paderborn folgte. Von dem gewerbetechnischen Fortschritt, den der Elektromotor versprach, war Schmitz überzeugt und daher auch bereit, ein hohes Risiko einzugehen. So war eine Forderung der Stadt, dass Schmitz den Motor zunächst auf eigene Kosten installieren und dem Wasserwerk für ein Jahr kostenlos zur Probe überlassen sollte.⁶² Nach der einjährigen Nutzung dürfe die Stadt ohne Nennung eines Grundes davon absehen, die Anlage käuflich zu erwerben.⁶³ Schon vorab lehnte die Stadt jede rechtliche Anfechtung ab und verpflichtete Schmitz zudem, auch gegenüber dem Mühlenbesitzer Schwarzendahl eine Garantie abzugeben.⁶⁴ Hermann Schmitz musste also sehr von den Elektromotoren überzeugt sein, als er diesen Bedingungen zustimmte. Schließlich wurde Schmitz, der auf sein eigenes Können und das Potenzial dieser neuen Technik vertraute, belohnt. Der Elektromotor lief zur vollen Zufriedenheit der Stadt. So weiß der „Paderborner Anzeiger“ am 21. Dezember 1895 zu berichten:

„Es ist ein wahres Vergnügen, den Motor arbeiten zu sehen [...]. Die Montage rührt von Herrn Electrotechniker Herm. Schmitz hier her, der damit seinem Können und Kenntnissen ein schönes Denkmal gesetzt hat. [...] Unsere schwarze Paderstadt steht mit dieser electrischen Kraftübertragung wieder einmal an der Spitze der Städte, die sich die modernsten Erfindungen zu Nutzen gemacht haben.“⁶⁵

Dieses Beispiel zeigt eindrücklich, dass Hermann Schmitz in Paderborn die Elektrotechnik weit voranbrachte. In einer Zeit, als die Elektromotoren erst kurze Zeit im deutschen Kaiserreich an Bedeutung gewannen, erkannte er ihre Vorteile und war von ihrem Nutzen überzeugt, sodass er trotz allgemeiner Skepsis in Paderborn und unter hohem Risiko für die Installation eines solchen Motors eintrat und somit der Elektrotechnik auch in Paderborn zu einem höheren Ansehen verhalf. In den folgenden Jahren machte sich Schmitz in Paderborn zunehmend einen Namen und nahm weitere elektrotechnische Installationen vor, so z. B. um 1900 den Einbau eines Elektromotors in der Neuhäuser

60 Vgl. HERZIG, Thomas: Wirtschaftsgeschichtliche Aspekte der deutschen Elektrizitätsversorgung 1880 bis 1990, in: FISCHER, Wolfram (Hg.): Die Geschichte der Stromversorgung. Frankfurt am Main 1992, S. 123–166, hier S. 126.

61 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 35.

62 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 15. Der Elektromotor wurde im Jahre 1895 von Schmitz in dem Wasserwerk installiert, vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 35.

63 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 15.

64 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 15f.

65 PADERBÖRNER ANZEIGER vom 21. Dezember 1895, Nr. 102, in: Zeitpunkt NRW, URL: <<https://zeitpunkt.nrw/ulbms/periodical/zoom/125695>> [25.07.2022].

Garnisonswäscherei, zur damaligen Zeit die reichsweit einzige mit einem Elektromotor.⁶⁶ Hermann Schmitz berichtet, dass im Jahre 1909 das erste Paderborner Elektrizitätswerk errichtet wurde.⁶⁷ Ihm zufolge passierte dies reichlich spät,⁶⁸ was unter Berücksichtigung des allgemeinen Entwicklungsstands im Kaiserreich sicherlich als zutreffend zu bewerten ist. Vor allem durch die Errichtung zahlreicher privater Einzelanlagen wurde die Elektrifizierung Paderborns aber dennoch vorangetrieben. Schmitz sieht sich in diesem Zusammenhang hier ebenfalls als Schlüsselfigur: „Daß aber trotz dieses Mangels die Elektrowirtschaft in Paderborn nicht geruht hatte, beweist die große Zahl der von mir erstellten Selbsterzeugungsanlagen [...].“⁶⁹ In Paderborn soll es bei Gründung des ersten kommunalen Elektrizitätswerks über 40 Selbsterzeugungsanlagen gegeben haben, wobei auf eine private Anlage ca. 700 Einwohner kamen.⁷⁰ Auch hier spiegelt seine Leistung die allgemeine Entwicklung wider: Bis zur Jahrhundertwende dominierten die Einzelanlagen und übertrafen die Leistung von Elektrizitätswerken.⁷¹ Dennoch war er auch im Bereich der Elektrizitätswerke im Paderborner Land wegweisend. So war er an der Gründung des ersten Elektrizitätswerks in Schloß Neuhaus im Jahr 1897/98 maßgeblich beteiligt.⁷² Auch hier muss vermutet werden, dass Schmitz die allgemeine elektrotechnische Entwicklung im Reich aufmerksam verfolgte, um auch das Paderborner Land auf den neusten Stand der Technik bringen zu können, wobei für ihn mit Sicherheit auch ökonomische Interessen eine Rolle gespielt haben dürften. So war er sich offenbar bewusst, dass das Elektrizitätswerk nur in Verbindung mit dem Bau einer elektrischen Straßenbahn rentabel sein würde. Aus diesem Grund bemühten sich die Gründer des Neuhäuser E-Werks um die Genehmigung zum Bau einer Straßenbahn, die sie schlussendlich auch erhielten, wie ein Artikel in der „Westfalen-Zeitung“ vom 24. Juli 1948 zeigt.⁷³ Nur ein Jahr später wurde das Elektrizitätswerk 1899 an die Westfälische Kleinbahnen-Aktiengesellschaft verkauft.⁷⁴ Die Genehmigung zum Bau der Straßenbahn wurde an diese übertragen.⁷⁵ Die Bemühungen von Schmitz und den anderen Gründern des Elektrizitätswerks in Neuhaus um die Installation einer elektrischen Straßenbahn sowie die Errichtung des Werks selbst müssen als wegweisend für die Elektrifizierung des Paderborner Landes angesehen werden.

Alles in allem zeigt sich, dass Hermann Schmitz durch seinen Weitblick und Kenntnisse im Bereich der Elektrotechnik, vor allem die allgemeinen Fortschritte und Entwicklungen betreffend, die Elektrifizierung in Paderborn maßgeblich geprägt hat.

66 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 27. In der Garnisonswäscherei wurde der alte Petroleummotor durch einen Elektromotor ersetzt. Auch hier war die Überzeugungsarbeit von Hermann Schmitz maßgeblich. Der Elektromotor wurde um 1900 installiert. Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 51.

67 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 70.

68 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 70.

69 SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 70.

70 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 70.

71 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 42f.

72 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 50. Neben Schmitz waren Franz Schwarzendahl, Albert Pape, W. Bergmann und Rudolf Ullner an der Gründung des Werks beteiligt, vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 24.

73 Vgl. WESTFALEN-ZEITUNG vom 24. Juli 1948, S. 6.

74 Vgl. BEDRANOWSKY, Neue Energie, S. 54.

75 Vgl. WESTFALEN-ZEITUNG vom 24. Juli 1948, S. 6.

4. Hermann Schmitz – ein Pionier der Elektrotechnik?

Erste Teilergebnisse, die in dieser Übersichtsskizze gewonnen werden konnten, lassen hinsichtlich der Ausgangsfrage nur eine Antwort zu: Ja, Hermann Schmitz muss als Pionier der Elektrotechnik in Paderborn verstanden werden. Er war sich früh der allgemeinen elektrotechnischen Entwicklung im Kaiserreich bewusst und erkannte den Nutzen und die Vorteile, vor allem im Bereich der elektrischen Kraftübertragung und Stromerzeugung. Gegen alle Skepsis und Widerstände, welche die noch junge Elektrotechnik in Paderborn auslöste, nahm er unter hohem persönlichen Risiko die Installation von Elektromotoren vor, war Mitbegründer eines Elektrizitätswerks und erkannte auch hier, dass dieses nur in Verbindung mit einer elektrischen Straßenbahn rentabel sein würde. Somit hat Schmitz einen großen Beitrag zur Elektrifizierung des Paderborner Landes geleistet.

Diesen Aufsatz abschließend, sei noch ein kurzer Ausblick zum weiteren Werdegang von Hermann Schmitz gegeben. Im Jahr 1918 wurde er zum Geschäftsführer des Vereins privater Elektrizitätswerke Deutschlands e. V. mit Sitz in Paderborn.⁷⁶ So wurde Schmitz nun u. a. als Sachverständiger tätig.⁷⁷ In der Generalversammlung des Vereins wurde er 1921 zum Direktor ernannt.⁷⁸ Als Herr Direktor Schmitz dürfte er vielen Paderbornern in Erinnerung geblieben sein. Nicht nur im Bereich der Elektrotechnik und Elektrifizierung nahm Schmitz an den Geschicken Paderborns Anteil. Von 1924 bis 1930 gehörte er dem Paderborner Magistrat an und wirkte somit aktiv in der Stadtpolitik mit.⁷⁹ Hermann Schmitz hat sich folglich auch außerhalb seiner unternehmerischen Tätigkeit in Paderborn einen Namen gemacht.

76 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 89.

77 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 90f.

78 Vgl. SCHMITZ, Aus 40 Jahren, S. 91.

79 Vgl. Totenzettel Hermann Schmitz.

Die Strukturen des Gesteins- und Bodenraumes des Paderborner Landes vor dem Hintergrund seiner erdgeschichtlichen Entwicklung

Walter Rentel

I. Einführung

Der Mensch stößt ja im wahrsten Sinne des Wortes auf Schritt und Tritt auf den Stein. Tiefreichend und mannigfaltig sind die Beziehungen, die den Menschen mit der Welt der Steine verbindet. In den ältesten Zeiten stellte er sich Werkzeuge (Messer, Schaber), die wir heute aus Metall fertigen, aus Stein her. Man nennt daher mit Recht diese Zeit „Steinzeit“. Bei der Verwendung des Steins als Werkzeug zeigt sich bereits ein bemerkenswerter Einfluss des Materials auf die kulturelle Entwicklung. Gar nicht hoch genug einzuschätzen ist die Bedeutung des Steins für die Kenntnis der Weltgeschichte in seiner Verwendung als Schreibmaterial.

Jeder einzelne Stein hat seine Geschichte – Gesteinskunde ist daher von Erdgeschichte nicht zu trennen. Es lässt sich deshalb nicht vermeiden, im Text auch immer wieder geologische Zeitbegriffe zu verwenden. Abbildung 1 soll demjenigen, der sich schon mit Erdgeschichte beschäftigt hat, eine Übersicht über die zu den verschiedenen Zeitnamen gehörenden Epochen geben.

II. Gesteinsraum (Lithosphäre)

Die Lithosphäre umfasst die Gesteine der Kontinente mit ihrer Reliefstruktur (Gebirge). Auch der feste Ozeanboden wird dazugezählt. Sie umfasst die Erdkruste und den äußeren Teil des Erdmantels. Die gesamte Erdoberfläche misst 510 Millionen km², davon entfallen auf Festlandmassen 149 Millionen km² (29 %) und auf Welt- und Nebenmeere 361 Millionen km² (71 %). Gletscher und polare Inlandeisgebirge bedecken mit fast 15 Millionen km² nur 3 % der Erdoberfläche.¹

Die Lithosphäre ist relativ steif, setzt sich aber aus den langfristig beweglichen Kontinentalplatten, auch tektonische Platten genannt, zusammen und hat mit ca. 10⁶ Jahren die größte Zeitkonstante im Klimasystem.² Es handelt sich also um äußerst langsam verlaufende Prozesse in der Lithosphäre. Diese langwierige Transformation der Kontinentalplatten

¹ Vgl. LESER, Hartmut: Geomorphologie, 2., verb. Aufl. Braunschweig 1993, S. 34.

² Vgl. FLEMMING, Günther u. a.: Eigenschaften und Komponenten des Klimasystems, in: HUPFER, Peter (Hg.): Das Klimasystem der Erde. Diagnose und Modellierung, Schwankungen und Wirkungen, Berlin 1991, S. 37–156, hier S. 43.

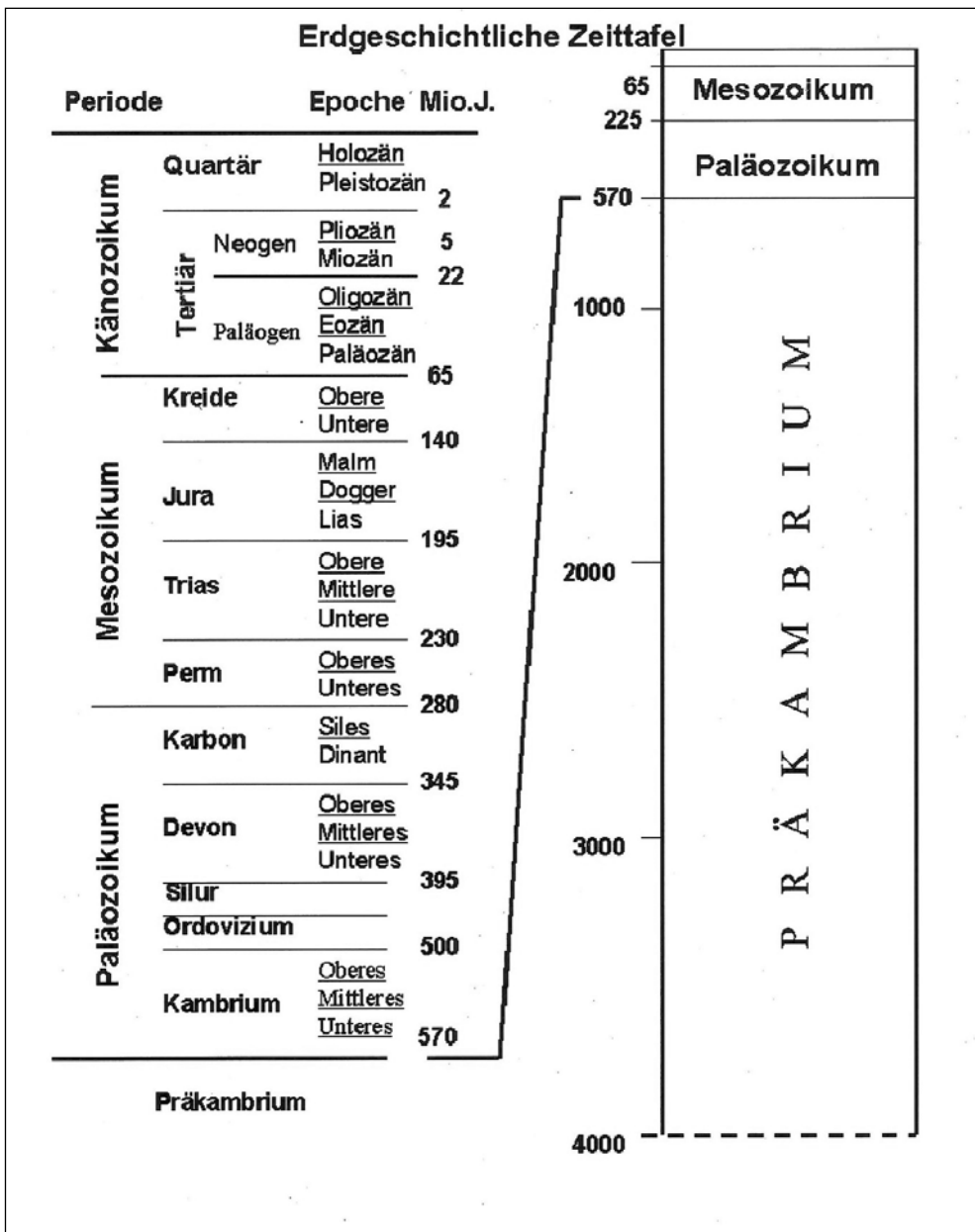


Abb. 1: Erdgeschichtliche Zeittafel (W. Rentel nach H. K. Barth)]

zeigt sich in vulkanischen und seismischen Erscheinungen, da der Mantel unterhalb der Erdkruste bis zu 1300°C heiß und zähflüssig werden kann. Bei diesen Krustenbewegungen können kontinentale und ozeanische Krustenteile unterschiedliche, teilweise gegenläufige

Bewegungsmuster zeigen.³ Durch die Plattenbewegungen kommt es zu Deformationen. Diese finden an den Plattenrändern oder an den Plattengrenzen statt, während sie im Innern der Platten unbedeutend sind. Plattenbewegungen können zu Erdbeben und Vulkanausbrüchen führen.

Erdbeben haben fast immer tektonische Ursachen. Durch die dargestellten unterschiedlichen Bewegungsimpulse von zwei Krustenteilen kann es zu anstauenden Spannungen (geometrische Unebenheiten der Trennflächen) an den Grenzflächen kommen. Der Bruch dieser Verzahnungen und Blockierungen ist das Erdbeben. Dadurch wird die vorher angesammelte Verformungsenergie in elastische Wellenenergie umgesetzt.

Für das globale Klimageschehen erweisen sich Vulkane als sehr wichtig. Ohne Vulkanismus gäbe es keine Atmosphäre und Hydrosphäre. Somit war der Vulkanismus für das Leben auf der Erde schon immer eminent wichtig. Vulkanausbrüche sind kürzere periodische Faktoren im Klimasystem, die die Strahlungsbilanz der Sonne verändern. Diese Veränderungen dauern aber nur wenige Jahre. „Vulkane allerdings, die in sogenannten Clustern ausbrechen – wie es im dreizehnten und in der Tambora-Zeit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts der Fall war –, verursachen, da sich die Ozeane nur langsam erwärmen, eine kumulative Abkühlung des weltweiten Klimas.“⁴ Die Vulkanausbrüche haben aber in der Geschichte⁵ immer wieder zu Wetter- und Klimaveränderungen geführt, die als „Jahre ohne Sommer“⁶ bezeichnet werden. Die vulkanischen Eruptionen führten zu einem gewaltigen Eintrag von Aerosolen (Festkörperteile wie Gesteinsbruchstücke und Elemente Schwefel und Chlor, die aus der magmatischen Gasphase stammen), die sowohl die solare Einstrahlung als auch die terrestrische Ausstrahlung herabsetzten, also eine Erwärmung oder eine Abkühlung verursachen konnten.⁷ Die Verweildauer hängt sehr davon ab, wie hoch die Aerosole in die Atmosphäre geschleudert worden sind. In der Stratosphäre bleiben sie länger erhalten, während sie in der Troposphäre durch die Wetterküche schnell ausgewaschen werden. Viele Vulkaneruptionen treten jedoch untermeerisch auf, sodass sie wegen der großen Wasserüberdeckung nicht spürbar sind. Durch die dadurch entstehenden neuen Land-Meer-Verteilungen können sich auch die klimatischen Verhältnisse verändern. So ist zum Beispiel das thermische Verhalten von Meer (Meeresströmungen) und Landmasse unterschiedlich. Auch Luftmassenbewegungen ändern sich und damit die maßgeblichen Wetterparameter Temperatur, Luftdruck, Winde und Niederschlag. Solche plattentektonischen Prozesse haben im Laufe der Erdgeschichte zu Kontinentalverschiebungen geführt. Die von Alfred Wegener 1914 entwickelte Theorie der Entstehung der Kontinente und Ozeane (Kontinentaldrift) sei in diesem Zusammenhang erwähnt.

3 Vgl. GLASER, Rüdiger u. a.: *Physische Geographie kompakt*, Heidelberg 2010, S. 9ff.

4 WOOD, Gillen D'Arcy: *Vulkanwinter 1816. Die Welt im Schatten des Tambora*, übers. v. Heike Rosbach u. Hanne Henninger, Darmstadt 2015, S. 57.

5 Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: *Kulturgegeschichte des Klimas. Von der Eiszeit bis zur globalen Erwärmung* (dtv 34652), München 2011, S. 32.

6 DE BOER, Jelle Zelinga/ SANDERS, Donald Theodore.: *Das Jahr ohne Sommer. Die großen Vulkanausbrüche der Menschheitsgeschichte und ihre Folgen*, übers. v. Manfred Vasold, Essen 2004; WOOD, *Vulkanwinter 1816*.

7 Vgl. HUPFER, *Klimasystem*, S. 57.

Nach ihrer Entstehung werden drei Gruppen von Gesteinen unterschieden: 1. Magmatische Gesteine, 2. Sedimentgesteine und 3. Metamorphe Gesteine.⁸ Es sind auch Variationen innerhalb der Gesteinsgruppen in Form von Umlagerungen durch Wind und Wasser möglich. So stellt der Löß eine eiszeitliche Anhäufung aus erdig-lockerem Gemenge aus Kalk, Ton und Sand dar. Da der Wind das Transportmedium ist, wird der Löß auch als äolisches Sediment bezeichnet. Das Vorhandensein von Löß lässt klimahistorisch auf trockenes, aber auch kühles Klima schließen. Auch die Lage des Materials fossiler Dünen ist ein Hinweis auf die Luftdruckverteilung während ihrer Entstehung.⁹

In den Gesteinen sind vor allem in ihren Sediment-Archiven vielschichtige Proxydaten aufgezeichnet, die über das vergangene Klima viel aussagen können. Sedimentgesteine bedecken 75 % der Erdoberfläche. Darin sind die Meeresböden eingeschlossen. Die Prozesse in der Pedosphäre werden in der Geologie auch als „exogene“ Kräfte bezeichnet, die die Kleinformen der Erdoberfläche gestalten. Dagegen entstehen die Großformen (Reliefstrukturen) der Erdoberfläche durch die „endogenen“ Kräfte in der Lithosphäre.¹⁰

Im Paderborner Land befindet sich eine vulkanische Besonderheit. Als „Erinnerung“ an die Zeit des Miozäns (23,5 bis 5 Millionen Jahre v. Chr.), als in der hessischen Senke im Zusammenhang mit der Gebirgsbildung magmatische Schmelzen aufstiegen, blieb das nördlichste Basaltvorkommen (Vulkanit) Deutschlands bei Sandebeck am Uhlenberg (geogr. Koordinaten: 51.8142 N, 8.9829 O) erhalten.¹¹ Weitere Basaltvorkommen existieren südöstlich in der Warburger Börde beim Desenberg.

Insgesamt zeigt sich die Lithosphäre als ein geografisch unstrukturiertes Kontinuum, das den Erdball umspannt. Dadurch entstand und entsteht weiterhin die regional ausgeprägte landschaftliche Vielfalt unserer Erde und des Paderborner Landes. Für die Lithosphäre ist es möglich, die Analyse regional strukturierter Landschaften vorzunehmen. Dieses wird für das Paderborner Land im Zusammenhang mit der Darstellung der folgenden Ausführungen zur Pedosphäre geschehen, weil die Verbindung zwischen Pedosphäre und Lithosphäre sehr eng ist.

III. Der Bodenraum (Pedosphäre)

Die Pedosphäre ist jener Bereich der Erdoberfläche, in dem sich die Lithosphäre, die Hydrosphäre, die Atmosphäre und die Biosphäre durchdringen. Die Pedosphäre ist wie die Atmosphäre ein Kontinuum, das heißt ein offenes System. Es ist der Bereich, in dem die Böden der Erde durch chemische, physikalische und biologische Prozesse entstehen und ständig verändert werden. Die Überschneidung der o. a. Erdsphären zeigt sich auch an der Zusammensetzung eines Bodens. Der Boden ist definitionsgemäß¹² das mit Wasser, Luft

8 Vgl. GLASER e. a., *Physische Geografie*, S. 122ff.

9 Vgl. HEYER, Ernst: *Witterung und Klima*, Stuttgart/ Leipzig 1993, S. 236f.

10 Vgl. GLASER e. a., *Physische Geografie*, S. 122ff.

11 Vgl. BRATVOGEL, Friedrich: *Der Kreis Höxter* (Kreis- und Stadthandbücher des Westfälischen Heimatbundes 17), Münster 1952, S. 14.

12 Vgl. SCHEFFER, Fritz/ SCHACHTSCHABEL, Paul: *Lehrbuch der Bodenkunde*, 13., durchges. Aufl. Stuttgart 1992, S. 1.

und Lebewesen durchsetzte, unter dem Einfluss der Umweltfaktoren an der Erdoberfläche entstandene und im Ablauf der Zeit sich weiterentwickelnde Umwandlungsprodukt mineralischer und organischer Substanzen mit eigener morphologischer Organisation. Er ist in der Lage, höheren Pflanzen als Standort zu dienen und die Lebensgrundlage für Tiere und Menschen zu bilden. Minerale sind lithosphärischen Ursprungs, verändern sich aber durch atmosphärisch-physikalische Einflüsse wie z. B. Niederschläge oder Temperaturschwankungen zum Verwitterungsprodukt. Organische Substanzen, vorwiegend Pflanzen, sind mit an diesem Prozess beteiligt. In den Porenräumen des Bodens befinden sich Wasser und Luft. Für die Bodenbildung sind die klimatischen Parameter Wasserverfügbarkeit und die jeweils notwendige Temperatur wichtig.

In seiner Raum-Zeit-Struktur stellt sich der Boden als ein vierdimensionales System dar. Von besonderer Bedeutung ist der Boden unter klimatischem Gesichtspunkt als Strahlungsumwandler, indem er die kurzwellige, substanzlose Lichtenergie der Sonne in langwellige Wärmestrahlung transformiert. Die Sonnenenergie ist die mächtigste Triebkraft der Bodenentwicklung. Blume sagt dazu: „Oft beherrscht das Klima die Pedogenese so stark, dass alle anderen Faktoren der Bodenentwicklung zurücktreten und sogar der Einfluss des Ausgangsgesteins überdeckt wird.“¹³

Bei der Bodenbildung werden fünf Horizonte unterschieden. Diese Bodenhorizonte sind morphologisch (physiognomisch) unterscheidbare Schichten in einem Bodenprofil (senkrechter Schnitt durch die Pedosphäre). Im R-Horizont, dem anstehenden Gestein, ist dann der Übergang zur Lithosphäre gegeben. Von diesen jeweils vorherrschenden nicht verwitterten Gesteinen hängen dann die verschiedenen Bodentypen (Böden mit gleichen Merkmalen bzw. gleicher Entwicklung)¹⁴ und Bodenarten (Korngrößenzusammensetzung ist die Textur eines Bodens wie Sand, Schluff, Ton oder das Produkt aus allen, der Lehm) ab.

Entsprechend vielfältig sind auch die Böden des Paderborner Landes. Diese Vielfältigkeit wird durch die lithosphärische Darstellung und Analyse verdeutlicht. Besonders wichtig sind die gewaltigen Stoffflüsse an der Erdoberfläche. Verwitterung, Erosion durch Wind und Wasser und Sedimentierung sind die natürlichen Vorgänge, die Milliarden Tonnen chemischer Elemente zwischen den einzelnen Sphären verfrachten.¹⁵ Auf diesem Wege wird der Atmosphäre CO₂ entzogen. Die Verwitterung wirkt demnach einer Zunahme des Treibhauseffektes entgegen.¹⁶ Heute bewegt der Mensch mehr Sediment als auf natürliche Weise erodiert und durch die Flüsse transportiert wird. Nachstehend werden die erdgeschichtliche Genese der anstehenden Gesteine und der Böden des Paderborner Landes und die damit zusammenhängende Reliefstruktur dargestellt.

13 SCHEFFER/ SCHACHTSCHABEL, *Bodenkunde*, S. 363.

14 SCHEFFER/ SCHACHTSCHABEL, *Bodenkunde*, S. 399ff.

15 SCHEFFER/ SCHACHTSCHABEL, *Bodenkunde*, S. 468ff.

16 Vgl. WEFER, Gerold (Hg.): *Strategieschrift „Dynamische Erde – Zukunftsaufgaben der Geowissenschaften“*, Geokommission der DFG, Bremen 2010, S. 207.

Geomorphologie des Paderborner Landes

Das Paderborner Land wird im Westen durch den Ostrand des Münsterländer Kreidebeckens (Westfälische Bucht), im Süden durch das südliche ostwestfälische Bergland sowie die Warburger Börde, im Osten durch das Wesertal und im Norden durch den Gebirgsbogen Egge und Teutoburger Wald sowie den Südteil der Lippischen Keuper-Mulde begrenzt. Dieser so eingegrenzte Naturraum wird durch die Egge als markante Trennungslinie mit seinem westlichen und östlichen Vorland markiert.

Die Einordnung der erdgeschichtlichen Entwicklung in den angrenzenden Raum, der für das Erkennen der Böden des Paderborner Landes wichtig ist, zeigt Abbildung 2. Der Blick darauf zeigt die Vielgestaltigkeit der geologischen Struktur des Paderborner Landes. Schichten des paläozoischen Untergrundes sind bei Thermalwasserbohrungen an verschiedenen Orten (Bad Lippspringe, Bad Driburg) bekannt geworden.¹⁷ Im Südwesten sind allerdings auch die nördlichsten Spitzen der geologischen Struktur des Rheinischen Schiefergebirges aus dem Oberkarbon, die erdgeschichtlich ins Paläozoikum gehören, erkennbar. Der erdgeschichtliche Zeitabschnitt des Perm (s. Abb. 1) ist nicht vorhanden. Lediglich östlich der Egge dürfte das Zechstein-Salz (noch Perm) als Gleithorizont gewirkt haben. Im Jura (Malm) setzten die gebirgsbildenden Kräfte ein, die in mehreren Phasen schließlich zwischen Oberkreide und Alttertiär zur Bildung des Teutoburger Waldes und der nördlichen Egge führten. Diese Prozesse bewirkten auch Störungen der angrenzenden Räume und führten zur grundsätzlichen Bildung und Ausrichtung der westlichen Kalkhochfläche. Im östlichen Teil der Egge entstanden durch Einbruch großer Erdschollen Grabenabbrüche.¹⁸ Im frühen Tertiär (Paläozän und Eozän) war Ostwestfalen dann Festland. Aus dieser Zeit sind allerdings keine Ablagerungen erhalten geblieben.¹⁹ Erosion und Akkumulation von Lockergestein im Zusammenhang mit den klimatischen Bedingungen waren die Hauptfaktoren für die Geländegestaltung. Im Quartär (s. Abb. 1) entstand das heutige Landschaftsbild. Für das westliche Vorland der Egge war dabei der letzte Inlandeisvorstoß der Saale-Kaltzeit (Drenthe-Stadium 130.000 v. Chr.) gestaltend. Die Ablagerungen dieses Eisvorstoßes haben sich als Leithorizonte weit über die Münsterländer Bucht bis an den Rand von Teutoburger Wald, Eggegebirge und Haarstrang ausgeweitet. Das Gebiet östlich der Egge (der heutige Kreis Höxter) war nie eisbedeckt. Es herrschte aber in dieser Zeit Frostklima (Periglazial-Klima). Abbildung 3 gibt einen Überblick über die räumliche Grenze des Eis-Vorstoßes sowie die Fundstelle einer gegliederten Grundmoräne bei Gut Ringsbruch (südwestlich von Paderborn).²⁰ Der eiszeitliche Delbrücker Rücken (Quartär Grundmoräne) ist die Wasserscheide zwischen Ems und Lippe.

17 Deswegen wird Ostwestfalen auch als „Heilgarten Deutschlands“ bezeichnet.

18 Vgl. LIPPERT, Willy: Das Eggegebirge und sein Vorland, Paderborn 1966, S. 11.

19 Erläuterungen zur Geologischen Karte 1:25.000, C 4318 Paderborn, S. 21.

20 Vgl. Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hg.): Die Eiszeit in Nordwestdeutschland. Zur Vereisungsgeschichte der Westfälischen Bucht und angrenzender Gebiete mit 24 Tabellen, Krefeld 1993, S. 70 und Ausschnitt aus der Kartenbeilage 1.

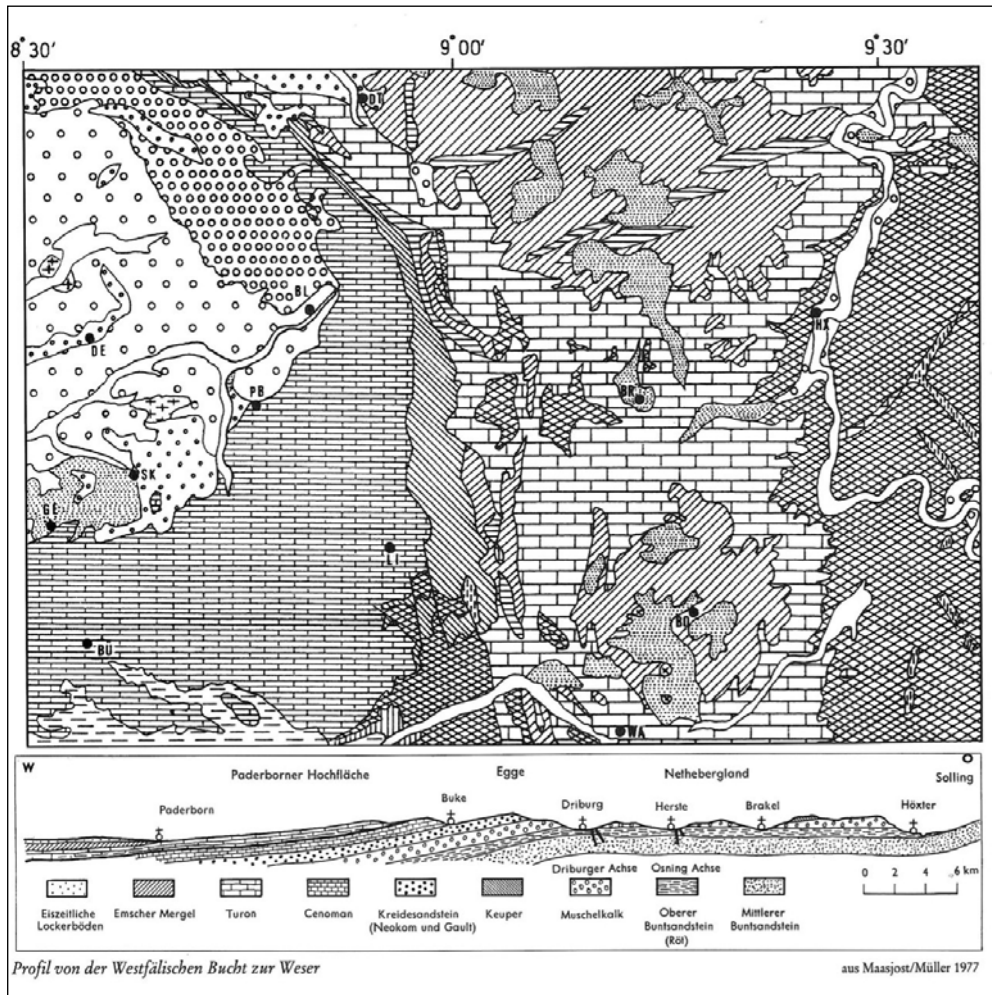


Abb. 2: Geologische Übersicht Paderborner Land ohne politische Grenzen

Die Landschaft der Senne ist eine Folge von Ablagerungen, vor allem Schmelzwasserablagerungen (Senne-Sander) der Saale-Eiszeit. In den Flussauen des Gebietes wurden im Zusammenhang mit dem Wechsel von Kalt- und Warmphase Terrassen ausgebildet, auf denen Hochflutlehm und Auenlehm abgelagert wurden. Ebenso sind sehr mineralhaltiger pleistozäner Löss, Sandlöss und Flugsand durch Windablagerungen aufgeweht worden. Am Fuße der Paderborner Hochfläche wird Fließsand gefunden.

Ein weiterer Blick auf die geologische Übersicht (s. Abb. 2) lässt eine Dreiteilung des Paderborner Landes erkennen. Erstens ist es das Gebiet westlich der Egge mit dem östlichen Teil des Münsterländer Kreide-Beckens (einschließlich Senne) und der Paderborner Hochfläche. Der gesamte Bereich wird von Ablagerungen der Oberkreide aufgebaut. Die in der Zeit entstandenen Gesteine sind die Mergel- und Kalkmergelsteine des Turon und die Mergel- und Kalksteine des Cenoman. Diese sind im Gebiet des Münsterländer Kreide-



Abb. 3: Saale-Eiszeit (Drenthe-Statium) im Paderborner Land

beckens mit pleistozänen Lockersedimenten aus Kiesen, Sanden, Tonen und Torfen (in der Senne mit sandigem Lockergestein) überdeckt. Diese Gesteinsinformation endet am westlichen Rand der Paderborner Hochfläche. Dort trifft der Emscher-Mergel durch die quar-täre Abdeckung auf den Rand der Kreide-Auftragung der Paderborner Hochfläche. Die geologischen Querschnitte W/O und N/S durch die Paderborner Hochfläche zeigt Abbildung 4 von Maasjost.²¹

Die Paderborner Hochfläche zeigt sich als Schichtstufenlandschaft, deren Kreideforma-tionen in den Sandstein der Egge ausstreichen. Die Hochfläche ist die größte Kalk- und Karstlandschaft Westfalens.²² Aus dieser Eigenschaft ergibt sich eines der besonders interes-santen geologischen Beispiele des Paderborner Landes, die Paderquellen. Die Pader ist zum einen der kürzeste Fluss Deutschlands. Zum anderen zählt sie mit ihren rund 200 Quellen, die aus fünf großen Quellbecken aufsteigen und eine Schüttung von bis zu 9000 Litern pro

21 Vgl. MAASJOST, Ludwig: Die Paderborner Hochfläche (Landschaftsführer des Westfälischen Heimatbundes 5), Münster 1962, S. 6.

22 MAASJOST, Paderborner Hochfläche, S. 8ff.

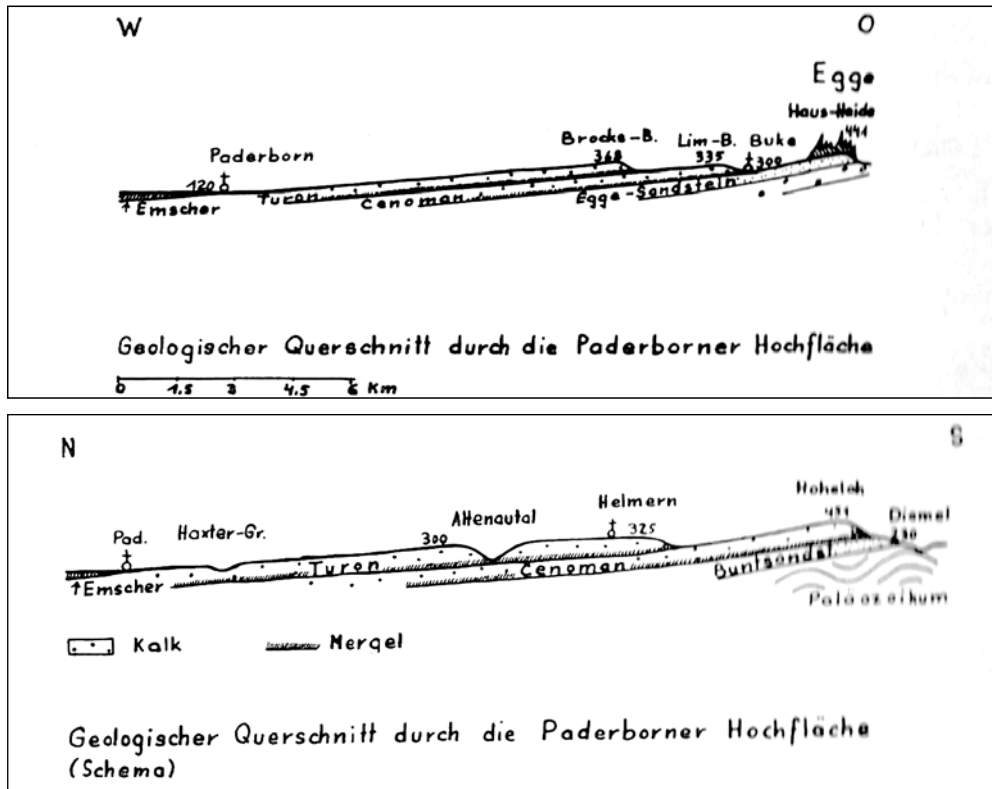


Abb. 4a + 4b: Geologie Paderborner Hochfläche, W/O- u. N/S-Profil

Sekunde haben, zu den größten Quellbecken Europas. Die Ursache dafür ist die Karstbildung auf der Hochfläche. Dabei wird die Schichtung des Kalksteins (Calciumkarbonat) durch die Wasserlöslichkeit (besonders für mit Kohlensäure angereichertes Oberflächenwasser) zu Fugen erweitert, häufig bis zu weitklaffenden, höhlenartigen Formen. Die Folgen sind ein schnelles Versickern des Oberflächenwassers in den Bachläufen in Schwalglöchern bei Nachlassen der Strömungsgeschwindigkeit und Einbrüche von Gelände (Erdfälle, Dolinen). In der Abbildung 5 wird deutlich, wie der Karstmechanismus den hydrologischen Zustand der Paderborner Hochfläche bestimmt.²³

Den Übergang vom westlichen Vorland zum zweiten Teilbereich, der Egge, bildet ihr westliches Längstal. Dieses Längstal begleitet den gesamten Gebirgszug und bewirkt einen Steilabfall des westlichen Vorlandes. Die Egge ist ein Kammgebirge, dessen höchste Erhebung, der lippische Velmerstot, 468 m misst, die niedrigste Stelle des Kamms, die Neuenheerser Senke, beträgt 342 m. Die Egge besitzt nach Maasjost kein durchgehendes Quertal.

23 Vgl. Erläuterungen zur Geologischen Karte 1:25.000, C 4318 Paderborn, S. 50.

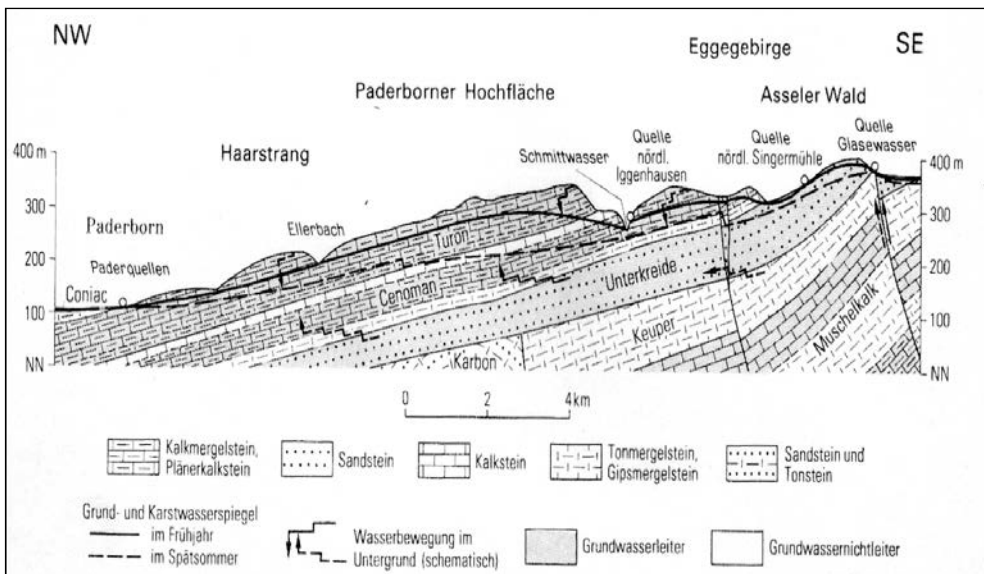


Abb. 5: Karstmechanismus auf der Paderborner Hochfläche

Daher bildet sie auch die Wasserscheide des Paderborner Landes zwischen Rhein und Weser.²⁴

Während der Anstieg zum Kamm aus dem westlichen Längstal allmählich erfolgt, ist die Egge nach Osten in die Grabensenkungsfelder und nach Süden ins Diemtaltal durch einen Steilabfall gekennzeichnet. Das schematische Profil (s. Abb. 6) macht diese Reliefstruktur deutlich.²⁵

Den dritten, östlichen Teilbereich bildet das Brakeler Bergland. Die Landschaftsformen sind im gesamten Gelände wechselnd Bergplatten, breit hingelagerte Talkessel und kastenförmige Engtäler. Dieses ist eine vergleichsweise andere Landschaftsform als im westlichen Teil des Paderborner Landes. Die Profildarstellungen in Abbildung 7²⁶ zeigen dies sehr deutlich. Im Anschluss an die vier Senkungsfelder (Keuper, Jura, Muschelkalk einschließlich Röt) wird die geologische Struktur von Norden her durch die Lippische Keuper-Mulde, die Brakeler Muschelkalkschwelle, die Borgentreicher Keuper-Mulde und die Warburger Börde geformt.

24 Nach Meinung des Verfassers bestehen Zweifel beim Silberbach, der westlich von Feldrom entspringt und nördlich des Velmerstot bei der Silbermühle die Egge durchbricht. Der Silberbach vereint sich hinter Vinsebeck mit dem Heubach, der östlich von Steinheim in die Emmer fließt und damit in die Weser. Vgl. Freizeitkarte 1:50.000, Landesvermessungsamt NRW, Eggegebirge, Oberwälder Land, 42004. Auch südwestlich von Willebadessen lässt die nach Westen ausbuchtende Kreisgrenze dem Kreis Höxter einen Anteil der Westabdachung der Egge. Das an dieser Stelle entspringende Bächlein führt sein Wasser der Sauer zu und damit dem Rhein. Vgl. KRUS, Horst-Dieter: Flüsse, Bäche, Auen im Kulturland Kreis Höxter, Höxter 2007, S. 23.

25 MAASJOST, Ludwig: Das Eggegebirge (Landschaftsführer des Westfälischen Heimatbundes 4), Münster 1952, S. 5.

26 MAASJOST, Ludwig: Das Brakeler Bergland, der Nethegau (Landschaftsführer des Westfälischen Heimatbundes 6), Münster 1966, S. 7.



Abb. 6: Geologie des Eggegebirges

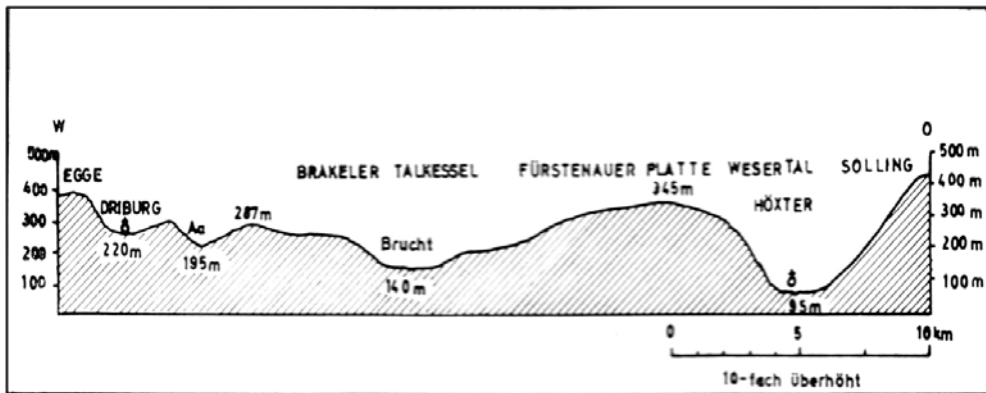
Aus der Abbildung 8²⁷ wird deutlich, wie auch geologisch vielgestaltiger das östliche Vorland der Egge im Vergleich zu seinem westlichen (s. Abb. 4) ist. Diese vergleichsweise größere Vielgestaltigkeit der anstehenden Gesteine wird durch die Löß- und Basaltvorkommen in der Warburger Börde noch erhöht.

Allein die dargestellten vielen Ausgangsgesteine als bodenbildender Faktor (mineralischen Ursprungs) führen schon zu einer Vielfalt an Bodenbildungen. Als weiterer bodenbildender Faktor spielt die Reliefstruktur des Paderborner Landes, geprägt durch die Egge und die Schollenstruktur des Brakeler Berglandes, eine wichtige Rolle. Scheffer/ Schachtschabel stellen dazu fest: „Das Relief, und zwar Höhenlage, Geländeform und Exposition modifiziert die Bodenentwicklung, indem es die Wirkung von Schwerkraft, Klima, Gestein, Wasser und Lebewelt und letztlich auch die des Menschen modifiziert.“²⁸ Nord- und Südhänge entwickeln z. B. ein völlig anderes Kleinklima, das stärkere Auswirkungen auf die Bodenentwicklung haben kann als das Großklima. Das Wasser spielt ebenso bei der Entstehung bestimmter Böden in Flussauen die entscheidende Rolle. Auch Fauna und Flora sind wichtige Wirkungsfaktoren beim Bodenbildungsprozess. Scheffer/ Schachtschabel dazu weiter: „Der Boden bildet mit Fauna und Flora ein Wirkungsgefüge, ein Ökosystem, dessen Entwicklung von den bisher genannten Faktoren als Ganzes beeinflusst wird.“²⁹ Letztlich wirkt der Mensch durch die land- und forstwirtschaftliche Nutzung und durch andere Kulturmaßnahmen entscheidend auf die Bodenentwicklung ein. Ein großer Teil der Böden des westlichen und östlichen Vorfeldes des Paderborner Landes wird landwirtschaftlich als Ackerland und Wiesen genutzt. Die Egge erlaubt keine landwirtschaftliche Nutzung, prägt aber durch ihre „herausragende“ Stellung ausschließlich durch Forstnutzung das Landschaftsbild. Der

27 Vgl. MAASJOST, Brakeler Bergland, S. 13.

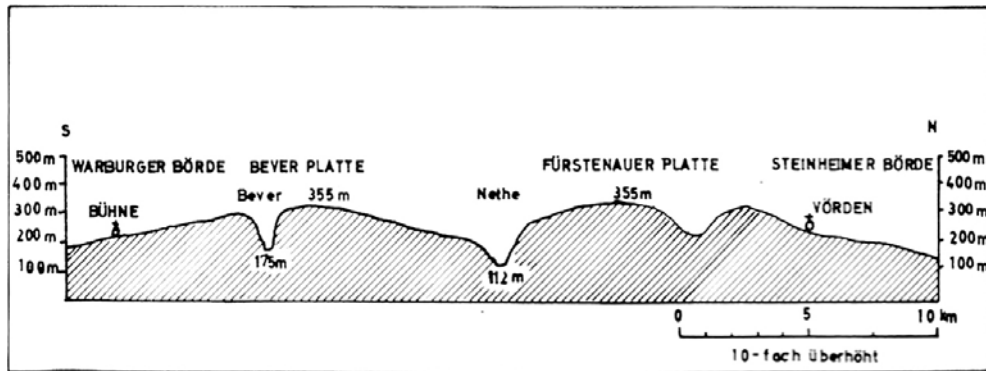
28 SCHEFFER/ SCHACHTSCHABEL, Bodenkunde, S. 365.

29 SCHEFFER/ SCHACHTSCHABEL, Bodenkunde, S. 367. S. dazu auch KÜSTER, Hansjörg: Das ist Ökologie. Die biologischen Grundlagen unserer Existenz, München 2005, S. 21f.



nach KLAHOLT

PROFIL des BERGLANDES von W-O



nach KLAHOLT

PROFIL des BERGLANDES von S-N

Abb. 7a+7b: Profile des Brakeler Berglandes

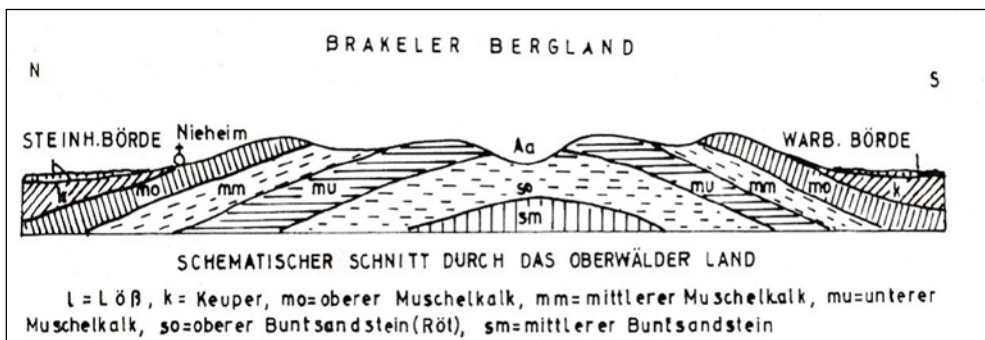


Abb. 8: Geologie des östlichen Vorlandes der Egge (auch Oberwälder Land genannt)

Mensch wirkt damit auch im Paderborner Land hemmend oder beschleunigend auf die Bodenentwicklung.³⁰

Die zahlreichen Bodenbildungsfaktoren, die auch noch in unterschiedlicher Kombination und Intensität wirksam gewesen sind, haben zu einem großen Formenreichtum der Böden geführt. Die Vielfalt der Bodenbildungen kann im Rahmen dieses Beitrags nicht umfassend dargestellt werden. Die Böden des Paderborner Landes werden in den Bodenkarten von Nordrhein-Westfalen 1:50.000 kartiert.³¹ Daher kann hier nur eine vereinfachte bodenkundliche Übersicht und eine kurze Zusammenfassung der vorkommenden Bodentypen und Bodenformen dargestellt werden. Die vorherrschenden Bodentypen werden dabei zu Bodeneinheiten nach der deutschen Klassifizierung zusammengefasst. Diese Einheiten sind: a) Terrestrische Böden (z. B. Braunerden, Podsole), b) Semiterrestrische Böden (Auenböden, Gleyen), c) Organogene Böden (Niedermoor, Moorgley), d) Kolluviale Böden (Kolluvium, auch verglejt) und schließlich e) Anthropogene Böden (künstlich veränderte Böden).

Zwischenfazit

Nach dem Kartenstudium der Bodenkarten kann grundsätzlich festgestellt werden, dass, wie bei der lithosphärischen Genese, auch bei der Struktur und der Vielfalt der Böden des Paderborner Landes eine Dreiteilung existiert. Das westliche Vorland der Egge lässt eine großflächigere Struktur erkennen mit den Böden der Paderborner Hochfläche (überwiegend Braunerden, Parabraunerden), der Hellwegebene (Pseudogley, brauner Auenboden), der Alme-Niederung (Braune Auenböden) und der Senne (Podsole). Die Egge ist durch das Relief und die Vegetation (hauptsächlich Nadel-, aber auch Laubwald nach Osten) und das Klima (Niederschläge und Temperatur) hinsichtlich ihrer bodenbildenden Faktoren kleinräumig geprägt. Die Böden sind entsprechend vielfältig und bestehen überwiegend aus Braunerden, Kolluvium in den Quellgebieten, vielen verschiedenen Gleytypen (z. B. Stagnogley aus Niedermoortorf). Das östliche Vorland gleicht einem „Flickenteppich“ aus fast allen möglichen Bodentypen aufgrund seiner lithographischen Genese und der daraus entstandenen landschaftlichen Vielfalt.

Dass das Wetter bzw. Klima durch die Elemente Temperatur, Niederschlag und Wind beträchtlichen Einfluss auf die Bodenart hat, geht aus den bisherigen Ausführungen hervor. Auch der Einfluss der Pedosphäre auf das Wetter bzw. Klima, vor allem durch das Reflexionsvermögen der einfallenden kurzwelligen Sonnenstrahlung (Albedo), ist bereits erwähnt worden. Auf einen weiteren indirekten Einfluss der Pedosphäre auf das Klima als Kohlenstoffspeicher, z. B. durch Humusanreicherung, aber auch als Kohlenstoffquelle durch Bodendegradation, soll abschließend noch hingewiesen werden. Der Boden ist damit ein wichtiges Glied im Stoffkreislauf der Erde.

30 Vgl. SCHEFFER/ SCHACHTSCHABEL, Bodenkunde, S. 372.

31 Bodenkarten Blatt L 4318 Paderborn, Blatt L 4516 Büren, Blatt L 4320 Bad Driburg, Blatt 4520 Warburg. Das Grenzblatt L 4320 Höxter ist vergriffen.

Die Hinweise auf Vegetation (Äcker, Dauergrünland, Wälder) und die sich daraus ergebende unterschiedliche Albedo, sowie die Bedeutung der Pedosphäre als Kohlenstoffspeicher stellen bereits die thematische Verbindung zur Biosphäre her.

IV. Biosphäre

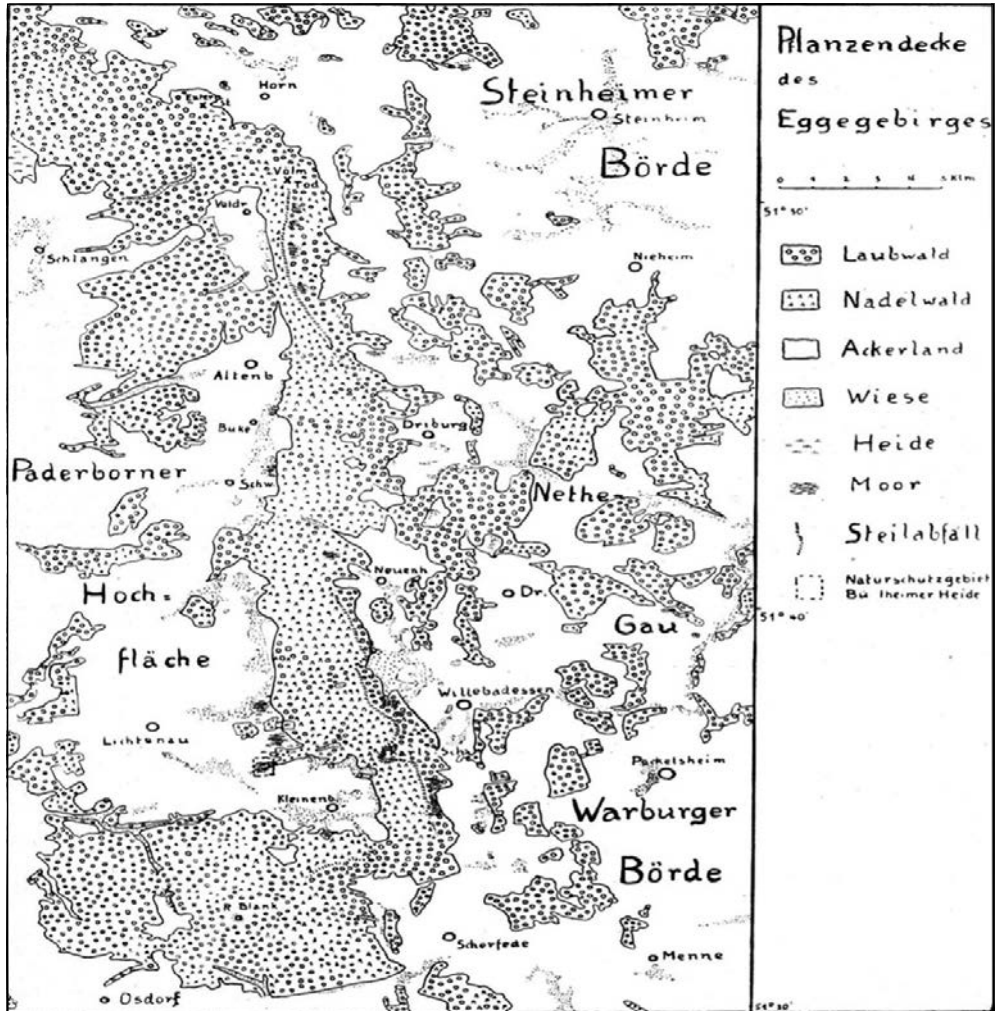
Der Biologe Hansjörg Küster formuliert: „Im Miteinander von Atmosphäre, Lithosphäre, Pedosphäre und Hydrosphäre kann sich eine Biosphäre, ein Lebensraum, entwickeln. In diesem Lebensraum wirken die Beziehungen zwischen den Organismen und Umwelt.“³² Damit wird deutlich, dass jedes Lebewesen bestimmte Ansprüche an Sonne, Erde (Böden) und Wasser hat.

Die Bodennutzung und die Pflanzenbedeckung des Eggegebietes und seines angrenzenden westlichen und östlichen Vorlandes zeigt Abbildung 9. Die Karte verdeutlicht, dass die östlichen Börden überwiegend Ackerland mit gelegentlich eingestreuten Wiesen sind. Im Nethegau (Brakeler Bergland), zwischen den Waldungen der Egge und des Sollings, finden sich größere Laubwaldanteile, vor allem Wiesen in den Flussauen, aber auch viel Ackerland. In der Egge selbst prägen Wälder, je nach Exposition Laub- oder Nadelwald, das Gesicht der Landschaft. Das westliche Vorland mit der Paderborner Hochfläche und der Senne ist im Zentrum der Hochfläche ackerbaulich bestimmt. Dagegen sind die Süd- und Nordteile durch zusammenhängende Laubwälder gestaltet. In der Senne dominiert Heide und an den Rändern des Truppenübungsplatzes wechseln sich Ackerland und Laubwald ab. Im Einzelnen weichen auch im Paderborner Land die verschiedenen Vegetationsformen hinsichtlich ihrer Klimawirksamkeit erheblich voneinander ab. Wichtige Bindeglieder zwischen Biosphäre und Atmosphäre sind der Strahlungsumsatz und die biogeochemischen Stoffkreisläufe.³³ Pflanzenloser Boden hat in dieser Hinsicht eine andere Wirkung als die verschiedenen Vegetationstypen. Der Skelettboden der Äcker der Paderborner Hochfläche mit seinen vielen, verschieden großen und verstreuten Kalksteinen, die wie kleine Backöfen wirken, hat eine völlig andere Ausstrahlung als das Kurzgras auf der angrenzenden Weide (Grünland) oder Wiese (Dauergrünland), die auch schon eine unterschiedliche Albedo haben. Auf bestellten Feldern macht die Art der Bepflanzung, ihre Höhe und Dichte, den entscheidenden Unterschied. Ebenso ist die Verschiedenheit von Äckern bzw. Wiesen und Wäldern optisch deutlich erkennbar. Aber auch Laub- und Nadelwälder unterscheiden sich grundsätzlich und zusätzlich noch im Jahreszyklus. Selbst die Lichtung im Wald hat eine andere mikroklimatische Wirkung als ihre Umgebung. Wie alle Ökosysteme hat auch der Wald keine klare Grenze. Die Albedo hängt von der Farbe und Helligkeit der verschiedenen Vegetationstypen ab. Dazu sagt Hupfer: „Wälder und Gehölze üben von allen Vegetationstypen – allein aufgrund ihrer Höhe – die stärksten klimatischen Einflüsse aus.“³⁴ Das Wald-

32 KÜSTER, Ökologie, S. 21f.

33 Vgl. KÜSTER, Ökologie, S. 72ff.

34 HUPFER, Klimasystem, S. 95.



innenklima unterscheidet sich vom Klima des Offenlandes. Die Temperaturschwankungen sind im Wald geringer. Auch die Feuchtigkeit hält sich im Wald besser.

Alle diese den Strahlungsumsatz und damit die Temperaturen (Luft- und Bodentemperaturen) und Verdunstung betreffenden Prozesse der Biosphäre sind wegen ihrer maßstabsübergreifenden mikro-/mesoklimatischen Struktur und Verteilung für Wetter- und Klimamodelle nur sehr schwer zu messen. Lediglich homogene Zonen der Biosphäre können durch entsprechende Parameter erfasst werden.³⁵ Das Paderborner Land ist aber, wie dargestellt, in seiner Litho- und Pedosphäre, von der Paderborner Hochfläche vielleicht abgesehen, mosaikartig zusammengesetzt – und damit von Homogenität weit entfernt. Dies trifft auch auf die Biosphäre des Paderborner Landes aufgrund ihrer vielfältigen Vegetation zu.

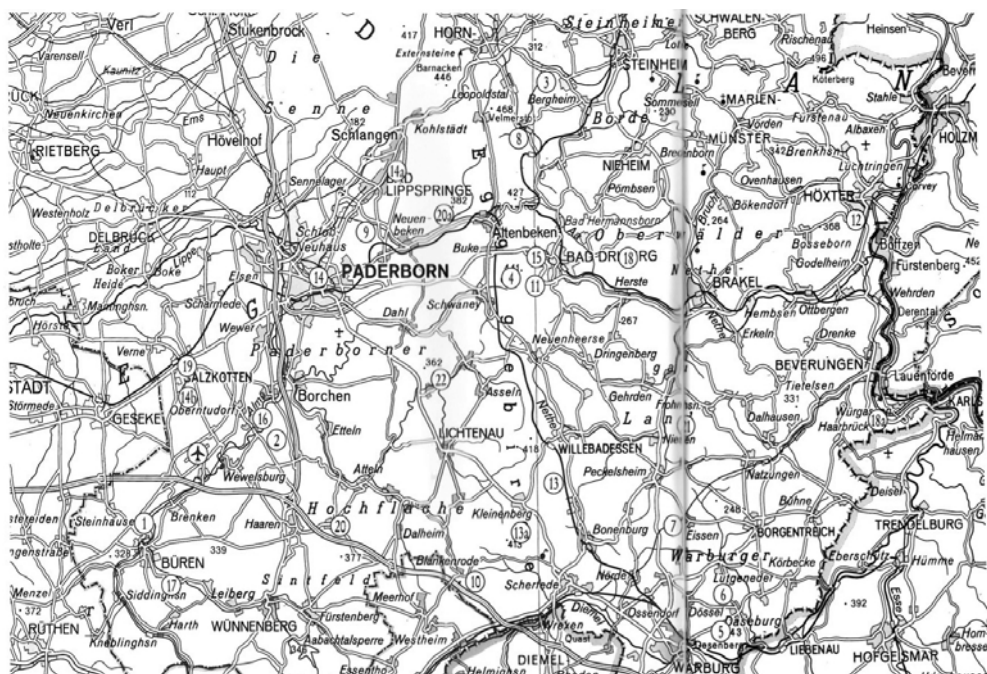
35 Vgl. SCHEFFER/ SCHACHTSCHABEL, Bodenkunde, S. 450ff.

Das Miteinander und die gegenseitige Abhängigkeit sowie Beeinflussung der Sphären des Klimasystems soll paradigmatisch am Beispiel des Minerals Magnesium dargestellt werden. Als Mineral ist Magnesium (Mg) lithosphärischen Ursprungs. Im Verwitterungsprozess wandert es in die Pedosphäre und ist als wichtiger Standortfaktor für Pflanzen (Biosphäre) unentbehrlich für den photosynthetischen Prozess, in dem es am Aufbau von Chlorophyll beteiligt ist. Denn dieses Pigment fängt die Energie der Sonnenstrahlung für die Photosynthese ein. Daran sind weiter die Atmosphäre mit Kohlenstoffdioxid (CO₂) und die Hydrosphäre mit Wasser (H₂O) und der alles entscheidende externe Faktor des Klimasystems, die Sonne, beteiligt.

V. Zeugen der Erdgeschichte – Beispiele aus dem Paderborner Land

Wie in den bisherigen Ausführungen gezeigt, ist das heutige Bild der Erde das Ergebnis einer langen, wechselvollen Entwicklung. Abschließend soll daher der Blick auf beispielhafte Zeugen der Erdgeschichte des Paderborner Landes gerichtet werden. Sie dienen als Mosaiksteinchen zum Verständnis einer größeren Landschaftsgeschichte. Über die Beschäftigung mit diesen Naturobjekten kann das Verständnis für den Bau und die formenbildenden Kräfte in einem überschaubaren Erdraum geweckt werden. Daraus ergeben sich zugleich Ansätze zur Beurteilung des Wertes einer Landschaft (Abb. 10).

Mögen die hier ausgewählten Beispiele zu weiterer Erkundung der Landschaft anregen und darüber hinaus Verständnis für den Schutz dieser erdgeschichtlichen Dokumente wecken. Sie sind nicht nur von wissenschaftlichem Wert, sondern tragen auch wesentlich zur Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft bei.



Ausgewählte Zeugen der Erdgeschichte im Paderborner Land

- | | |
|--|--|
| ① Kalksteinbruch am Bahnhof Büren | ⑭ Die Paderquellen |
| ② Kalksteinbruch Stelbrink in Niederntudorf | ⑮ Lippequellen, Bad Lippspringe |
| ③ Kalksteinbruch Bäumerstal bei Vinsebeck | ⑯ Hederquellen, Upsprunge |
| ④ Neocom-Sandsteinbruch Hausheide | ⑰ Bollerwienquelle bei Bad Driburg |
| ⑤ Desenberg | ⑱ Quellschwemmkegel im Almetal bei Niederntudorf |
| ⑥ Dörenberg bei Daseburg | ⑲ Quellsinter bei Kedinghausen (Büren) |
| ⑦ Hüßenberg bei Eissen | ⑳ Quellsinter im Escherbachtal bei Herste |
| ⑧ Uhlenberg bei Sandebeck | ㉑ Sinter im Lumeketal bei Beverungen |
| ⑨ Kiesgruben bei Gut Klechhof (Nähe Marienloh) | ㉒ Der Kütffelsen und die Sole von Salzkotten |
| ⑩ Bleikuhlen bei Blankenrode | ㉓ Rezentler Erdfall bei Helmern (1983) |
| ⑪ Weiße Mauer bei Bad Driburg | ㉔ Erdfall-Bachschwinde im Beketal (1981) |
| ⑫ Rabenklippen am Ziegenberg bei Höxter | ㉕ Das Erdfallfeld am Heggeberg östlich Niesen (Kreis Höxter) |
| ⑬ Teutoniaklippen bei Borlinghausen | ㉖ Die Höhle von Grundsteinheim |
| ⑭ Hardehauser Klippen | |

Übersichtskarte mit den im Text beschriebenen Standorten.
Mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes NRW vom 9.10.1992

km 5 0 5 10 15 km

Abb. 10

HEINRICH WILHELM SCHÄFER: Die Taufe des Leviathan. Protestantische Eliten und Politik in den USA und Lateinamerika, Bielefeld: Transcript 2021, 838 S., 55,00 €.

Das Beispiel Donald Trump hat die unheilvolle Allianz zwischen Teilen des Evangelikalismus und den politischen Akteuren am rechten Rand in besonderer Weise offengelegt. Auch in Deutschland ist zu beobachten, wie sich immer stärker Verflechtungen aus rechtskonservativen Christen und dem Rechtspopulismus herausbilden. Der gebürtige Paderborner Heinrich Wilhelm Schäfer, Professor für Evangelische Theologie und Religionssoziologie an der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie sowie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit religiösem Fundamentalismus, aber auch der Pfingstbewegung sowie religiöser Identitätspolitik in den USA und Lateinamerika. Im Bielefelder Transcript-Verlag hat Schäfer nun mit „Die Taufe des Leviathan. Protestantische Eliten und Politik in den USA und Lateinamerika“ einen über 800 Seiten umfassenden Band vorgelegt, in dem er anhand von Praxisanalysen den politischen Einfluss protestantischer Akteure aufzeigt.

Bei dem namensgebenden Leviathan handelt es sich um eine „mythische Figur des alttestamentlichen Hiob-Buches, die dem Meer entsteigt und mit Terror herrscht“ (15). Schäfer verwendet sie in Anlehnung an Thomas Hobbes; bei ihm stand der Leviathan für einen Herrscher, der zur Befriedung eines „Kriegs aller gegen alle“ eingesetzt wird, über jedem Recht steht und eine autoritäre Regierung anführt – allerdings frei von göttlicher (Schein-)Legitimation und religiösen Ideologien. Anders sei es heute in Lateinamerika und den USA: So konstatiert Schäfer, „dass gerade die Sympathisanten autoritärer Regierungsformen eine starke Neigung dazu haben, politische Herrschaft religiös ‚zu taufen‘ – daher ‚Taufe des Leviathan‘“ (16). Als Paradebeispiel führt er Donald Trump an, der „einen Hofstaat aus der religiösen Rechten“ im Weißen Haus um sich geschart habe; bereits ganz zu Beginn seines Vorwortes attestiert er dem US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2020 einen „religiös-politische[n] Radikalismus mit einem ausgeprägten Hang zu religiös verbrämter politischer Lüge“ (10). Schnell wird die besondere Kompetenz Schäfers deutlich, wenn er erklärt, dass sich ähnliche Entwicklungen, wenn auch „unter ganz anderen Voraussetzungen“, ebenso in Lateinamerika, vor allem im dortigen Protestantismus, feststellen ließen. Sogar Deutschland, wenn auch nicht im Fokus seiner Untersuchung, hat er im Blick, wenn er auf AfD-nahe Evangelikale hinweist (11). Die Einleitung schließt nach Überlegungen zu kulturellen und religiösen Identitätspolitiken mit einer Definition des Fundamentalismusbegriffs. Um einer mitunter inflationären Verwendung in der Form eines „Kampfbegriffes“ entgegenzuwirken, hat Schäfer einen streng formalen Begriff entwickelt: „Religiös fundamentalistisch sind demnach solche kollektiven Akteure, die religiöse Überzeugungen (irgendwelche Glaubensinhalte, gleich welcher Religion oder Konfession) absolut setzen und daraus eine gesellschaftliche Dominanzstrategie ableiten, die das private und öffentliche Leben dem Diktat ihrer religiösen Überzeugen zu unterwerfen sucht“ (35). Für ihn geht damit eine „grundlegende Politisierung aller Lebensverhältnisse in der Moderne“ und letztlich ein „Anschlag auf rationale Politik“ einher, die nicht vergleichbar sei

etwa mit einem „folkloristischen Biblizismus“ (35) – eine wichtige und notwendige Differenzierung, die sich für die Einordnung der folgenden Akteure als hilfreich erweist.

Im Folgenden erklärt Schäfer auch seine Vorgehensweise. So würden „zwei Problemstellungen miteinander verflochten, die *prima vista* erst einmal nichts miteinander zu tun haben“: die soziale Ungleichheit in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern und die Laizität des Staates bzw. die Säkularität der Gesellschaft (37). Bevor es an die Länderstudien geht, stellt der Autor zudem die theoretischen Eckdaten seines Ansatzes vor. So zeigt Schäfer auf, dass Legitimation und Delegitimation grundlegend für das Handeln bestimmter Akteure sind, die je nach konfessioneller Strömung des Protestantismus unterschiedlich ausgeprägt sind (42–44) und nimmt die „religiöse und sozialstrukturelle Dynamik der Laienformationen“ in den Blick (44–65). Schäfers Schwerpunkt liegt jedoch auf der politischen und sozialen Mobilisierungsarbeit der „Experten“ (vom Autor definiert als „eine Person bzw. eine Gruppe, die beruflich oder ehrenamtlich den Bedarf der Gläubigen einer religiösen Organisation nach religiösem Sinn mit religiösem Wissen und religiösen Handlungen bedienen“; 66), sodass deren religiös-politische Identitäten und Strategien in den Fokus rücken und Schäfer auf Grundlage einer konfessionskundlichen Taxonomie die religiös-politischen Formationen zunächst in den USA und dann in Lateinamerika kategorisiert (66–80).

Nach dieser rund 80-seitigen Vorarbeit starten die konkreten Länderstudien, in denen sich Schäfer zuerst und am umfangreichsten mit den USA beschäftigt. Einleitend deckt der Autor die Schwächen des Ersten Verfassungszusatzes auf, der zwar eine Staatskirche sowie die Einschränkung der freien Religionsausübung verbiete, aber sonst „nicht sehr effektiv“ sei – tatsächlich ist die Liste der „Problemfelder“ lang und reicht unter anderem von zu „*court Evangelicals*“ avancierten Predigerinnen und Predigern im Weißen Haus über Gebetstreffen im Kongress bis hin zur religiösen Konnotation der „Rassenspaltung“ und zahlreichen religiös diskutierten ethischen Grundsatzfragen, etwa zur Abtreibung, sexuellen Aufklärung an Schulen oder Homosexualität (83). Für Schäfer bedeutet das, dass „religiöse Macht auch in der Öffentlichkeit weithin als politische Legitimität aufgefasst wird“ (84). Es folgen statistische Angaben zur religiösen Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung und Demografie, ehe der Autor auf aktuelle Entwicklungstrends bezüglich „Rasse und Nation“ (obgleich der umstrittene Begriff der „Rasse“ mit Vorsicht zu genießen ist) verweist: So stehe dem Rückgang des weißen christlichen Bevölkerungsanteil ein Wachstum nicht-weißer Kirchen sowie eine Zunahme der religiös nicht Gebundenen gegenüber (96–100). Diese Entwicklung zieht Trendeffekte mit sich; so scheint etwa dem Autor zufolge „insbesondere bei den weißen Evangelikalen ihr faktischer Bedeutungsrückgang die Disposition für den Weltuntergang oder zumindest für den Abgang auf die ‚christliche Nation‘ zu triggern“ (101). Auch wenn Schäfer erneut seine differenzierte Betrachtungsweise unter Beweis stellt, indem er auch auf die sogenannten *New Evangelicals* verweist, die die Rede von einer christlichen Nation vermeiden, wird deutlich: Der allgemeinen Stoßrichtung einer ‚weißen‘ Religionspolitik liegt das seit dem Selbstverständnis der ersten Siedler bestehende Motiv der USA als einer christlichen Nation zugrunde. Basierend auf verschiedenen zivilisatorischen Grundideen, zu deren prominenten Beispielen *Covenant*, also der „exklusive Bund Gottes mit dem Volk der USA“ (104), *Millenarismus* als „Erwartung eines Tausendjährigen Reiches Gottes, [...] eng verknüpft mit dem Programm des Neuen Jerusa-

lems“ (104) und *Biblizismus* als „Auffassung der Bibel als wortwörtlich diktiertes Wort Gottes“ (105) zählen, seien historisch gewachsene Dispositionen entstanden. Dabei zeigt sich – und wird auch mitunter von Schäfer aufgegriffen –, wie nahe sich diese Akteure an der Schwelle zum Fundamentalismus bewegen, wenn sie sie nicht gar überschreiten (so wären hier etwa nach dem Ansatz von Martin Rothgangel bzw. Martin E. Marty und R. Scot Appleby grundlegende Charakteristika fundamentalistischer Gruppierungen erfüllt). Die Bedrohungsszenarien der religiösen Rechten, die Schäfer ausbreitet, münden sodann zwangsläufig in einer „restaurative[n] Politik mit der Idee, jenes – hauptsächlich in der politischen Phantasie existierende – rein weiße ‚America‘ der *Pilgrim Fathers* wenigstens annähernd wieder herzustellen“ (112). Es ist ein Konzept, das an das Modell der „Etabliertenvorrechte“ erinnert, das Schäfers Kolleginnen und Kollegen an der Universität Bielefeld als Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit untersuchen, und es mündet in den USA – und so auch in diesem Kapitel – in der Wahl Trumps zum US-Präsidenten (115–118). Schäfer beleuchtet hier die Hintergründe der Vorwahlen 2016, in deren Vorfeld sich bereits eine breite Unterstützung des Kandidaten Trump durch die religiöse Rechte abzeichnete, obgleich viele Eigenschaften durchaus problematisiert worden waren – insbesondere, dass er „wenig Anzeichen eines christlichen Lebens oder auch nur Grundkenntnisse des Christentums durchblicken ließ“ (116). Dazu passten auch Umfragen, dass es bis auf Religionsfreiheit und Abtreibung „eher nicht die religiös konnotierten Themen“ gewesen seien, die Trump die Gunst der „weißen Evangelikalen“ eingebracht habe (117). Andererseits würden die Auffassungen der Trump-Wähler stark mit dem vom calvinistischen Protestantismus geprägten Habitus übereinstimmen, den eine „homogene Gesellschaft und wenige neue Impulse“ kennzeichneten (117). Ein längerer Abschnitt zeigt „christliche Nation“ und „christliche Ethik“ und ihre jeweiligen Akteure als „Gegenspieler“ auf (144–200). Von besonderer Brisanz sind aber die Konfliktfelder, die der Autor in dem Abschnitt „Umkämpfte Themen: zwischen Abtreibung, Krieg und ‚christlicher Nation‘“ beleuchtet und deren Kontroversen sich nach Schäfer „nach eher restaurativen, ‚rechten‘, und progressiven, ‚linken‘, Anliegen unterscheiden ließen“ (202). Dazu zählt zuallererst Rassismus als „soziale Voraussetzung vieler anderer sozialer und religiöser Konflikte“, darauf basierend, dass die „christliche Nation, wie sie von restaurativen weißen Evangelikalen phantasiert wird, [...] eine Nation von Weißen sei“ (203) – der Rassismus Donald Trumps erweist sich hier als anschlussfähig für diese religiösen Akteure, wie anschließend deutlich wird (203–206). Weitere Konfliktfelder mit großer Mobilisierungskraft, die sich ebenfalls zwischen den genannten Polen bewegen, sind unter anderem die Debatte um Schwangerschaftsabbrüche, die jüngst wieder an Fahrt aufgenommen hat (206f.), die Todesstrafe (207) und Familie und Sexualität (207f.), aber auch Themen wie Immigration (208) und Bewahrung der Schöpfung bzw. Klimawandel (211). Doch auch kriminelle Gewalt und die Waffenproblematik reißt Schäfer an. In der evangelikalen Rechten verortet er eine „Logik von ‚Law and Order‘“ (213) – die im Übrigen auch im deutschen Rechtspopulismus weit verbreitet ist, wie etwa Schäfers Kollege Wilhelm Heitmeyer deutlich gemacht hat, der darin sogar einen der drei zentralen Themenkomplexe bei der Radikalisierung bzw. dem Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland sieht –, ehe noch einmal ein Rückgriff auf die im Ersten Verfassungssatz verankerte Religionsfreiheit erfolgt, in der der Autor eine „halbherzige Laizität“ verortet (215) und

insbesondere die kreationistische Bildung (220) sowie religiöse Manipulation (221f.) in der Trump-Ära problematisiert. Im Fazit seiner USA-Betrachtungen hält Schäfer fest: „Trump ist insofern ein interessantes Phänomen, als er von einer großen Anzahl der religiösen Rechten als ein Beispiel für Glauben und göttliche Legitimation gesehen wird.“ Die Legitimierungsversuche erscheinen mitunter absurd, etwa wenn Trump als ein „nicht-christliches Werkzeug Gottes“ bzw. ein „König Cyrus“ betrachtet wird oder die Predigerin Paula White „den Glauben des Präsidenten und ihre eigene quasi-göttliche Macht, die den narzisstischen Helden Trump angeblich zur Bekehrung geführt habe“, preist – dies wird umso irritierender, als Barack Obama, der als praktizierender Christ und im vielfach gelobten Modell der intakten Kleinfamilie lebt, stattdessen in Teilen des Evangelikalismus als „Wegbereiter des Antichristen“ betrachtet wird. Schäfers Fazit: „Dass die religiösen Rechten über die moralische und religiöse Inkompetenz Donald Trumps einfach hinwegsehen, darf als Hinweis darauf gefasst werden, dass ihnen sozialmoralische Themen vor allem als Kampfmetaphern gegen fortschrittliche Kreise dienen und sie mit religiöser Symbolpolitik zufrieden sind,“ – Schäfer erwähnt zuvor, wie Trump die Bibel „wie einen Fetisch“ hochhalte – „wenn nur ein Präsident ein hinreichend reaktionäres Programm verfolgt, das man als Weg zur idealen ‚*Christian Nation*‘ verkaufen kann“ (die Zitate: 227).

Die folgenden Länderstudien richten den Blick nach Südamerika. Sie fallen kürzer aus als die USA-Betrachtung, und auch diese Rezension kann es nicht leisten, sie in einem ähnlichen Umfang zu beleuchten (so wie auch der Autor erklärt, dass zu diesen Ländern „eine eigene Studie vom Umfang der Studie zu den USA [...] im vorliegenden Rahmen nicht realisierbar“ sei; 284). Daher nur so viel: Einerseits, so macht Schäfer deutlich, ließen sich bei den Trends bezüglich der religiösen Zugehörigkeit zwischen den USA und Lateinamerika „exakt gegenteilige Entwicklungen“ feststellen. In den USA verliert der einst etablierte Protestantismus an Bedeutung, in Lateinamerika ist es der Katholizismus, der mittlerweile seine quantitative Stärke gegenüber den anderen Konfessionen und Traditionen einbüßt. Ein weiterer Unterschied in Lateinamerika sei der wesentlich höhere Anteil religiöser Gruppierungen mit charismatischer Frömmigkeitspraxis an der Gesamtbevölkerung und am Protestantismus (231). Andererseits finden sich in den ausgewählten Ländern immer wieder ähnliche Phänomene, darunter die „Etablierung und Institutionalisierung von neo-fundamentalistischen Organisationen, die politisch rechts stehen“; zudem hätten sich auch hier im Laufe der Jahrhunderte „bestimmte Dispositionen herausgebildet, die für eine Einschätzung der Rolle des Protestantismus in der Politik von Bedeutung sind“ (266). Die Länderstudien befassen sich mit Guatemala, Brasilien und Mexiko, in denen Schäfer bereits Feldforschungen durchgeführt hat (285).

In Guatemala ist fast die Hälfte der Bevölkerung protestantisch, was den höchsten Anteil in Lateinamerika darstellt (287). In einem umfassenden, spannenden historischen Überblick zeigt Schäfer auf, wie der wirtschaftsliberale Diktator Justo Rufino Barrios in den 1880er-Jahren protestantische Missionare als „religiöses Gegengewicht zur katholischen Kirche“ ins Land holte (288). Ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts zielten evangelikale und pfingstkirchliche Aktivitäten im Sinne einer „Wiedergeburt“ (ein Grundgedanke, der schon auf den Pietismus zurückgeht) auf eine Konversion zum Protestantismus ab, waren dabei aber unpolitisch (289). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden nationale Belange dann verstärkt Thema

der Kirchenleitungen (290), ehe sich zwischen 1970 und 1990 starke Umwälzungen in der Gesellschaft und den Kirchen ereigneten, die eng verbunden waren mit dem Erdbeben von 1976 (293). In der Folge formierten sich auch in Guatemala die unterschiedlichen religiös-politischen Akteure zu einem Kampf, den Schäfer zwischen „geistliche[r] Kriegführung“ und „ethische[r] Friedensarbeit“ verortet und dabei die unterschiedlichen Konfessionen und religiösen Gruppierungen als Akteursformationen umfassend kategorisiert und beleuchtet (308–380). Sein Fazit fällt negativ aus – der hohe protestantische Bevölkerungsanteil stehe in keinem positiven Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Gesamtlage des Landes, im Gegenteil: „Stattdessen findet man eine Polarisierung des religiösen Feldes vor, die sich in den politischen Strategien der religiösen Akteure niederschlägt und damit Effekte auf das politische Bild zeitigt“ (380). Zudem werde die Laizität des Staates „langsam ausgehöhlt“, indem etwa hohe Staatsämter von religiösen Experten besetzt worden seien, obwohl die Verfassung von 1985 dies eigentlich verbiete (382).

Viele Gemeinsamkeiten lassen sich in Brasilien beobachten. Auch hier ist der protestantische Bevölkerungsanteil mit 26 % relativ hoch (385), die oben genannten Akteursformationen funktionieren Schäfer zufolge „selbstverständlich“ auch hier (385) und der vermeintlich laizistische Staat werde in den entsprechenden Regularien kaum durchgesetzt bzw. seien diese kaum vorhanden: „Ähnlich der US-amerikanischen Verfassung sieht die brasilianische keinen Schutz des Staates vor religiösem Zugriff vor. Zudem ist religiösen Führern die öffentliche Teilnahme für Politiker und Parteien zwar verboten, aber niemand hält sich daran.“ (387). Mit Blick auf die Akteursformationen ist wichtig: In herausragender Weise wurde Brasilien von der Lutherischen Kirche der deutschen Einwanderer geprägt (390), aber auch ein verstärkter evangelikaler Einfluss parallel zu den USA und Guatemala war im Laufe des 20. Jahrhunderts zu beobachten (391). Den Kampf der religiös-politischen Formationen in Brasilien spitzt Schäfer auf „Geld, Macht und soziale[n] Protest“ zu (406–473). Auch dieses Feld der Akteure ist außerordentlich divers. Exemplarisch seien drei genannt: die ökumenische Theologie der Befreiung, die marginalisierte Bevölkerungsgruppen in den Blick nimmt (428–430); die historisch besondere Rolle der Lutheraner als Kirche deutscher Immigranten (430–433); die Akteure der religiösen Rechten, die im Wahlkampf 2018, den Schäfer als „bisher schmutzigste[n] in der brasilianischen Geschichte“ bezeichnet, den „nationalkapitalistischen und besitzindividualisierten Wahlkampf Bolsonaros mit Lügen, Verleumdungen und sozialem Druck auf kirchliche Gemeindemitglieder“ vorantrieb und in ihrem zivilisatorischen Programm unter anderem Homosexualität als „Krankheit“ betrachtet und ein Verbot der Abtreibung auch bei Vergewaltigung vertritt (462–465). Folglich kommt Schäfer in seinem Fazit zu dem Schluss, dass – entgegen anderen weit verbreiteten Annahmen, etwa von Reginaldo Prandi – „durchaus eine fortschreitende De-Säkularisierung beziehungsweise De-Laizierung des Politischen durch religiöse Akteure [zu] beobachten“ sei (474).

Anders stellt sich die Situation in Mexiko, Gegenstand der dritten Länderstudie, dar: Hier existiert eine streng laizistische Gesetzgebung (479). Die Bevölkerung sei insgesamt zwar „hochreligiös, aber nicht im Blick auf Politik, sondern im Sinne einer sehr diversen Alltagsreligiosität“ (481). Zugleich seien die Voraussetzungen des Eintritts protestantischer Akteure in die Geschichte Mexikos mit den anderen Ländern Lateinamerikas vergleichbar, das Konflikt-

potenzial jedoch größer. Aufgrund der antikerikalen Laizität habe sich der Protestantismus über längere Zeit nur einen „bescheidenen Wirkungsraum in der Gesellschaft“ erarbeiten können (482). Zuletzt sei die Laizität jedoch auch teilweise aufgeweicht worden (485). Im folgenden historischen Überblick zeigt Schäfer auf, dass es wegen der geografischen Nähe wenig verwunderlich gewesen sei, dass erste protestantische Missionsaktivitäten aus den USA im Norden Mexikos stattgefunden haben (486), und auch hier folgten weitere protestantische und ökumenische Akteure (486–500). Auch für die herausgearbeiteten Akteursformationen lassen sich in Mexiko Zentralbeispiele finden (501–515), und doch setzt die laizistische Verfassung für religiöse Akteure einen „deutlich engeren Rahmen als dies in anderen Ländern der Fall ist“ (516) – obgleich auch hier dieselben Themen etwa in der Sozialmoral, also Abtreibung (526), Sexualkunde (527) und Gender (527f.), breit diskutiert und auch bekämpft werden. Insgesamt resümiert Schäfer allerdings: „Die Lage in Mexiko ist vergleichsweise ruhig, und es erscheint mir unwahrscheinlich, dass eines Morgens die Mexikaner in einer ‚christlichen Nation‘ aufwachen“ (575f.). Neben der bereits betonten Laizität spielt auch der Umstand eine Rolle, dass der protestantische Bevölkerungsanteil unter zehn Prozent liegt und somit dem Autor zufolge „nicht als ein nennenswertes Mobilisierungspotenzial bezeichnet werden“ kann (579).

Der Band schließt mit zwei Kapiteln, die die Vorüberlegungen, welche die Strategien der religiösen Rechten als einen „Versuch der Taufe des Leviathan“ (585) bezeichneten, mit den Ergebnissen der Länderstudien zusammenführen. Das achte Kapitel (585–734) zeigt noch einmal umfassend auf, auf welch vielfältige Weise vor diesem Hintergrund das Verhältnis zwischen Religion und Politik als spannungsreich betrachtet werden muss, es aber eben über Ländergrenzen hinaus gemeinsame Problematiken gibt. Zahlreiche umfangreiche Unterkapitel nehmen dabei die religiös-politischen Diskurse, religiösen Strategien und zentralen gesellschaftlichen und ethischen Themen in den Blick. Im neunten und letzten Kapitel (735–764) wird Hobbes' Ansatz erneut aufgegriffen und tritt zugleich in den Hintergrund. Eine allgemeine Veränderung, eine „Transformation“, ist notwendig – aber wie? Hier gehen die Ansätze unter den religiösen Akteuren auseinander. Schäfer schlägt eine Neuformulierung der Säkularisierungstheorie vor und vor allem: (post-säkularen) Dialog.

Es ist beeindruckend und wegweisend, wie breit gefächert der vorliegende Band den Einfluss der religiösen Rechten auf die Politik in den USA und Lateinamerika in den Blick nimmt. Schäfer kann dabei auf seine jahrzehntelang gewachsene Expertise und funktionierende selbstentwickelte Modelle aufbauen und ermöglicht einen zuvor nicht dagewesenen Gesamtüberblick. Gleichzeitig wirkt seine Untersuchung bis in Details hinein differenziert und präzise, wenn er stets die historische Entwicklung, soziologische Hintergründe und verschiedenste Diskurse berücksichtigt und mitverhandelt. Vor allem aber wird deutlich, dass weder bei den USA noch den drei ausgewählten lateinamerikanischen Beispielen von Länderstudien gesprochen werden kann, die in keinem Bezug zu „unserer“ deutschen oder europäischen Gesellschaft stehen, ganz im Gegenteil: Wie Schäfer mitunter andeutet, sind ähnliche Phänomene, obwohl die Begleitumstände noch einmal gänzlich anders sind, auch hier zu beobachten. Vielmehr noch: Wachsender Nationalismus, Ethno- und Antipluralismus sowie Antiliberalismus, häufig verbunden mit der unheilvollen Allianz aus rechtem Christentum und

Rechtspopulismus und -extremismus, stellen ein globales Problem dar. Die Nächstenliebe, die doch auch für diese religiös-politischen Akteure konstitutiv sein müsste, ist dabei, wie nicht nur das Beispiel Trumps gezeigt hatte, weitgehend außer Kraft gesetzt. Umso wichtiger ist ein Eintreten aller anderen Akteure, und damit auch der Mehrheit des Protestantismus, für Vielfalt, Toleranz und soziale Gerechtigkeit (so wie es etwa auch in der Evangelischen Kirche in Deutschland geschieht). Das geht nur über den Dialog, und der muss auf breiter Basis geführt werden, denn wie Schäfers bereits am Ende seiner Einleitung (40) festhält: „Solche Chancen können aber nicht schiedlich-friedlich nur im Seminarraum ergriffen werden, denn es geht immerhin auch darum, den Leviathan zurück ins Meer zu treiben.“

Jan Christian Pinsch

DELPHINE PAPIN, BRUNO TERTRAIS: Atlas der Unordnung. 60 Karten über sichtbare, unsichtbare und sonderbare Grenzen, Darmstadt: wbg Theiss 2022, 176 S., Abb., 28,00 €.

Der Titel weckt Aufmerksamkeit und Interesse. Dass der Glaube, in einer geordneten Welt zu leben, in der das Völkerrecht gilt und Grenzen sicher sind, erst jüngst erschüttert wurde, kann man eigentlich noch nicht einmal aus einem europazentrierten Blickwinkel behaupten. Die Jugoslawienkriege begannen vor 30 Jahren, liegen mit ihren Anfängen also gerade einmal eine Generation zurück. Der Atlas führt seine Leserschaft ferner zur Einsicht, dass Grenzen nicht nur zwischen Völkern und Staaten gezogen sind, sondern Bevölkerungsgruppen auch willkürlich trennen und Siedlungsgebiete sowie Kulturräume durchschneiden. Eurokrise, Terrorismus, Migration und Flüchtlingsströme, aber auch die Covid-Pandemie haben eine wieder schärfere Akzentuierung von Grenzen mit sich gebracht.

Der Atlas beginnt mit einer Einleitung, die einen Überblick zur Geschichte von Grenzen bietet, und ist dann unterteilt in fünf Kapitel. Dem folgen ein zusammenfassendes Fazit, eine alphabetische Auflistung der bekanntesten 50 „Linien“ (wie Attila-Linie, Maginot-Linie) sowie eine Zusammenstellung von Literatur zum Thema. Die Kapitel 1 bis 5 sind untergliedert in Abschnitte, bei denen die gut verständlichen Texte jeweils durch Kartenmaterial veranschaulicht werden, für das Xemartin Laborde verantwortlich zeichnete. Damit wird der Atlas zu einem Nachschlagewerk, das man gerne auch öfter in die Hand nehmen wird.

Die Einleitung zeigt: Grenzen sind ein Stück weit „Geografie gewordene Geschichte“. Das verweist darauf, dass es sich sehr selten um ‚natürliche‘ Grenzen handelt. Somit kann man bei vielen Grenzen auch von den „Narben“ sprechen, die die Geschichte hinterlassen hat.

Kapitel 1 behandelt „Grenzen als Vermächtnisse“: Grenzen sind zur Absicherung von Herrschaftsräumen, Wirtschaftsräumen und Kulturkreisen definiert worden. Zur Veränderung von Grenzverläufen haben Kriege, Bevölkerungsverschiebungen, aber auch das schlechte Verteilen von Pässen geführt. Dass Grenzen nicht statisch sind, sondern jederzeit die Möglichkeit zur Veränderung haben, zeigten in Europa schon vor dem Ukraine-Krieg der Katalonien-Konflikt, Unruhen in Belgien sowie der Brexit. Auch die Zuordnung von Staaten zu Kontinenten ist schwierig, wie Russland und die Türkei belegen. Hinzu kommt, dass Europa in seinem Kern von Geologen nicht als Kontinent angesehen, sondern der eurasischen Platte zugeordnet wird, zu der dann jedoch weder Großbritannien und Island noch Zypern und Malta gehören. Die Begriffe „Westlicher Kulturkreis“, „Orthodoxer Kulturkreis“, „Islamischer Kulturkreis“ sowie „Hinduistischer“ und „Buddhistischer Kulturkreis“, aber auch „Lateinamerikanischer“, „Afrikanischer“, „Chinesischer“ und „Japanischer Kulturkreis“ zeigen die Zwanghaftigkeit und Vorläufigkeit solcher Einteilungen. Im Nahen Osten und in Südasien sowie in Afrika und Lateinamerika sind viele Grenzen noch durch Kolonisation und Imperialismus bestimmt; überseeische Gebiete europäischer Mächte haben nicht nur im Falklandkrieg (1982) auf dieses Erbe aufmerksam gemacht. Der Kalte

Krieg zog durch Europa eine Grenze, wie zuvor schon die Abgrenzung der westlichen Staaten gegenüber den slawischen Stämmen um das Jahr 700 beziehungsweise die Religionsgrenzen ab dem 15. Jahrhundert.

Kapitel 2 über „Meere und Grenzen“ betont, dass Gewässer trennen und verbinden können. Wirtschaftliche Interessen, wie Fischfang oder Nutzung von Bodenschätzen, müssen geklärt werden. Festlandssockel, künstliche Inseln, aber auch die natürliche Veränderung von Flussläufen sind hier Anknüpfungspunkte für Gespräche wie für Streitigkeiten. Schon die Einordnung als „Meer“ (Hoheitsgewässer) oder als „See“ (gemeinsame Nutzung) kann Unterschiede bedeuten, wie wir beim Kaspischen Meer sehen.

Kapitel 3 stellt das Verhältnis von „Mauern und Migration“: Mauern als Grenzbefestigungen kennen wir vom Hadrianswall (2. Jahrhundert, Britannien), durch die Chinesische Mauer (15. Jahrhundert), aber auch die Mauern, die eher die eigene Bevölkerung einsperrten, wie die Berliner Mauer und die Absicherung Nordkoreas. Eindringen verunmöglichen sollen dagegen wieder die unter Trump angedachte Mauer gegenüber Mexiko, die von den Israelis gebaute Mauer gegenüber den Palästinensern, aber auch der Zaun der spanischen Exklave in Nordafrika gegen Migranten. Bis in das 19. Jahrhundert war die Einreise in ein Land einfacher als die Ausreise: Niemand sollte sich der Steuer- und Wehrpflicht entziehen. Das Recht, das eigene Staatsgebiet zu verlassen, wurde erst 1948 in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte geschrieben.

Kapitel 4 nimmt „Spezielle Grenzen“ in den Blick, die wir im Bezug auf sogenannte „Exterritoriale Liegenschaften“ kennen, wozu entgegen der landläufigen Meinung nicht die Botschaften gehören, sondern nur bestimmte Sitze internationaler Organisationen wie die der UN. Ferner gibt es sogenannte Enklaven/Exklaven, wie das von Armeniern besiedelte Bergkarabach in Aserbaidschan, aber auch das deutsche Büsingen im Schweizer Hochrhein-Gebiet oder das österreichische Jungholz im deutschen Allgäu. Unrühmlich bekannt ist auch der US-Stützpunkt Guantánamo auf Kuba, womit das Militär die in den USA geltende richterliche Haftprüfung umging und noch umgeht. Als „eigenwillige Grenze“ sei noch die „Datumsgrenze“ erwähnt.

In Kapitel 5, „Umstrittene Grenzen“, wird noch einmal explizit das Thema der angeblich ungeklärten Grenzverläufe aufgegriffen. Die aktuellen Akteure Russland und China (Taiwan), aber auch – *cum grano salis* – die Türkei (Einflussnahme in Syrien) sind bekannt. Die Überblicke über „Schlechte Nachbarschaft“ und „Brisante Grenzen“, aber auch „Virtuelle Grenzen im Wüstensand“ verdeutlichen diese Problematik noch. Die Probleme in Israel sowie auf dem Balkan gehören ebenfalls dazu.

Das Fazit fasst es so: Als hätte die Menschheit nicht auch noch mehr grenzüberschreitende Probleme außer der Covid-Pandemie: Hunger und Klimawandel sind drängende Probleme, die kein Land und keine Organisation allein lösen können. Cyberangriffe und Organisierte Kriminalität wie Kapital- und Steuerflucht müssen dringend ebenfalls gemeinsam angegangen werden.

Der Atlas bietet einen fundierten geschichtlichen Background für die verschiedenen Grenzziehungen. Die Darstellung ist so gelungen, dass sie als Nachschlagewerk mit leicht auffindbaren Erläuterungen zu vielen im Alltag oft benutzten Begriffen auch für ein

breiteres Publikum geeignet und zu empfehlen ist. Dem Autorenpaar und dem Verlag muss man zu diesem handlich gebliebenen Werk gratulieren. Gewürdigt sei aber auch die Leistung der Person, die eine „Sprachgrenze“ überwunden und das ursprünglich 2021 auf Französisch erschienene Werk ins Deutsche übertragen hat: Birgit Lamerz-Beckschäfer.

Michael Wittig

EVA-MARIA DAHLKÖTTER: Erinnerungen und Zeitgeschichte. Gesammelte Aufsätze zu Nationalsozialismus, Krieg und Nachkriegszeit, hg. v. Walter Leimeier und Wolfgang Maron, Norderstedt: BoD 2021, 328 S., Abb., 20,99 €.

Eva-Maria Dahlkötter, Jahrgang 1923, Tochter eines evangelischen Pfarrers, einem führenden Mitglied der Bekennenden Kirche in Westfalen, Gymnasiallehrerin in Dortmund, beginnt den Reigen ihrer Erinnerungen mit einem kurzen Überblick zu ihrem Leben und schriftstellerischem Werk. Sie erwähnt dabei auch ihre Studienzeit (Geschichte, Englisch und Religion in Göttingen – dort auch promoviert, Freiburg und Tübingen; bereits im Schuldienst studierte sie in Münster noch Sozialkunde) – inklusive eines Auslandsaufenthalts (Summer School in Oxford 1948), seinerzeit durchaus etwas Besonderes. Ihr Referendariat erlebte sie in Soest und Bochum.

Die Aufzeichnungen zu ihrer Lippstädter Zeit zeichnen ein gutes Stück Kleinstadtgeschichte: ausgehend von einer Verknüpfung von gewerblicher und landwirtschaftlicher Tätigkeit, der Abhängigkeit von der jeweiligen Bodenqualität, dann der Blick auf die sich abzeichnenden Veränderungen im Wirtschaftsleben, der Umwelt und im Wohnen, Veränderungen durch Zuwanderung und erst recht nach dem Krieg mit der Ankunft von Flüchtlingen aus dem Osten. Die Verfasserin nimmt uns aber auch tief mit hinein in ihr durch Vater und Mutter mit vielfältigen Bildungschancen geprägtes familiäres Leben, samt einem ausführlichen Blick in alle Räume des Pfarrhauses, vom Dachgeschoss bis in den Keller, auf deren Nutzung und die Einrichtung aus verschiedenen Stilepochen, den Flügel und weitere Instrumente für die Hausmusik sowie die umfangreiche Literatur in den Bücherschränken, aber auch auf das gemeinsame Putzen und die Herstellung von Lebensmitteln. Einige Ausstattungsgegenstände bzw. Kunstwerke, die sich im Haus ansammelten, stammten auch von Künstlern, die im Dritten Reich mit einem Arbeitsverbot belegt waren. Zur Freizeit ging es – außer in den eigenen, eher zweckdienlich genutzten – zumeist in Omas „Großen Garten“, zu Mutters Verwandten in den Park an der Lippe.

Zur Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus gehören neben der persönlichen Erfahrung der „hässlichen Sonderbehandlung“ für die Kinder, die nicht den Jugendorganisationen der Partei beitraten, auch die Erlebnisse um die Verhaftung des Vaters (ausführlich geschildert nach dem Tagebuch ihrer Mutter Hanna) sowie die konsequente Prägung der politischen Einstellung v. a. der ältesten Tochter, der Verfasserin. Die Familie war national gesinnt, sah im Krieg gegen die Sowjetunion v. a. den Kampf gegen den Bolschewismus, sah allerdings die nationalsozialistische Weltanschauung mitsamt dem Führerkult als ebenso verderblich an. Die Verfasserin erinnert sich an eine „Atmosphäre von Uninformiertheit, Einschüchterung, Angst und Schweigen“; dies betraf auch die Tötung behinderter Menschen und die Deportation und Vernichtung jüdischer Familien. Man sagte nichts zu „Gerüchten“.

Für die Auseinandersetzung in der evangelischen Kirche zwischen „Deutschen Christen“ und „Bekennender Kirche“ hat die Verfasserin aufschlussreiches Quellenmaterial zusammengestellt – zum Teil mehr ephemere Aussagen, zum Teil in ihrer theologischen Aussage diskussionswürdig.

Es folgte die Zeit in einem evangelisch-freikirchlichen Internat bei Magdeburg, das die Eltern für ihre Tochter ausgewählt hatten, um ihr eine von NS-Einflüssen möglichst freie Erziehung zukommen zu lassen. Das Internatsleben erwies sich dann auch als eine gute Vorbereitung für das kasernierte Leben beim Reichsarbeitsdienst auf einem ehemaligen landwirtschaftlichen Anwesen, ebenfalls in der späteren DDR. Dem folgte beinahe nahtlos der Studienbeginn, zunächst 1943 in Göttingen und dann 1944 in Freiburg im Breisgau. In Göttingen, der einzigen Universität ohne Kriegszerstörungen, konnte Eva-Maria Dahlkötter 1945 ihr Studium wieder aufnehmen; 1947 folgte der Wechsel nach Tübingen.

Zum Kriegsende in Lippstadt greift Dahlkötter wieder auf das ausführliche Tagebuch ihrer Mutter zurück. Erlebte man die Niederlage oder die Befreiung? Hierbei geht es auch um das Schicksal des Bruders unserer Verfasserin, der kurz vor Kriegsende beinahe von der Schulbank weg noch zum Wehrdienst eingezogen worden war. Von entlassenen Kriegsgefangenen hört man mit Erschütterung, dass einige ältere Soldaten ihre Eheringe mit „Schwarzen“ gegen Zigaretten getauscht hätten. Anhand der Erinnerungen an die Plünderung der im Besitz der Familie mütterlicherseits befindlichen Brennerei konstatiert die Mutter die Verrohung der Menschen durch den Krieg. Deutsche, Franzosen, Russen, alle nahmen sich, was sie wollten und tragen konnten.

Die Nachkriegszeit war geprägt von der Organisation des Überlebens; Not und Epidemien kamen zusammen, aber auch die Haltung zu den „Tätern“ und denen, die diese an die Besatzer auslieferten (u. a. Kommunisten, die auch für die erste Organisation der Beseitigung der Kriegsschäden eingesetzt wurden), bereitete Schmerzen.

Die eigenen Erinnerungen führten Dahlkötter dann später auch zu wiederholten, insgesamt 17, Fahrten in die DDR, die sie recht individuell gestaltete und sich somit einen guten Einblick in das Leben und Denken der Menschen dort schuf. Dabei erlebte sie auch die üblichen Schikanen bei der Ein- und Ausreise, die Allgegenwart der Volkspolizei samt der flächendeckenden Stastätigkeit, die zu einem „Schweigen der Menschen in der Öffentlichkeit“ führte, und die „schleichende graue Verkommenheit“. Sie erläutert kurz Bodenreform, Enteignung und Zwangskollektivierung sowie die Konsequenzen der „Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion in unterschiedlichen Produktionsgenossenschaften“. Neben dem Aufsuchen von Orten und ehemaligen Kameradinnen war es der Verfasserin ein Anliegen, „das kulturelle Leben Mitteldeutschlands“ nicht aus den Augen zu verlieren.

Für ihre langjährige Wirkungsstätte, die Goethe-Schule in Dortmund (lieber wäre sie nach Bielefeld gegangen), einer evangelisch geprägten Mädchenschule, erstellte Dahlkötter anlässlich eines Jubiläums eine Festschrift, die ihr auch die Möglichkeit gab, anhand vorhandener Jahrbücher sowie persönlicher Gespräche in die Zeit ab 1932 zu schauen. Wiederum sehen wir die nationale Einstellung mit klarer Abgrenzung zur nationalsozialistischen Ideologie. Wir lesen von der seinerzeitigen staatlichen Einflussnahme in den verschiedenen Unterrichtsfächern (Biologie, Deutsch, Geschichte) und von teilweise geschickten Versuchen, damit umzugehen. Das Kollegium der „Eliteschule“ war sich einig in den Zielvorstellungen, der „Entfaltung der Persönlichkeit und der Entwicklung der intellektuellen Fähigkeiten im Hinblick auf das akademische Studium und die Aufgaben in Ehe und Familie in Verantwortung vor dem deutschen Volk und seiner Kultur“. Und für den

Wiederbeginn nach dem Krieg notiert Dahlkötter: „Nicht Diskussion und Streit sind uns überliefert; mit Disziplin, die auch das Schweigen über die Vergangenheit einschloss, machte man sich an die Arbeit.“

Auch zur Geschichte der evangelischen Töcherschule in Lippstadt finden wir hier einen Beitrag. Der Vater der Verfasserin war Leiter des Kuratoriums dieser Schule. Hatte der preußische Jurist Hippel schon 1792 gleiche Bildungschancen für Mädchen gefordert, so verlangte auch das Bürgertum in der Provinz Westfalen Mitte des 19. Jahrhunderts freien Zugang seiner Töchter zu höheren Bildungsmöglichkeiten, allerdings mit dem Zusatz, dass sie den Mädchen bessere Heiratschancen gäben und diese es den Frauen dann ermöglichen würden, den Ehemann in seiner beruflichen Arbeit zu unterstützen, „der Mann wird so am heimischen Herd nicht am gelangweilt, sondern in seinen höheren Interessen gefördert“. Außerdem sei die Ausbildung von Lehrerinnen für Staat und Gesellschaft preiswert, da sie in der Regel unverheiratet seien. Ob junge Frauen damals über solche Argumente schmunzeln konnten, ist fraglich. Noch bis zum Zweiten Weltkrieg schied eine Lehrerin bei Verheiratung normalerweise aus dem Dienst aus. In Lippstadt gab es seit 1833 eine katholische Töcherschule, eine evangelische dann ab 1911. Nachdem die Stadt schon 1934 die Zusammenlegung der beiden konfessionellen Mädchenschulen in Lippstadt gewünscht hatte, wurde die evangelische Schule schließlich 1938 in eine städtische Anstalt überführt und zog in das Gebäude der zuvor „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ geschlossenen katholischen Anstalt. Heute gibt es in Lippstadt wieder zwei konfessionelle Gymnasien. In diesen Beitrag sind noch generelle Ausführungen zur Geschichte der Mädchenbildung samt der Lehrerinnenausbildung in Deutschland eingebunden.

Eva-Maria Dahlkötter hält mit ihren Erinnerungen ein wichtiges Stück Zeitgeschichte fest und gibt Einblicke in das Lebensgefühl eines Menschen mit klarer religiöser Prägung in bewegten Zeiten. Ein Anhang verzeichnet die Schriften Dahlkötters. Den Herausgebern, der eine Schriftleiter der „Heimatblätter“, einer Beilage zur Tageszeitung „Der Patriot“, der andere Schriftleiter der „Lippstädter Spuren“, der Schriftenreihe des Heimatbundes Lippstadt, ist zu danken, dass sie die auf verschiedenen Plattformen bereits publizierten Beiträge gesammelt und in Buchform zusammengeführt haben (thematische Überschneidungen und Wiederholungen sowie Vor- und Rückgriffe in der zeitlichen Abfolge erklären sich hieraus). Das Büchlein wäre wohl – gerade für eine jüngere Leserschaft – noch ergiebiger, wenn man zu den Begriffen „Barmer Erklärung“, „Bekennende Kirche“ und „Deutsche Christen“, „altpreußische Bekenntnissynoden“ und „Reichsbischof“, ferner dem „Möldersbrief“ oder auch dem anglikanischen Bischof Allen Bell, einem Ökumeniker und Freund Dietrich Bonhoeffers und Martin Niemöllers, sowie dem „Reifensteiner Verband“ samt seinen Einrichtungen für die Frauen- und Mädchenbildung oder den Schulen der „Brüdergemein(d)e“ kurze Erläuterungen beigefügt hätte. Es bleibt jedoch der vorherrschende Eindruck eines sehr lesenswerten Buchs, das auch zu Diskussionen anregen kann.

Michael Wittig

FRANK UEKÖTTER: Atomare Demokratie. Eine Geschichte der Kernenergie in Deutschland, Stuttgart: Franz Steiner 2022, 380 S., Abb., 29,00 €.

Der Geschichtsdozent von der Universität Birmingham legt eine sehr angenehm lesbare – bei englischsprachigen Historikern nicht unüblich – und auch für Fachleute durchaus lesenswerte Arbeit vor über den Umgang eines demokratischen Staates mit einem sehr komplexen und zunehmend umstrittenen Thema.

Uekötter hat seine Arbeit in acht Kapitel unterteilt, womit er die Geschichte der Kernenergie in Deutschland nachvollziehbar darstellt. Die Bezeichnung „in Deutschland“ ist insofern berechtigt, da er auch als „Eine Art Parallelversuch. Die Atomgeschichte der DDR“ in einem eigenen Kapitel (Kapitel 6) behandelt.

Außer dem Anmerkungsteil ist dem Buch noch eine übersichtliche Chronologie zum Thema beigegeben, sodann ein allgemeines Register sowie eine Liste der erwähnten Kernkraftwerke mit den jeweiligen Verweisen im Buch.

In Ost- wie Westdeutschland gleich war, nach Uekötter, zu Beginn die relativ breite Zustimmung zur Kernenergie. Man versprach sich zuverlässigen und günstigen Strom. Der Glaube an die Beherrschbarkeit der Technik durch die Experten, verantwortungsvolle Wissenschaftler, Techniker und Manager, war weitgehend vorhanden.

Im Vorwort stellt der Autor klar, dass er eine „Erfolgsgeschichte der bundesdeutschen Verhandlungsdemokratie“ analysiert, als Beleg für die Leistungsfähigkeit einer Demokratie. Es ging um die für eine moderne Industrie- und Konsumgesellschaft notwendige – möglichst billige – Energie, wirtschaftliche Macht, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle. Die zivile Nutzung der Kernenergie galt in der Nachkriegszeit als Schlüsseltechnologie und als ultimativer Beweis wissenschaftlich-technischer Kompetenz. Kernkraftwerke brauchte man nur dann, wenn man auf lange Sicht plante. Die Wirtschaft wuchs, und so lag der Gedanke nahe, dass die Nachfrage nach Energie steigen würde.

In der Bundesrepublik entstammte die billige Energie einem komplizierten Geflecht von Staat und Privatwirtschaft. Die Stromproduktion lag in den Händen von unternehmerisch agierenden Großkonzernen, die häufig im Besitz der öffentlichen Hand und zugleich – durch das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 grundgelegt – Gebietsmonopolisten waren. Zudem war der Staat durch Mittel für Forschungseinrichtungen und Versuchsreaktoren in Vorleistung gegangen. Der Bau der Kernkraftwerke wurde von einem weltweit agierenden Oligopol von Privatunternehmen dominiert. 1982 wurden in der Bundesrepublik die letzten Kernkraftwerke in Auftrag gegeben – Brokdorf hatte sich zur Leistungsschau der deutschen Atomwirtschaft entpuppt. Des Weiteren verlangte die föderale Struktur der Bundesrepublik eine enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Hinzu kam das breite Spektrum von Urananreicherung bis zur Wiederaufbereitung; neben den zuletzt gängigen Leichtwasserreaktoren gab es den Schwerwasserreaktor, den Hochtemperaturreaktor und den „Schnellen Brüter“. Und dann war da noch die Frage der Entsorgung, 1976 erstmals in einer Novelle zum Atomgesetz als „Entsorgungsjunktim“ formuliert.

Der bundesdeutsche Weg ins Atomzeitalter war eng mit den Wirtschaftswunderjahren verbunden. Die aber waren Mitte der siebziger Jahre auch schon vorbei; die Kosten stiegen,

Genehmigungen zogen sich in die Länge, Journalisten recherchierten, Proteste eskalierten. Und immer fühlten sich die Gesellschaft und die Politik zwischen der Last der Erinnerung an den NS-Staat sowie an die gescheiterte Demokratie von Weimar ausgebremst.

In Kapitel 1, „Showdown in Brokdorf“, bringt Uekötter mit einem eingängigen Beispiel den Beleg dafür, dass es bei der Auseinandersetzung um die Atomenergie auch auf das Handeln einzelner Personen ankam. In Brokdorf hatten 1976 Demonstranten den Maschendrahtzaun um die Baustelle auf einer Länge von 50 Metern eingerissen und dann ihre Zelte innerhalb des Areals aufgeschlagen. Der Führer einer Einsatzhundertschaft der Hamburger Polizei hatte seinen Sanitätskoffer genommen und sich ihnen als Erste-Hilfe-Station angeboten. Jeder, der in jenen Jahren selbst einmal an einer Demonstration teilgenommen hat – die Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss 1980 hatten wesentlich mehr Menschen auf die Straße gebracht –, weiß, dass solche Gesten viel von der auf allen Seiten vorhandenen, sogar noch anwachsenden Aggression nehmen können. Parallel zur medizinischen Versorgung begannen Polizisten und Demonstranten über das Für und Wider der Atomkraft zu diskutieren. Auf Seiten der Demonstranten standen Systemkritiker, um ihre Gesundheit fürchtende Anwohner, aber auch Krawallmacher. Eine zweite Demonstration dort, vier Jahre später, teilte sich, da sich einige Teilnehmer gegen die Anwendung von Gewalt aussprachen. Als die Polizei den durchnässten und unterkühlten Rückkehrwilligen Personenzüge zur Verfügung stellte, füllten sich diese schnell; keiner stellte die Frage, woher die Energie für die vorgeheizten Abteile kam.

Die Auseinandersetzung fand aber nicht nur am Bauzaun statt, sondern auch vor Gericht und in kirchlichen Akademien. Demonstrationen und gewalttätiges Aufeinanderprallen aber lieferten die spektakulären Bilder, die bis heute zu unserer Erinnerungskultur gehören. Endlose Debatten waren für die mediale Aufbereitung vollkommen ungeeignet.

Brokdorf war nach dem badischen Wyhl der zweite Ort, an dem Menschen gegen die Atomkraft auf die Straße gingen. Es folgten die Auseinandersetzungen in Gorleben, Grohnde, Kalkar, im Bonner Hofgarten, in Wackersdorf und an anderen Orten. Auf die Klage einer frühen Bürgerinitiative in Würzgassen hatte das Bundesverwaltungsgericht schon 1972 dem Schutz vor den Gefahren der Kerntechnik Vorrang vor deren Nutzung eingeräumt. Die Verwaltungsgerichte waren im späten 19. Jahrhundert geschaffen worden, um die Bürokratie des preußisch-deutschen Machtstaates zu zähmen. Zehn Jahre nach Brokdorf fällte das Bundesverfassungsgericht den sogenannten Brokdorf-Beschluss, die „Leitentscheidung zu neuen Formen des Bürgerprotestes und zur Integration der Anti-Atomkraft und der Friedensbewegung in die Gesellschaft“. Demnach sind Demonstrationen auch aus juristischer Sicht kein Eingriff in die öffentliche Ordnung, sondern gelebte Demokratie.

In Kapitel 2 nimmt uns Uekötter mit zu den Anfängen des Atomzeitalters. 1938 hatten Wissenschaftler um Otto Hahn und Lise Meitner am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin den Versuch durchgeführt, der zur Entdeckung der Kernspaltung führte. Es ging um ein Projekt der reinen Wissenschaft, hinter dem die Frage stand, was die Welt im Innersten zusammenhält. 1945 erhielt Hahn den Nobelpreis für Chemie und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde zur Max-Planck-Gesellschaft. Als Wilhelm Conrad Röntgen 1895 die nach ihm benannten Strahlen entdeckte, verbreitete sich seine Entdeckung auch

deshalb so schnell, weil die Apparaturen, die man dafür brauchte, in jedem ordentlichen Physiklabor standen. Auch Otto Hahns Apparaturen passten noch auf einen Holztisch – sie sind im Deutschen Museum in München zu sehen. In der Nachkriegszeit aber brauchten die Forscher Versuchsreaktoren und ähnliche Großgeräte. Das ging nur an ausgewählten Orten. In der Bundesrepublik entstanden die Forschungszentren in Karlsruhe – nach einer heftigen Standortkonkurrenz mit München unter Werner Heisenberg, der 1932 den Physik-Nobelpreis erhalten hatte –, Jülich und Geesthacht bei Hamburg.

Göttingen war in den 1920ern zum Mekka der Kernforschung geworden. Einer der dortigen jungen Nachwuchswissenschaftler war Robert Oppenheimer. Deutsche Kernforscher hatten sich 1957 mit der Göttinger Erklärung gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr ausgesprochen, der erste Protest der bundesdeutschen Atomgeschichte. Auch Leichtwasserreaktoren produzieren in gewissem Umfang Plutonium. Es war nur eine Frage des politischen Willens, ob man dieses aus abgebrannten Brennelementen herauslöste. Die „Dual-Use-Problematik“ war den Experten bekannt. Die Bundesrepublik unterzeichnete 1969 den im Jahr zuvor ausgehandelten Atomwaffensperrvertrag. Franz Josef Strauß hatte 1957 noch erklärt, dass „taktische Atomwaffen nur eine Weiterentwicklung der Artillerie“ seien. Die Bundesrepublik begnügte sich mit einer „nuklearen Teilhabe“; die Bundeswehr kaufte Trägersysteme, die sich mit amerikanischen Atombomben bestücken ließen.

Als man von neuen Anwendungen in der zivilen Nutzung träumte, wurde schon bald deutlich, dass die Sache teuer würde. Die Urananreicherung kostete viel Geld, die Brennstäbe brauchten eine Hülle aus Zirkonium, an Rohre und Druckbehälter wurden neue Qualitätsanforderungen gestellt. Zudem benötigte man dafür jede Menge Energie. Die Stromkonzerne bremsten, schließlich mussten sie die neuen Reaktoren bezahlen. Im Ruhrgebiet hatten zudem Steinkohle und Braunkohle eine starke Lobby. Ernst Bloch hatte noch davon geschwärmt, dass man mit „einigen hundert Pfund Uranium die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera verwandeln könnte“. Was sich da in den Fünfzigerjahren auf den Weg machte, war ein Generationenprojekt; heute wissen wir: Es war – bis dato – ein Projekt für eine einzige Generation.

In Kapitel 3 schildert der Verfasser die Zeit des Planens, Verhandelns und Bauens. Als 1955 die Pariser Verträge in Kraft traten, konnte die Bundesrepublik ein ziviles Atomprogramm verfolgen. Schon seit 1952 gab es in der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Kommission für Atomphysik unter Werner Heisenberg. Da aber suchte die oberpfälzische Maxhütte schon seit zwei Jahren im Fichtelgebirge nach Uranvorkommen. Das finale Experiment war ein improvisierter Versuchsreaktor im südwestdeutschen Haigerloch. 1957 wurde mit den Römischen Verträgen auch die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet.

Nordrhein-Westfalen zeigte mit dem Forschungszentrum Jülich, dass es eine eigenständige Rolle spielen wollte als vom Bund zugeordnet. Der Versuchsreaktor in Jülich war ein Hochtemperaturreaktor, der eine höhere inhärente Sicherheit versprach und neben dem Strom auch noch Prozesswärme liefern konnte, die man zur Kohleveredlung hätte nutzen können. Der als kommerzieller Prototyp in Hamm-Uentrop gebaute Reaktor wurde jedoch nach kurzer Laufzeit stillgelegt.

Für die Stromkonzerne waren die Leichtwasserreaktoren attraktiver, weil günstiger.

Schnell zeigte sich bei allen Typen, dass Bau und Betrieb eines Reaktors teurer wurden als ursprünglich gedacht. Die Erzeugungskosten für Atomstrom überschritten nach den damaligen Berechnungen die für Kohlestrom um mehr als das Dreifache. Man sprach von „Kaviar-Elektrizität“. Auch beim Lieblingsprojekt der Physiker, dem „Schnellen Brüter“, der mehr Kernbrennstoff produzierte, als er selbst benötigte, wurde immer deutlicher, dass er nicht nur äußerst kompliziert sein würde, sondern auch sehr teuer. Trotzdem begannen in Kalkar die Bauarbeiten, noch bevor Ergebnisse des Prototyps in Karlsruhe vorlagen. 1965 begannen die Bauarbeiten in Obrigheim, 1967 in Stade, 1968 in Würgassen. Es folgte mit Biblis A das erste Kernkraftwerk der Welt mit einer Nennleistung von über 1000 Megawatt, weshalb es als Durchbruch der Kernenergie in der Bundesrepublik gilt. Brokdorf folgte mit 1480 Megawatt, Isar 2 mit 1485 Megawatt. Ende der Achtzigerjahre waren bundesweit 22 Reaktoren am Netz.

In Kapitel 4 nimmt Uekötter die Krisenjahre unter die Lupe. Anders als bei Computern und Gentechnik gab es bei der Kernenergie keine großen Effizienzsprünge mehr. Kerntechnik war nur noch ein aufwendiger Weg zum Erhitzen von Wasser in Großkraftwerken. Nukleare Bauprojekte erwiesen sich immer wieder als kompliziert, teuer und langsamer als geplant – in marktwirtschaftlichen Demokratien der Einstieg in den Niedergang.

Das politische System befand sich in einem Wandel, der fast einer inneren Neugründung entsprach. Energiefragen wurden zum Politikum. Neuartige zivilgesellschaftliche Bewegungen entstanden. Die Frage nach der Legitimität unterschiedlicher Protestformen stand an. Für den Ausstieg aus der Gewalt etablierte sich in den Siebzigerjahren eine eigene Gesprächskultur. Es war ein gesamtgesellschaftlicher Lernprozess.

In der Ölkrise von 1973 trugen die Bilder von leeren Autobahnen zur Diskussion über die tragenden und wesentlichen Werte, nicht zuletzt auch über ökologische Probleme bei. RWE hatte sich gerade kräftig im Ölgeschäft engagiert, als Gaddafi in Libyen putschte. Der Wind im Ölbusiness wehte harscher als in der bundesdeutschen Stromwirtschaft. Zur Krise der RWE trug auch bei, dass BASF mit seinen eigenen Reaktorplänen das Gebietsmonopol von RWE hinterfragte; mit dem Bau von Biblis, unweit von Ludwigshafen auf der anderen Rheinseite, antwortete der Essener Stromkonzern. Dann kam der Jom-Kippur-Krieg 1973, und der Bund kaufte RWE die Ölakten ab, um einen Ölkonzern unter staatlicher Ägide aufzubauen.

Kalkar entwickelte sich zum kostspieligsten Fiasko der bundesdeutschen Atomgeschichte. Der Anlage, die 1985 nach endlosen Querelen endlich betriebsbereit war, versagte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Betriebsgenehmigung. Aber auch in den Augen der Atomwirtschaft war die Anlage misslungen, da sie nicht mehr spaltbares Material produzierte als verbrauchte.

Die Atomenergie wurde zu einem Diskursprojekt. Und dafür stand der Name Wyhl. Ursprünglich in Breisach am Kaiserstuhl geplant, wurde das Kraftwerk auf den Widerstand lokaler Winzer hin, die durch die Wolken aus den Kühltürmen um ihren sonnenverwöhnten Wein fürchteten, 20 Kilometer nördlich vom Kaiserstuhl realisiert. Das Kernkraftwerk stand für die von der Landesregierung forcierte Industrialisierung der Region als

„Ruhrgebiet am Oberrhein“. Das aber ging auch hier der ländlichen Bevölkerung zu weit. Zum Protest fanden sich Bauern und Lokalpolitiker, Studenten und Hausfrauen – die Polizei vermerkte „biedere und rechtschaffene Bürger“, Journalisten berichteten mit kaum verhohlener Sympathie. Die neunmonatige Platzbesetzung wurde zur Legende. Im eigens errichteten „Freundschaftshaus“ wurde über die Risiken der Atomkraft informiert, über juristische Aspekte und andere Umweltprobleme. Auch der alemannische Dialekt hatte dem Protest so manche Schärfe genommen und zugleich dafür gesorgt, dass auswärtige Protesttouristen schnell erkannt und ausgegrenzt wurden. Der ländliche Widerstand ließ sich in der Tradition des Deutschen Bauernkriegs verorten, dessen 450-jähriges Jubiläum 1975 ins Haus stand. Es passte einfach alles. Bei einem Bürgerentscheid sprach sich 1975 dann aber doch eine knappe Mehrheit für das Atomkraftwerk aus. War es die Gewerbesteuer? 1977 wurde gerichtlich ein Baustopp verhängt. Politisch wurde die Sache erst 1994 als erledigt abgelegt.

Die Platzbesetzung aber trug zum Charisma von Wyhl bei, sie wurde ein Mythos der Anti-Atomkraft-Bewegung. Als man dies in Brokdorf wiederholen wollte, kam es zu dem schon angesprochenen Polizeieinsatz. Im niedersächsischen Grohnde eskalierte 1977 die Gewalt; die „Schlacht um Grohnde“ markiert einen Tiefpunkt des Atomkonflikts.

Die Atomkraftgegner aber erreichten im Umgang mit den Problemen der Kernenergie ein hohes Maß wissenschaftlicher und technologischer Kompetenz. Die Gründung des Öko-Instituts in Freiburg, das 1977 aus dem Konflikt um Wyhl hervorging, wurde zum ersten professionellen Thinktank der Umweltbewegung. Zur Differenzierung des Widerstands trug auch der „Radikalenerlass“ von 1972 bei, der manchen Kandidaten für den öffentlichen Dienst genauer überlegen ließ, wo die eigenen Interessen lagen. Auf polizeilicher Seite war es die Verhältnismäßigkeit der Mittel, die manchen Einsatz abschwächte. Insgesamt zeigte sich große Lernfähigkeit auf allen Seiten.

Kapitel 5 steht unter der Überschrift „Krisenmanagement“. Es ging um eine Frage von faustischer Qualität: „Ist die Menschheit bereit für die ewige Wachsamkeit, die es braucht, um das Energiesystem der Atomkraft ordentlich und sicher zu nutzen?“. Die Energieprognosen der frühen Siebzigerjahre erwiesen sich als überzogen, die ersten Leistungsreaktoren liefen nicht reibungslos, die Verwaltungsgerichte stellten unangenehme Fragen, für die technische Sicherheit waren kostenträchtige Zusatzinvestitionen erforderlich, beim Uran gab es Lieferschwierigkeiten und die Frage der Entsorgung des Atommülls war noch nicht einmal ansatzweise geklärt. Da es bei den USA immer wieder technische und politische Lieferschwierigkeiten gab, ließ die Bundesrepublik seit 1972 das Uran in der Sowjetunion anreichern; diese bewies damals Vertragstreue.

Mit dem Aufschwung der Umweltpolitik wurde die juristische Praxis der Aufspaltung des Genehmigungsverfahrens in Teilgenehmigungen zu einem politischen Akt. Beim Atomkraftwerk Obrigheim war die Anlage 20 Jahre lang mit einer Genehmigung für den Anfahr- und Probetrieb am Netz. Mühlheim-Kärlich war wegen einer Erdbebenspalte 70 Meter weiter nördlich gebaut worden, was aufgrund „administrativer Schludrigkeit“ dazu führte, dass das nagelneue Werk wieder vom Netz genommen werden musste. Hier kollidierte das Rechtssystem mit der dynamischen Entwicklung von Wissenschaft und Technik; regel-

mäßig stand am Ende eine ganz andere Anlage da als ursprünglich geplant. Aber auch die Atomkraftgegner mussten lernen, ihre Sicht der Dinge den Juristen zu erklären. Die Verhandlungen vor den Verwaltungsgerichten hatten für beide Seiten einen heilsamen Effekt.

Während heute, im Zeitalter der „sozialen Medien“, die Gleichgesinnten oft in „Echokammern“ unter sich bleiben, kam es damals zu intensiven Gesprächen, kulminierend in den Jahren 1977–1979. Danach zeigte sich eine gewisse Erschöpfung, so langsam schien alles gesagt. Vom Bundesforschungsministerium finanziert, etablierte sich noch eine interdisziplinäre Studiengruppe, zu der auch Ökonomen und Philosophen gehörten. Es ging um die Sozialverträglichkeit von Energiesystemen.

Der Blick auf die Atomgeschichte der DDR in Kapitel 6 zeigt andere Schwerpunkte. Die DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Wobei das Wort „Uran“ tabu war; man sprach vom „Erz“ oder „Wismut“. Die Wismut-Aktiengesellschaft war 1947 in Moskau gegründet worden, beschäftigte schon 1950 200000 Menschen; 1954 wurde sie in eine sowjetisch-deutsche Gesellschaft umgewandelt. Die Löhne waren hoch, in den Läden der HO gab es Südfrüchte, Werkswohnungen standen zur Verfügung. Im Wismut-eigenen Krankenhaus wurde unter anderem gegen die „Schneeberger Krankheit“, eine Lungenkrankheit, gekämpft. Als in den Siebzigerjahren die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Leitlinie der DDR-Politik wurde, relativierten sich die Privilegien.

Ein Umweltbericht von 1959 konstatierte die Probleme: Halden wurden nicht abgedeckt, sodass radioaktive Partikel in die Landschaft geweht werden konnten, Abraum wurde unkontrolliert zu Bauzwecken verwendet, Gewässer wurden mit Arsen und Salz belastet. Die Umweltbewegung aber beschränkte sich im Wesentlichen auf kirchennahe Kreise. 1966 ging das erste Kernkraftwerk der DDR ans Netz, im brandenburgischen Rheinsberg, das seit 1938 als Naturschutzgebiet ausgewiesen war. Mit dem heute als Helmholtz-Zentrum bekannten Forschungsinstitut in Rossendorf bei Dresden gab es ein Zentralinstitut für Kernforschung. Für Rheinsberg war schon vor der Wende das Aus für 1992 beschlossen worden; nach Routinearbeiten 1989 ging es gar nicht wieder in Betrieb.

Nach der Wende kamen Scharen ostdeutscher Fachleute in westliche Atomkraftwerke – dort gab es Personalmangel. Somit ergab sich eine ironische Fußnote zur Gesellschaftsgeschichte der Wiedervereinigung, indem die westdeutschen Atomkraftwerke zum einzigen Industriezweig wurden, der von ehemaligen DDR-Bürgern gerettet wurde; ohne Wiedervereinigung wäre es hier sonst zu einem Atomausstieg auf kaltem Wege gekommen. Der FC Wismut Karl-Marx-Stadt, dreimaliger DDR-Fußballmeister und erste Mannschaft, die die DDR im Europapokal der Landesmeister vertrat, spielt seit der Saison 1993/94 als Erzgebirge Aue eine beachtenswerte Rolle in der Bundesliga. 2007 fand die Bundesgartenschau im thüringischen Ronneburg statt, auf dem Gelände der ehemaligen Abraumhalden der Wismut AG – ein Meilenstein der Rekultivierung.

In der Bundesrepublik begann in den 1990er-Jahren der Weg in den – zunächst – rot-grünen Atomkonsens, bis nach Fukushima 2011 die Entscheidung für den Ausstieg fiel. Dies ist Thema in Kapitel 7. Fukushima war immerhin ein Leichtwasserreaktor, wie er auch in Deutschland üblich war. Bei Tschernobyl 1986 hatte man noch behaupten können, dass

ein solcher Unfall bei den deutschen Kraftwerken nicht geschehen könne. Kernenergie aber wurde seither als eine von mehreren fossilen Energiequellen angesehen und noch nicht einmal als die günstigste. Sie hatte ihren Nimbus und den Rückhalt in der Politik verloren, die Forschung wurde zurückgefahren. Dabei hatte die Diskussion um das Waldsterben, den mythischen „Deutschen Wald“, dem Atomstrom noch einmal Rückenwind gegenüber den Kohlekraftwerken gegeben. Aber da stand immer noch das Entsorgungsjunktim von 1976. Die Castor-Transporte verschafften den Demonstranten wieder mediale Aufmerksamkeit. Zugleich schraubten sie die politischen und ökonomischen Kosten in die Höhe.

In den Achtzigerjahren konnten sich auch die Grünen als vierte Kraft im bundesdeutschen Parteienspektrum etablieren. Ihre Existenz fand Eingang in die Kraftwerksplanung der Energieversorger. Wenn eine atomkritische Partei Teil einer Landesregierung werden konnte, drohte eine politische Blockade, die Manager um ihre Investitionen bangen ließ. Aber auch der Ausstieg war nun mit einer parlamentarischen Mehrheit möglich.

Auch in der Gesellschaft hatte sich etwas verändert: Wer jahrelang gegen ein Großprojekt von Staat und Industrie gekämpft hatte, das einfach nicht verschwinden wollte, entwickelte mit einer gewissen Zwangsläufigkeit nagende Zweifel, ob man eigentlich noch in einer Demokratie lebte. Die heute oft beschworene Politikverdrossenheit, abzulesen auch an einer rückläufigen Wahlbeteiligung, bildet einen Grundprozess der bundesdeutschen Geschichte, der sukzessive Verlust von Gesellschaft als handlungsleitender Kategorie, wie Uekötter es nennt.

Kapitel 8 schließlich spricht vom „Langen Abschied“. Dazu trug auch die Europäische Union bei, die 1996 ihre Mitgliedsländer zu einer Neuregelung der Strommärkte verpflichtete. Die Gebietsmonopole verfielen und mit ihnen die Strompreise. „Auf deregulierten Elektrizitätsmärkten schneiden die weniger kapitalintensiven Stromerzeugungsanlagen auf der Grundlage des Erdgaseinsatzes bei Investitionsentscheidungen günstiger als kapitalintensive Kohle- oder Kernkraftwerke ab“ hieß es 1998 in der Zeitschrift der Kerntechnischen Gesellschaft. Berechnungen in Großbritannien zeigten auch, dass der Preis für Atomstrom bei 92 Pfund pro Megawattstunde läge, die Offshore-Windparks dagegen Strom für 40 Pfund liefern würden. In Deutschland rechnete man damals, dass 70 Prozent des bundesdeutschen Strombedarfs mit Windenergie gedeckt werden könnten.

Die regenerativen Energien gingen als Gewinner aus der Klimadebatte hervor. Ein Markt dafür entwickelte sich in Deutschland vor allem aufgrund des Einspeisegesetzes, das im Jahr der Wiedervereinigung unauffällig durch den Bundestag rutschte und Mindestvergütung und garantierten Zugang zum Netz schuf. 2010 lag der Anteil bei gut 17 Prozent. Es folgten der Preissturz bei der Solarenergie, das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ und schließlich die „Strompreisbremse“. Bei der Bundestagswahl 2013 spielte die Kernenergie keine Rolle mehr. In der folgenden Legislaturperiode einigte sich die Bundesregierung mit den Betreibern der Kernkraftwerke auf eine Neuregelung der nuklearen Entsorgung. Die Verantwortung für die strahlende Hinterlassenschaft verschlechterte die Kreditwürdigkeit der Stromkonzerne. Bei einer Unternehmenspleite aber wären die milliardenschweren Rückstellungen gefährdet gewesen. Zwischen- und Endlagerung liegen seitdem in der Verantwortung des Bundes. Der Rückbau der stillgelegten Reaktoren muss von den Betrei-

bern finanziert werden. Diese Lösung wurde auch parteipolitisch abgesichert, indem ein Grünenpolitiker als Vorsitzenden für die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs gewonnen wurde. Für hochradioaktiven Abfall soll bis 2031 ein Endlager gefunden werden. Es waren die Gegenkräfte aus Politik und Gesellschaft, die in demokratischer Kleinarbeit das nukleare Projekt unter Kontrolle brachten. Nicht unwesentlich aber trug zu dessen Ende auch die Macht des ökonomischen Wettbewerbs bei.

In seiner Zusammenfassung hebt Uekötter hervor, dass Demokratie kompliziert ist, aber von der Vereinfachung lebt. Pluralismus ist ein legitimes Anliegen. Das schließt auch Menschen ein, die auf der Suche nach alternativen Lebensentwürfen sind. Auf der Agenda der Auseinandersetzung um die zivile Nutzung der Atomkraft stand die Angst vor einer nuklearen Katastrophe ebenso wie die Rechtssicherheit für milliardenschwere Investitionen, die Annehmlichkeiten des Massenkonsums wie die Gesundheit von Polizisten und Demonstranten sowie die Stabilität einer Wirtschaftsordnung. Es zeigte sich, dass in der Bundesrepublik die Meinungsfreiheit funktionierte; dazu gehörten auch ganz wesentlich eine vielfältige Medienlandschaft und ein modernes Demonstrationsrecht. Die Bundesrepublik entwickelte sich zu einer „Verhandlungsdemokratie“. Dabei wurden große Themen behandelt, wie demokratische Teilhabe, Widerstandsrecht, Rechtsstaatlichkeit, Entscheidungsbefugnisse, Risiken für Mensch und Umwelt und die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Es zeigte sich, dass unser föderales System auf einer konsensorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung basiert.

Im Nachwort geht der Verfasser dann noch auf seine Arbeitsweise ein. Er registriert, dass historische Forschung häufig in Form von eng umgrenzten Einzeluntersuchungen betrieben wird. Fallstudien lassen sich problemlos als geschlossene akademische Einheiten schreiben. Die großen Linien aber werden dabei oft unscharf. Sein Anliegen ist es, mit der vorliegenden Darstellung Impulse für die Gesellschaft der Gegenwart zu geben. Demokratiegeschichte braucht die Solidität der empirischen Forschung, aber auch den Mut, große Linien zu ziehen.

Man möchte Uekötter und seinem engagiert geschriebenen Buch ein breites Publikum wünschen, gerade in der aktuellen Diskussion, da eine Verlängerung der Laufzeiten der noch tätigen Kraftwerke mit oft altbekannten Argumenten geführt wird. Neben den Fakten geht es auch um den Wert grundsätzlicher Gesprächsbereitschaft, die „Möglichkeit, dass auch der andere Recht hat“, wie es der Philosoph Hans-Georg Gadamer einmal gesagt hat.

Michael Wittig

Prädikat ‚Kulturerbe‘ – 20 Neuaufnahmen des Bundesweiten Verzeichnisses des Immateriellen Kulturerbes im Düsseldorfer Schauspielhaus geehrt

Jonas Leineweber / Maria Harnack

Mit einer Festveranstaltung wurden am 18. November 2021 zwanzig Neuaufnahmen des Bundesweiten Verzeichnisses des Immateriellen Kulturerbes im Düsseldorfer Schauspielhaus geehrt. 2021 hat erstmals das Land Nordrhein-Westfalen die Durchführung der Veranstaltung übernommen. Die Vertreterinnen und Vertreter der neu aufgenommenen Kulturformen waren der gemeinsamen Einladung der Deutschen UNESCO-Kommission und der Kultusministerkonferenz gefolgt und erhielten im Rahmen der Feierlichkeiten ihre Eintragungsurkunden. Gefördert wurde die Veranstaltung von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft sowie der Landesstelle Immaterielles Kulturerbe NRW, die an der Universität Paderborn am Lehrstuhl für Materielles und Immaterielles Kulturerbe eingerichtet ist. Isabel Pfeiffer-Poensgen, NRW-Ministerin für Kultur und Wissenschaft, und Christoph Wulf, Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission, würdigten die ausgezeichneten Kulturformen als Zeugnis der kulturellen Vielfalt in Deutschland.

Hintergrund – Das Bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes

Im Bundesweiten Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes werden fortlaufend kulturelle Ausdrucksformen dokumentiert, die in Deutschland ausgeübt und von Generation zu Generation weitergegeben werden. Für eine Aufnahme in das Bundesverzeichnis können sich die Kulturträger in einem mehrstufigen Bottom-Up-Verfahren bewerben.¹ Die zyklisch vorgenommenen Neuaufnahmen in das Verzeichnis werden mit einer entsprechenden Festveranstaltung geehrt. Die Ausrichtung der Veranstaltung wechselt periodisch zwischen den Bundesländern und oblag in diesem Jahr Nordrhein-Westfalen.

Begrüßung – Kulturerbe als Ort der Reflexion und des Selbstbewusstwerdens

Das von Ralf Brachtendorf, Referent im Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW, moderierte Programm wurde mit der offiziellen Begrüßung von Marlen Meißner

¹ Siehe zum Bewerbungsprozess: <<https://www.unesco.de/kultur-und-natur/immaterielles-kulturerbe/immaterielles-kulturerbe-werden>> (15.09.2022).

eröffnet. Sie leitet die Abteilung Erbe, Natur und Gesellschaft der Deutschen UNESCO-Kommission und stellte ihrem Eröffnungsbeitrag die Kulturdefinition aus der UNESCO-Erklärung von Mexico City 1982 voran: „Erst durch die Kultur drückt sich der Mensch aus, wird sich seiner selbst bewusst, erkennt seine Unvollkommenheit, stellt seine eigenen Errungenschaften in Frage, sucht unermüdlich nach neuen Sinngehalten und schafft Werke, durch die er seine Begrenztheit überschreitet.“ In diesem Sinne erzeuge das Immaterielle Kulturerbe Gefühle von Zugehörigkeit, Gemeinschaft und Identität. Die neu aufgenommenen Kulturformen, so Meißner, würden für die kulturelle Vielfalt und Diversität der Gesellschaft stehen.

Anschließend hieß der Generalintendant des Düsseldorfer Schauspielhauses, Wilfried Schulz, alle Gäste in seinem Haus willkommen. Es erfülle ihn mit Stolz, dass dieser Ort für die Urkundenübergabe ausgewählt worden sei, zumal das Schauspielhaus große inhaltliche Schnittmengen mit dem Immateriellen Kulturerbe habe, wie die Einträge Deutsche Theater- und Orchesterlandschaft, Poetryslam, Niederdeutsches Theater, Mundarttheater oder die neu aufgenommenen Kulturformen Kasperle- und Papiertheater eindrucksvoll zeigen würden. An diesem Ort werde sichtbar, dass Kultur ineinander übergehe, das Materielle und das Ideelle, das Professionelle und das Ehrenamtliche. Das Schauspielhaus sei ebenso wie die ausgezeichneten Kulturformen ein Reflexionsort, in dem Geschichte, Gegenwart und Zukunft verhandelt und verklammert würden. Diese Verklammerung der drei Zeitebenen wurde sodann auch lebhaft und leibhaft durch zwei künstlerische Inszenierungen des Schauspielhauses zum Ausdruck gebracht, die das Programm der Veranstaltungen zwischen den Grußworten und Urkundenübergaben rahmten. Studierende der Leipziger Mendelssohn Bartholdy Hochschule für Musik und Theater und ein Schauspieler des Ensembles performten zwei Auszüge aus dem Stück „Reality Check – eine Verschwörungssimulation“ und stellten damit die Bedeutung und den Wert der darstellenden Künste für das Immaterielle Kulturerbe heraus.



*Abb. 1: Studierende der Leipziger Mendelssohn Bartholdy Hochschule für Musik und Theater
(© Deutsche UNESCO-Kommission / Bettina Engel-Albustin)*

Grußwort von Isabel Pfeiffer-Poensgen – Immaterielles Kulturerbe als Ausdruck von Vielfalt, Nachhaltigkeit und Kreativität



Abb. 2: Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen

(© Deutsche UNESCO-Kommission / Bettina Engel-Albustin)

Dass das Bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes mit seinen nunmehr 126 Einträgen für Vielfalt, nachhaltige Entwicklung und Kreativität stehe, machte Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, in ihrem Grußwort deutlich. Die eingetragenen Kulturformen würden das Wissen und Können, die Kommunikation und die sozialen Interaktionen der Menschen in Deutschland repräsentieren. Für ihr großes zivilgesellschaftliches Engagement sprach sie den neuausgezeichneten Trägergruppen, die den mehrstufigen Prozess der Bewerbung erfolgreich durchlaufen hatten, ihre Anerkennung und Wertschätzung aus. Exemplarisch nahm sie Bezug auf das Bewerbungsverfahren und die Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Förderung des Immateriellen Kulturerbes in Nordrhein-Westfalen. Unterschiedlichste Organisationen und Institutionen würden sich hier mit großem Engagement für das Immaterielle Kulturerbe einsetzen. Neben den zahlreichen ehrenamtlichen Akteuren und den Kommunen würden unter anderem die Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe mit ihren Museen, Kommissionen und Kulturdiensten einen wertvollen Beitrag leisten. Für die Trägergruppen sei insbesondere die 2015 an der Universität Paderborn eingerichtete Landesstelle Immaterielles Kulturerbe NRW eine wertvolle Anlaufstelle, die die Akteure von der ersten Idee über die Antragsstellung, die verschiedenen Evaluationen bis hin zur Aufnahme und darüber hinaus begleite, berate und unterstütze. Mittlerweile seien sowohl im Bundesverzeichnis als auch im Landesinventar Immaterielles Kulturerbe NRW aus allen Teilen des Landes kulturelle Ausdrucksformen in den entsprechenden Listen vertreten. Die Repräsentation unterschiedlichster Regionen würde auch von den neueingetragenen Kulturformen ausgehen, die mit ihrer offenen, inklusiven und partizipativen Traditions-

pflge Ausdruck des vielfältigen kulturellen Lebens in Deutschland seien. Darüber hinaus würden die Trägergruppen „die historischen Dimensionen ihrer Kulturform differenziert und kritisch“ reflektieren, ihre kulturelle Praxis weiterentwickeln und generationsübergreifend vermitteln. Die verliehenen Urkunden seien hierfür ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung. Pfeiffer-Poensgen wünschte den Gruppen und Gemeinschaften, dass sich ihre mit der Aufnahme in das Bundesverzeichnis verbundenen Erwartungen erfüllen werden. Sie erhoffe sich für die Trägergruppen, dass von der Auszeichnung ein weiterer Motivations Schub ausgehe, um weiterhin mit viel Engagement für das Immaterielle Kulturerbe einzutreten.

Laudatio Christoph Wulf – Immaterielles Kulturerbe als performative Praktiken

Die Laudatio auf die neu aufgenommenen Kulturformen eröffnete Christoph Wulf, Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission sowie Vorsitzender des Expertenkomitees Immaterielles Kulturerbe, mit der Gratulation an die Trägergruppen. Das Bewerbungsverfahren sei spezifisch und zeichne sich durch den Bottom-Up-Ansatz aus, bei dem die zivilgesellschaftlichen Akteure selbst im Fokus stehen und für eine Aufnahme eintreten würden. Dieser von unten nach oben verlaufende Aufnahmeprozess unterscheide sich von anderen Nationen wie beispielsweise Japan, wo Kulturformen top-down ausgewählt würden. Der Vorteil des deutschen Verfahrens liege darin, dass Millionen Menschen beteiligt seien und diese Form von Kulturproduktion Sinn erzeuge. Beim Immateriellen Kulturerbe gehe es um Wissen und Können, um performative Praktiken, die im Unterschied zum materiellen Welterbe vom menschlichen Körper geprägt seien. Diese über den menschlichen Körper definierte kulturelle Praxis sei ein fortwährender Prozess, der neben Sinn auch Identität und Gemeinschaft stifte. Wulf ordnete ein, dass das Immaterielle Kulturerbe in ein „Gesamtkomplex“ von UNESCO-Programmen eingebettet sei, der nicht nur Kultur, sondern auch Natur und die Wechselseitigkeit beider Phänomene umfasse. So gebe es das Welterbe, das von materiellen Einzelexemplaren geprägt sei, das Immaterielle Kulturerbe, das sich durch Vielfalt und Variationen auszeichne, die Liste des Weltdokumentenerbes, in der dokumentarische Zeugnisse von außergewöhnlichem Wert für die Menschheitsgeschichte geführt würden, sowie die auf Landschaften und Regionen bezogenen Programme der Geoparks und der Biosphärenreservate. In diesem Gesamtkontext würden die Trägergruppen des Immateriellen Kulturerbes eine zentrale Rolle spielen, indem sie ihre Praktiken innerhalb eines normativen Rahmens immer wieder neugestalten und fortlaufend weiterentwickeln würden. Abschließend dankte Wulf auch den am Bewerbungsverfahren beteiligten Institutionen und Gremien, wie dem Expertenkomitee der Deutschen UNESCO-Kommission sowie den verschiedenen Ministerien und der Kultusministerkonferenz für die länderübergreifende Zusammenarbeit und für den guten Austausch.

Urkundenübergabe



Abb. 3 (von links): Christoph Wulf (Deutsche UNESCO-Kommission), Hildegard Kaluza (Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW) und Tobias Kopka (Demoszene) bei der Urkundenübergabe (© Deutsche UNESCO-Kommission / Bettina Engel-Albustin)

Nach der Laudatio erfolgte die Urkundenübergabe an die Trägergruppen, die von Hildegard Kaluza, Abteilungsleiterin Kultur im Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW, vorgenommen wurde. Die jeweils geehrten Kulturformen stellte Moderator Ralf Brachtendorf vorab in einem Kurzporträt vor. Die angereisten Vertreterinnen und Vertreter der Trägergruppen hatten im Anschluss die Möglichkeit zu einem Statement. Diese ermöglichten einen Einblick, welche Aspekte und Effekte die Trägergruppen mit der Aufnahme in das Verzeichnis verbinden. Die Akteure der Kulturformen betonten in ihren Beiträgen insbesondere zwei Aspekte, die von der Auszeichnung ausgehen würden: Visibilität und Valorisierung.

Statements der Trägergruppen – Sichtbarkeit und Wertschätzung

Stellvertretend seien im Folgenden einige Statements auszugsweise vorgestellt. Die Vertreter der ausgezeichneten Deutschen Gebärdensprache betonten in ihrer Danksagung, dass sich Gebärdensprechende früher für ihre Kommunikationsform geschämt hätten. Mittlerweile habe man sich geöffnet, sei stolz auf die gemeinsame Sprache und habe nun mit der Aufnahme in das Bundesverzeichnis ein sichtbares Zeichen der gesellschaftlichen Anerkennung erhalten. Der Vertreter der Demoszene – als der ersten und bislang einzigen digitalen Kulturform im Verzeichnis – verstand die Aufnahme als große Anerkennung und

Wertschätzung digitaler Kultur. Mit der Bewerbung sei nicht nur bei den Akteuren, sondern auch bei den involvierten Institutionen ein Reflexionsprozess hinsichtlich des Umgangs mit digitalen Kulturformen einhergegangen. Die Aufnahme der Demoszene sei Motivation und Ausgangspunkt, um weitere Schritte auf internationaler Ebene zu forcieren. In Finnland sei die Demoszene nun auch im nationalen Landesverzeichnis gelistet, in Polen stehe ein entsprechender Antrag kurz vor dem Abschluss. Die Vertreterin der neu aufgenommenen Kulturform Idee und Praxis der Kunstvereine sprach davon, dass durch die Auszeichnung die Kulturform „im Bewusstsein von Politik und Gesellschaft stärker verankert wird“. Als eine „hohe Würdigung“ und einen „Freudentag“ verstand der Vertreter des Kamenzer Forstfestes die Urkundenübergabe. Von einer „großen Ehre für das kleine Papiertheater und die noch kleineren Schauspieler“ sprach dessen Vertreterin. Die Vertreterin der Gemeinwohlorientierten Sportvereinskultur bezeichnete die Eintragung als Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement, als „Anerkennung für diese Arbeit.“ Die Vertreterinnen der Streuobstwiesen bezeichnete die Aufnahme und die Veranstaltung als „langeersehnten Applaus“ und „Wertschätzung für die Ehrenämter“. Die stillen Akteure, die als Mitträger des kulturellen Gedächtnisses die traditionelle Bewässerung der Wasserwiesen in Franken durchführen und weitergeben würden, seien durch die Aufnahme der Kulturform sichtbar gemacht worden, so der Sprecher der Antragssteller. Die gewonnene Sichtbarkeit sei eine Chance für die Weitergabe des Wissens und Könnens von Generation zu Generation und die fortlaufende Aktualisierung der Tradition. Der Vertreter der traditionellen Karpfenwirtschaft in Bayern bedankte sich auch dafür, dass der Kulturbegriff der UNESCO weit gefasst werde, was sinnvoll und wertvoll sei.

Neuaufnahmen im Überblick

Eine Liste aller zwanzig im Rahmen der Veranstaltung gewürdigten Kulturformen ist auf der Seite der Deutschen UNESCO-Kommission mit entsprechenden Hintergrundinformationen aufgeführt.²

Mit der Urkundenübergabe endete das offizielle Programm und ging in einen Empfang über, der Möglichkeit zu Austausch und Vernetzung bot.

² Siehe hierzu: <<https://www.unesco.de/kultur-und-natur/immaterielles-kulturerbe/20-neueintraege-ins-bundesweite-verzeichnis-des>> (15.09.2022).

28. Jahrestagung zu Fragen der Geschichte: „Heimat – Ort und Identität“, Universität Paderborn, 6.11.2021

Paul Duschner

Am 6. November 2021 fand die 28. Jahrestagung zu „Fragen der Geschichte“ mit dem Thema „Heimat – Ort und Identität“ statt, organisiert von Prof. Dr. Eva-Maria Seng, Prof. Dr. Frank Göttmann und Dr. Maria Harnack vom Historischen Institut der Universität Paderborn. Gegenstand der Vorträge und Diskussionen war die Erörterung des Konzepts „Heimat“ im Spannungsfeld zwischen Selbstverortung und Zuschreibung, zwischen Sehnsuchtsort und Zwangsinstitution, Inklusion und Exklusion sowie die Suche nach einem reflektierten Heimatbegriff. Die Referenten der diesjährigen Tagung waren die Kieler Ethnologin Prof. Dr. Silke Göttisch-Elten, die Leipziger Medienwissenschaftlerin Dr. Judith Kretzschmar, der Freiburger Kulturanthropologe Prof. Dr. Werner Mezger, aus Paderborn der Kulturwissenschaftler Jonas Leineweber, der Geschichtsdidaktiker PD Dr. Olaf Hartung und die Studierenden Lena Elster und Eric Watermeier sowie der Leipziger Geobotaniker Prof. Dr. Hansjörg Küster. Die Tagung wurde von Eva-Maria Seng mit einer Begrüßung der Referierenden, Beiträger und Teilnehmer im Namen der Veranstalter und des Historischen Instituts sowie mit einem Grußwort der Universitätspräsidentin Prof. Dr. Birgitt Riegraf eröffnet.

In ihrem Vortrag „Heimat – zur Karriere eines umstrittenen Begriffs“ zeichnete Prof. Dr. Silke Göttisch-Elten die Verwendungskontexte und wechselnden Bedeutungen von „Heimat“ seit dem 11. Jahrhundert nach. So handelte es sich im Mittelalter und der Früher Neuzeit um einen reinen Rechtsbegriff ohne jene sentimentale Aufladung, die ihm ab dem 19. Jahrhundert zuteilwurde. Erst dann bezeichnete „Heimat“ einen bürgerlichen Sehnsuchtsort, mit dem auf eine vorindustrielle, ländliche Idylle verwiesen werden konnte, oder wurde sie zum Kampfbegriff, der sich in totalitäre Ideologien integrieren ließ. In der Bundesrepublik diente „Heimat“ als sozialer Bezugspunkt, etwa für die Begründung von Gebietsansprüchen durch Vertriebene, und wurde von der Protestbewegung gegen die Kernenergie aufgegriffen. Heute, so Göttisch-Elten, stünden sich verschiedene Heimatbegriffe gegenüber. Neben dem konservativen gebe es ein dynamisches Verständnis von Heimat.

Dr. Judith Kretzschmar referierte über die „Heimat zwischen Nation und Emotion. Kontinuitäten und (Um-)Brüche in DDR und Ostdeutschland“. Ihre Ausführungen stützte sie auf zeitgenössisches Filmmaterial. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei der Begriff „Heimat“ aufgrund seiner unter der NS-Diktatur erfolgten ideologischen Aufladung zunächst strikt vermieden, dann jedoch mit neuen Inhalten gefüllt worden. Ergebnis war ein in den 1950er-Jahren entwickelter, in den folgenden Jahrzehnten wiederholt modifizierter, sozialis-

tischer Heimatbegriff. Dieser zielte auf die Darstellung der DDR als dem besseren der beiden deutschen Staaten, der Lenkung von Lokalpatriotismus auf den Staat und die Erhöhung der Aufbau- und Verteidigungsbereitschaft. Infolge der Wiedervereinigung finde sich ein rückwärtsgewandter Heimatbegriff im Kontext der sogenannten Ostalgie.

In seinem Vortrag erörterte Prof. Dr. Werner Mezger die Frage „Heimat und Bräuche: Hat die Vergangenheit noch Zukunft?“. So gelte der Begriff des „Brauchs“ gegenwärtig als antiquiert, von „Heimat“ sei jedoch sowohl in ernsten als auch in ironisierenden Kontexten die Rede, als Wiederbesinnung auf das, was nicht als Teil einer globalen Einheitskultur verstanden werde. Heimat sei ein höchst individuelles Konstrukt. Hieraus ergibt sich für Mezger die Verantwortung, sie lebenswert und inklusiv zu gestalten. Die fehlende Thematisierung von „Heimat“ mit Blick auf die gegenwärtige Migration zeige, wie dieses Konzept auch exkludierend benutzt werden könne. In der Gegenwart seien die für die Definition von Heimat bedeutenden Kulturdimensionen Zeit, Raum und Gesellschaft in Bewegung geraten. Bräuche als gemeinschaftliches Handeln mit innerem Sinn würden ebenfalls einer Dynamik unterliegen. Sie seien Ausdruck von Aushandlungsprozessen um Zyklicität, lokale Besonderheit und der Suche nach Identität, als deren Sündenfall die Kommerzialisierung gelte.

Jonas Leineweber referierte zum Thema „Heimat und Immaterielles Kulturerbe. Gesellschaftliche Rituale, Bräuche und Feste als Ausdruck lokaler und regionaler Identität“. Den Gegenstand seiner Überlegungen bildeten der Rheinische Karneval und das Westfälische Schützenwesen. Wie der moderne Heimatbegriff seien diese in ihrer bis heute vertrauten Form erst durch das Bürgertum des 19. Jahrhunderts entwickelt worden, gleichsam in Reaktion auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse. Seither hätten Karneval und Schützenwesen als Beispiele für „*invented traditions*“ (Hobsbawm und Ranger) und als immaterielles Kulturerbe eine ausgeprägte identitäts- und gemeinschaftsstiftende Funktion. Sie seien damit auch ein wichtiger Bestandteil von Heimatvorstellungen. Letzteres konnte Leineweber anhand der Ergebnisse aktueller Befragungen untermauern, wobei das Schützenwesen mehr mit der Vorstellung von lokalen Identitäten und der Karneval eher mit denen regionaler Identität verbunden werde.

„Heimat im Museum – die Konstruktion lokaler Identität im Spannungsfeld von Exklusion, Integration und Inklusion“ bildete den Gegenstand von PD Dr. Olaf Hartungs Vortrag. Ausgehend von Überlegungen zum Wesen des Museums als einem Ort der absichtsvollen Kommunikation und zum Begriff „Heimatismuseum“ argumentierte Hartung anhand von Beispielen aus der deutschen Museumsgeschichte, dass die exkludierenden und inkludierenden Dimensionen des Heimatbegriffs auch den Heimatmuseen von Beginn an inhärent waren. Dazu zeichnete er die Entwicklung dieses Museumstyps seit dem 19. Jahrhundert mit seinen verschiedenen Gründungswellen und sich verändernden Funktionen und inhaltlichen Ausrichtungen nach. In Abgrenzung zu und im Wissen um die früheren nationalistischen sowie völkisch-rassistischen Konzepte versuchten heutige Heimatmuseen sich bewusst als Orte der regionalen Inklusion zu positionieren.

Die Studierenden Eric Watermeier und Lena Elster präsentierten ihre im Hauptseminar „Heimat – Ort und Identität“ unter Leitung von Professor Seng entwickelten

Einsichten zu „Heimat(en), ein Konzept zwischen Dynamik und Individualismus“. Sie erörterten das Verhältnis von Heimat zu Identität, Sprache und Architektur. Die Bedeutung von Bauwerken für die Identifikation von Heimat erläuterten sie anhand der Paderborner Altstadt und ihrem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Dessen Anliegen sei es nicht nur gewesen, die Stadt autogerechter zu gestalten und mit Grünflächen zu versehen, sondern auch die als charakteristisch empfundenen Gebäude und Gebäudeensembles wiederherzustellen. Ferner diskutierten Watermeier und Elster die These, wonach es im Einklang mit der heutigen Mobilität möglich sei, über mehrere gleichberechtigte Heimaten zu verfügen. Im Rahmen ihres Vortrags präsentierten sie auch einige Produkte der „Filmwerkstatt“ des Seminars.

Mit Prof. Dr. Hansjörg Küster referierte ein Naturwissenschaftler zum Thema „Heimat im Wald“. Wie jede Landschaft existiere der Wald als natürliches und kulturelles Phänomen sowie als Idee. Keiner dieser drei Aspekte sei stabil. So hätten die Menschen schon in der Ur- und Frühgeschichte Einfluss auf die Vegetation des Waldes ausgeübt. Die Praxis wechselnder Siedlungsorte habe Tacitus zu der Feststellung verleitet, die „Germanen“ würden im Wald leben. Mit der Etablierung fester Siedlungen einhergehen musste die Abholzung von Wäldern und in Reaktion darauf die Idee der nachhaltigen Nutzung. Diese sei aus wirtschaftlicher Notwendigkeit aufgekommen und habe ursprünglich nichts mit „Heimat“ zu tun gehabt. Die neuzeitliche Aufforstung mit Fichten sei dann zwar als Wiederherstellung von Heimat verbrämt worden, doch folgte auch sie primär wirtschaftlichen Belangen. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert habe die Idee des dichten Waldes als des Siedlungsraums der „Germanen“ oder Deutschen eine wichtige Rolle in der Abgrenzung gegenüber Frankreich gespielt.

Nach einer Abschlussdiskussion wurden alle Teilnehmer zur nächsten Jahrestagung zu „Fragen der Geschichte“ eingeladen, welche im November 2022 zum Thema „Luxus – Distinktion und Repräsentation. Ein zeitloses Phänomen?“ stattfinden wird.

Tagungsbericht „Young Universities“, Paderborn, 22.–24.6.2022

Friederike Horgan

Die Tagung fand im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums der Universität Paderborn ebendort statt und untersuchte die wissenschafts- und hochschulpolitischen Herausforderungen sogenannter „Junger Universitäten“, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegründet wurden.

Die Tagung eröffnete Prof. em. Dr. Mitchell ASH (Wien) mit einem inter- und transnationalen Überblick über den Wandel von Universitäten nach 1945. Die Veranstalter, Prof. Dr. Rainer PÖPPINGHEGE und Prof. Dr. Peter FÄSSLER (beide Paderborn), stellten als Ziel der Tagung die Thematisierung des Zusammenhangs der Praxisausrichtung junger Hochschulen mit einer Akademisierung der Studierenden und das Spannungsgefüge von Demokratisierungs- und Wettbewerbsgedanken heraus.

Im ersten Panel referierte Prof. Dr. Edith GLASER (Kassel) über das Studium der Romanistik in der Lehrer:innenausbildung an Universitäten. Danach stellte Andreas RÖSS (Bremen) ein Projekt aus einer interdisziplinären Forschungsgruppe zum Wettbewerb geisteswissenschaftlicher Fächer vor. Zuletzt thematisierte Dr. Elisa SATJUKOW (Leipzig) die Rolle der Geschichte Osteuropas in der Geschichtswissenschaft.

Am Anfang des zweiten Panels wurde das niederländische Hochschulsystem und dahinterstehende Konzepte besonders mit Blick auf junge Hochschulen vorgestellt (Prof. Dr. Barend VAN DER MEULEN, Twente). Daraufhin gab MCF Dr. Olivier MARTY (Aix-en-Provence/ Marseille) einen Einblick in die Geschichte der Universität Paris 8, eine von zehn Institutionen, die bei der Aufteilung der Universität von Paris im Jahr 1968 entstand. Im Anschluss daran behandelte Dr. Emilia ROBIN (Paris) die Universität Paris 11 im Süden der Stadt mit einem Campus in Orsay. Zum Abschluss dieses Panels sprach MCF Dr. Magali HARDOUIN (Rennes) über die Internationalisierung der Promotion an französischen Universitäten.

Die Tagung wurde an diesem Abend mit einer von Peter FÄSSLER geleiteten Podiumsdiskussion zwischen Prof. em. Dr. Hans-Joachim BIEBER (Kassel) und Dr. Grit WÜRMSEER (Hannover) zu den Herausforderungen und Chancen des kontinuierlichen Wandlungsdrucks besonders für junge Hochschulen beendet.

Das dritte Panel begann mit einem Vortrag von Piotr BUDZYŃSKI (Łódź) über die kommunistische Reform des polnischen Hochschulsystems. Dann wurde der Wandel junger Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung von Prof. Dr. Peer PASTERNAK (Halle a. d. Saale) umrissen. Der abschließende Vortrag der Tagung von Rainer PÖPPINGHEGE behandelte die Konflikte um die Hochschulautonomie in der Gesamthochschule Paderborn.

In einem Abschlusskommentar fasste Peter FÄSSLER zusammen, dass dem Reformbedarf im Bildungssystem in den meisten Ländern mit einer Bildungsexpansion begegnet worden sei. Diese habe auf Bildungsteilhabe, Demokratisierung, das Ausschöpfen von brachliegendem Produktionspotenzial und den Effizienz- sowie Wettbewerbsgedanken gezielt. Viele der neuen Konzepte seien jedoch nur bedingt umgesetzt worden.

Publikationsanzeige: Michael Wittig/ Mafalda Wittig: Das Osmanische Reich. Großmacht zwischen Abendland und Orient (EinFach Geschichte ... unterrichten), Paderborn 2022, 96 S., 23,00 €.

„Das haben Sie nicht umsonst studiert. Daraus mache ich noch ein Schulbuch.“ Das sagte ich den Studierenden, als ich 2019 meine Lehrtätigkeit an der Universität Paderborn beendete. Die meisten von ihnen waren Lehramtskandidatinnen und Lehramtskandidaten; viele dieser Studierenden besuchten über mehrere Semester, mehr als die Pflicht verlangte, die Veranstaltungen zur Geschichte des Osmanischen Reiches. Viele von ihnen hatten auch familiäre Wurzeln in jener Region.

Mich hat diese Geschichte so fasziniert, weil wir hier die Fortsetzung der uns aus der Schule bekannten Geschichte und Kultur des Römischen Reiches erleben, unter den geänderten Bedingungen einer sich verändernden Bevölkerungsstruktur – ein sehr aktuelles Thema auch in Deutschland heute, mit all den Verstrickungen, Ähnlichkeiten und Abgrenzungen. Eine Besonderheit der Geschichte des Osmanischen Reiches war ein Modell für ein erfolgreiches Zusammenleben der verschiedenen in ihm wohnenden Völker, das über weite Strecken seiner Geschichte funktionierte. Es gab Zeiten, in denen viele Menschen in Europa die Kultur der Osmanen bewunderten, eine Fahrt mit dem Orientexpress galt als Traumreise.

Umso mehr hat es mich gefreut, dass die Herausgeber der Schulbuchreihe EinFach Geschichte ... unterrichten beim Westermann Bildungsmedien Verlag, Marco Anniser und Oliver Satter, die Idee gleich aufgegriffen haben; wir standen die ganze Zeit über mit dem Verlag in direktem, stets aufmunterndem und hilfreichem Kontakt. Unterstützung haben wir auch erfahren vom Redaktionsteam im Verlag unter der Leitung von Julia Wolff.

Gefreut hat mich ebenfalls, dass meine Tochter Mafalda, die gerade am Ende ihres Lehramtsstudiums stand, bereit gewesen ist, mit mir zusammenarbeiten; sie hat letztlich den methodisch-didaktischen Teil verantwortet. Besondere Anliegen waren ihr, einen fächerübergreifenden Unterricht anzuregen sowie die Aufgaben so zu gestalten, dass sie zu dem je individuellen Leistungsniveau einer Schülerin, eines Schülers passen. Dabei geht es nicht um Methoden oder Moden, sondern um das Wissen, dass jeder Mensch ein Individuum ist, mit je eigenen Stärken und seiner Art des Herangehens an einen Inhalt. Die Schule ist der Ort, um auch den Umgang damit zu erlernen, zu erfahren, dass der Austausch einen Zugewinn bringen kann, für den Einzelnen und die Gesellschaft.

Das Buch ist in fünf Kapitel, „Bausteine“ genannt, unterteilt.: Es beginnt mit der Reichsteilung in Ost- und Westrom, unter dem Titel „Ost und West entfremden sich“. Im zweiten Baustein werden das Wachsen und der Aufbau des Staates der Osmanen, Profiteur dieser Entfremdung, unter der Überschrift „Ein Moslem wird Kaiser der Römer“ behandelt. Die neue Qualität, die das Osmanische Reich unter Selim I. erlebte, kommt im Kapitel „Das Osmanische Reich wird zur islamischen Vormacht“ angesprochen. „Das Osmanische Reich – Einbindung in die europäische Staatenwelt“ führt von den unterschiedlichen Interessen der europäischen Großmächte bis hin zum Untergang des Reiches im Ersten Weltkrieg. Abschließend werden unter „Erbe des Osmanischen Reiches“ all jene

Staaten aufgezählt, die aus dem Großreich herausgelöst wurden und heute oft Problemregionen sind. Jeder dieser Bausteine enthält eine Reihe Arbeitsblätter mit einem einführenden Text, Aufgaben und Lösungen.

Das Coverfoto des Schulbuchs zeigt die Hagia Sophia, Inbegriff einer kultur- und glaubensübergreifenden Geschichte. So verweist der Bau der „Kirche der Heiligen Weisheit“ allein schon vom Namen her auf die griechische Geschichte am Bosphorus und in Kleinasien, beginnend mit Byzas, dem Anführer einer Auswanderergruppe aus Griechenland, die hier als Erste am Zugang zum Schwarzen Meer eine Siedlung bauten. Ihnen folgten der römische Kaiser Konstantin, der die Stadt an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien zur Hauptstadt des Römischen Reiches machte, und später Kaiser Justinian, der den Prachtbau der Großkirche als Ausdruck einer weltumspannenden Herrschaft errichten ließ. Und schließlich Mehmet II., der sich als Eroberer der Stadt in die Reihe der römischen Kaiser stellte, als Herrscher über ein Reich mit überwiegend christlicher Bevölkerung. Als Zeichen des muslimischen Glaubens baute er über den Ruinen der seit dem Vierten Kreuzzug, der Eroberung Konstantinopels durch christliche Ritter aus dem Westen, zerstörten Apostelkirche die Eroberer-Moschee, mehr als ein Bau für Gebete ein Komplex mit Bildungseinrichtungen, einem Hospiz, einer Armenküche und einem öffentlichen Bad. Erst im 16. Jahrhundert änderte sich das Verhältnis von Christen und Muslimen im Land, nachdem Sultan Selim I. die Grenze zu den Persern gesichert und damit zugleich den Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten zu einem Politikum gemacht hatte; anschließend konnte er Syrien, Ägypten und den Hedschas erobern, womit er nicht nur den für Muslime heiligen Ort Mekka unter seine Kontrolle brachte, sondern v. a. durch die Araber die Muslime im Reich zur Mehrheit avancierten. Das Millet-System, die Gliederung der Bevölkerung nach Religionsgemeinschaften, die sich selbst verwalteten, unterschied diesen Vielvölkerstaat wesentlich vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, aber auch von dem der Habsburger oder dem Russischen Reich. Eine spannende Geschichte, die es wert ist, erzählt zu werden, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Das Buch hat mit seinem Thema (bisweilen) ein Alleinstellungsmerkmal in der Reihe der deutschen Schulbücher.

Michael Wittig

Autoren und Autorinnen

PAUL DUSCHNER, M. A., Studium der Geschichte und Englischen Philologie an der LMU München sowie im Bereich Kulturerbe an den Universitäten Paderborn und Le Mans. Er war 2018 Stadtschreiber-Stipendiat des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn und ist derzeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Materielles und Immaterielles Kulturerbe.

DR. MARIA HARNACK, Studium der Kunstgeschichte und Geschichte in Berlin, Maastricht und Münster, anschließende Tätigkeit am Kunsthistorischen Institut der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster. Ihre Promotion, gefördert von der Gerda-Henkel-Stiftung, handelte vom kulturellen Austausch zwischen den Niederlanden und Italien im 16. Jahrhundert. Seit 2015 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Materielles und Immaterielles Kulturerbe an der Universität Paderborn.

SEBASTIAN HOMBITZER, B. Sc. & B. A., geb. 1992, Studium des Wirtschaftsingenieurwesens sowie anschließend der Philosophie und Geschichte an den Universitäten Bayreuth und Paderborn. Seit 2018 war er Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Frühneuzeitgeschichte an der Universität Paderborn und ist 2022 zur Vorbereitung eines Forschungsvorhabens in diesem Feld an die Universität Bielefeld gewechselt.

FRIEDERIKE HORGAN, M. A., Studienfächer Englisch, Evangelische Theologie und Geschichte an der Universität Paderborn, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Paderborn. Ihr Forschungsinteresse gilt der Geschichte des Humanitarismus und der Internationalen Geschichte.

JONAS LEINEWEBER, M. Ed., geb. 1994, Studium der Fächer Geschichte und Germanistik, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Tradition im Wandel“ am Lehrstuhl für Materielles und Immaterielles Kulturerbe der Universität Paderborn sowie Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er forscht zu Ritualen, Bräuchen und Festen, Vereinswesen und zivilgesellschaftlichem Engagement.

CHRISTINA LÜKE, B. A., Studiengang Master of Education, Wissenschaftliche Hilfskraft im Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Historischen Instituts der Universität Paderborn. Forschungsinteressen bilden die Umwelt- und Sozialgeschichte, Prekarisierungsprozesse und ihre Folgen sowie die Medizin-, Hygiene- und Gesundheitsgeschichte des 19. Jahrhunderts.

JAN CHRISTIAN PINSCH, M. A., geb. 1988, Studium der Medienwissenschaften und Komparativen Theologie, Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Kirchengeschichte am Institut für Evangelische Theologie der Universität Paderborn. Er promoviert zu Erscheinungsformen des Biblizismus, religiösem Othering und rechtskonservativem Christentum in Lippe.

PROF. DR. RAINER PÖPPINGHEGE, lehrt seit 1998 Neueste Geschichte am Historischen Institut der Universität Paderborn. Im Jahr 2022 war bzw. ist er mit der wissenschaftlichen Begleitung des Jubiläums der Universität betraut und widmete sich u. a. ausgewählten Aspekten der Gründungsphase 1972–1976.

MARIA ANNA WEILAND, geb. 1962, selbständige Designerin, seit 2019 Studium der Geschichte und deutschsprachigen Literatur an der Universität Paderborn mit Schwerpunkten in den Bereichen des Kulturerbes und der älteren deutschen Sprache.

DR. THEOL. HABIL. MICHAEL WITTIG, geb. 1949, von 2012 bis 2019 Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Paderborn, fachliche Schwerpunkte auf Südosteuropa, dem Byzantinischen Reich und dem Osmanischen Reich. Er ist Erster Vorsitzender des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn.

Der Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.

Der Verein für Geschichte (VfG) ist 1983 gemeinsam von Studierenden und Lehrenden an der Paderborner Hochschule gegründet worden. Ziel war und ist es nach wie vor, Forschungen zur Geschichte – insbesondere des westfälischen Raumes – zu fördern und durch Publikation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck gibt der VfG mehrere Buchreihen heraus: Die *Paderborner Historischen Forschungen* (PHF), die *Paderborner Beiträge zur Geschichte* (PBG) und, in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Paderborn, die *Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte*.

Unsere Mitglieder erhalten von den seitens des Vereins für Geschichte herausgegebenen Büchern je ein kostenloses Exemplar als Arbeitsgrundlage. Ältere Veröffentlichungen können zu einem günstigen Mitgliederpreis erworben werden.

Daneben existiert mit den *Paderborner Historischen Mitteilungen* (PHM) ein weiteres Publikationsorgan, welches im Wesentlichen für kleinere Arbeiten gedacht ist. Neben regionalgeschichtliche Fragen behandelnden Aufsätzen und Miszellen, die den inhaltlichen Schwerpunkt bilden, ist hier Raum für Beiträge aus dem gesamten Spektrum historischer Forschung.

Ein weiteres Anliegen des VfG betrifft den Informations- und Gedankenaustausch zwischen historisch Interessierten. Ein Forum hierzu bietet der *Historische Gesprächskreis*, der etwa dreimal jährlich unter einer bestimmten Themenstellung stattfindet. Die Termine werden jeweils in den *Mitteilungen* und auf unserer Homepage angekündigt.

Wir arbeiten übrigens ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich allein durch die Mitgliedsbeiträge (derzeit 30,00 € pro Jahr/ Studierende 15,00 €) und Spenden.

Sie möchten auch Mitglied werden? Kein Problem!

Sie können uns schreiben:

**Verein für Geschichte an der Universität
Paderborn e.V.
c/o Die Sprachwerkstatt GmbH
Stettiner Straße 40–42
33106 Paderborn**

Oder anrufen:

Hubert Tietz M.A. 05251/77999-0

Oder eine E-Mail schicken:

vfg@die-sprachwerkstatt.de

Wir freuen uns! Übrigens – als neues Vereinsmitglied erhalten Sie mit dem „Paderborner Künstlerlexikon“ ein attraktives und hochwertiges Begrüßungsgeschenk.

ANSPRECHPARTNER AN DER UNIVERSITÄT:

Apl.-Prof. Dr. Michael Ströhmer
(N4.116; Tel. 60-2473)

Prof. Dr. Frank Göttmann
(W1.209; Tel. 60-2437)

Prof. Dr. Eva-Maria Seng
(W1.111; Tel. 60-5488)

Sie können uns auch auf unserer Homepage besuchen:

www.vfg-paderborn.de

Vereinsveröffentlichungen

Die vom Verein für Geschichte herausgegebenen Bücher erhalten Sie im Buchhandel. Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen:

Verlag für Regionalgeschichte

Windelsbleicher Straße 13
33335 Gütersloh
Postfach 120423
33653 Bielefeld

Telefon 05209 / 6714
Telefax 05209 / 6519
regionalgeschichte@t-online.de
www.regionalgeschichte.de

Vereinsmitglieder können, sofern sie direkt beim Verlag bestellen, unter Angabe ihrer jeweiligen Mitgliedsnummer unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis beziehen!

Paderborner Historische Forschungen (PHF)

Bd. 1: MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802-1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, Schernfeld 1988, 504 S., Abb.

Bd. 2: UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832-1926), Schernfeld 1992, 262 S., Abb.

Bd. 3: FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands – eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bombenkrieg 1944/45, Schernfeld 1993, 336 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 4: LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, 253 S., Abb.

Bd. 5: THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung, Lehrer, Schullokale, Vierow 1995, 400 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: LUDGER GREVELHÖRSTER/ WOLFGANG MARON (Hg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd. 7: MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, 350 S., Abb.

Bd. 8: KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., Abb.

Bd. 9: DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 10: KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945-1948, Köln 1999, 128 S., Abb.

Bd. 11: FRANK GÖTTMANN/ PETER RESPONDEK (Hg.), Historisch-demographische Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.-20. Jahrhundert), Köln 2001, 198 S., Abb.

Bd. 12: BIRGIT BEDRANOWSKY, Neue Energie und gesellschaftlicher Wandel. Strom und Straßenbahn für das Paderborner Land, Köln 2002, 271 S., Abb.

Bd. 13: BARBARA STAMBOLIS (Hg.), Frauen in Paderborn. Weibliche Handlungsräume und Erinnerungsorte, Köln 2005, 494 S., Abb.

Bd. 14: HERMANN FREIHERR VON WOLFF METTERNICH, Ein unbehagliches Jahrhundert im Rückblick, Köln 2007, 275 S., Abb.

Bd. 15: KLAUS HOHMANN (Hg.), Die Paderborner Friedhöfe von 1800 bis zur Gegenwart, Köln 2008, 672 S., 400 Abb.

Bd. 16: SIMONE BUCKREUS, Die Körper eine Regentin – Amelia Elisabeth von Hessen-Kassel (1602-1651), Köln 2008, 196 S., 7 Abb.

Bd. 17: MICHAEL STRÖHMER, Jurisdiktionsökonomie im Fürstbistum Paderborn – Institutionen – Ressourcen – Transaktionen (1650-1800), Münster 2013, 376 S., 38 Abb. u. Tab.

Bd. 18: FRIEDRICH BOCK, Paderborner Tagebuch 1939-1945, Bielefeld 2019, 310 S. Abb. u. Tab.

Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)

Bd. 1: DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., Abb.

Bd. 2: REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

Bd. 3: DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., Abb.

Bd. 4: JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Paderborn, bearb. von Friedhelm Golücke, Paderborn 1990, 143 S., Abb.

Bd. 5: DIDIER VERSCHELDE/ JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn-Brackwede (Bielefeld) 1845-1994, Vierow 1995, 151 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, 115 S., Abb.

Bd. 7: MARC LOCKER/ REGINA PRILL/ EVA MARIA KÜHNEL/ MELANIE KNAUP/ CARSTEN SCHULTE u. a. (Bearb.), Als die Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939-1945, Vierow 1998, 175 S., Abb.

Bd. 8: BARBARA STAMBOLIS, Luise Hensel (1798-1876) Frauenleben in historischen Umbruchzeiten, Vierow 1999, 114 S., Abb.

Bd. 9: KLAUS ZACHARIAS, Zur Geschichte des Kapuzinerklosters in Paderborn 1612-1834. Das „Jahrbuch der Capuziner in Paderborn“ des P. Basilius Krekeler von 1859, Vierow 1999, 109 S., Abb.

Bd. 10: MARGIT NAARMANN, Ein Auge gen Zion... Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939-1943, Köln 2000, 184 S., Abb.

Bd. 11: UDO SCHLICHT, „Holzhauer“ und feine Gefäße. Die Glashütten im Fürstbistum Paderborn zwischen 1680 und 1800, Köln 2000, 149 S., Abb.

Bd. 12: BRITTA KIRCHHÜBEL, Die Paderborner Intelligenzblätter (1772 bis 1849), Köln 2003, 162 S., Abb.

Bd. 13: BETTINA BRAUN/ FRANK GÖTTMANN/ MICHAEL STRÖHMER (Hg.), Geistliche Staaten im Nordwesten des Alten Reiches. Forschungen zum Problem frühmoderner Staatlichkeit, Köln 2003, 304 S., Abb.

Bd. 14: DELPHINE PRADE, Das Reismann-Gymnasium im Dritten Reich. Nationalsozialistische Erziehungspolitik an einer Paderborner Oberschule, Köln 2005, 214 S., Abb.

Bd. 15: ULRICH CHYTREK, Der Telegraf von Prof. Gundolf aus Paderborn von 1850. Eine zeitgeschichtliche Einordnung, Köln 2006, 120 S., Abb.

Bd. 16: CAROLIN MISCHER, Das Junkerhaus in Lemgo und der Künstler Karl Junker. Künstlerisches Manifest oder Außenseiterkunst, Köln 2011, 104 S., Abb.

Bd. 17: WIEBKE NEUSER, Die Feuerbestattung in Preußen und in Hagen. Der Krematoriumsbau von Peter Behrens (1904-1908), Gütersloh 2016, 104 S., 20 Abb.

Bd. 18: JOHANNES STÜER, Der Röhrentruher Rezess von 1617. Religion und Politik in Lippe am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges, Bielefeld 2017, 141 S., 9 Abb.

Bd. 19: JONAS LEINEWEBER/ PETER KARL BECKER / DAGMAR TROSKA / PHILIPP RUSTEMEIER, Das Schützenwesen in Westfalen als Immaterielles Kulturerbe. Tradition im Wandel: Entwicklungen, Kontinuitäten und Zukunftsperspektiven, Bielefeld 2020, 128 S., 45 Abb.

Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578-1945, Paderborn 1992, 229 S.

ANDREAS GAIDT, Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979. Das Schrifttum über Paderborn, Paderborn 2002, 630 S.

ROLF-DIETRICH MÜLLER u. a., Paderborner Bibliographie 1980/81 ff., Paderborn 1988 ff.

ALEXANDRA MEIER/ ROLF-DIETRICH MÜLLER/ HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1990-1994 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1999, 132 S.

DETLEF GROTHMANN, Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter. Gesamtverzeichnis der Jahrgänge 1 (1933) bis 60 (1999), Köln 2000, 402 S.

ANDREAS GAIDT/ HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1995-2010 (Bibliographien zur Westfälischen Regionalgeschichte), Paderborn 2015.

Weitere Veröffentlichungen/ Mitherausgeberschaften

IRMHILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN/ KARL-JOSEF SCHWIE-TERS/ MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schernfeld 1994, 309 S., Abb.

BEATE PFANNSCHMIDT, Die Abdinghofkirche St. Peter und Paul. Wandmalerei 1871-1918-1945, Köln 2004, 159 S., Abb.